

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Anstr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Zeitungs-Verzeichn. für 1896 unter Nr. 7877.

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Periode oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Vereinstätigkeits-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 19. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Das bürgerliche Gesetzbuch vor dem Reichstag.

Nach vier tägiger Generaldebatte hat der Reichstag am 6. Februar den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches nebst Einführungsgesetz einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen und ihr gegen die Stimmen unserer Vertreter die Ermächtigung erteilt, einzelne Abschnitte dieser Gesetzentwürfe durch Majoritätsbeschlüsse, ohne in eine Berathung über dieselben einzutreten, unverändert anzunehmen. Wir kennzeichnen (siehe Nr. 18 und 19 des „Vorwärts“) das Recht des Entwurfes als Juristenrecht und Klassenrecht, in dem Dank der Verblendung oder der Verrätherie der damaligen liberalen Reichstagsmajorität das Volk von der grundlegenden Arbeit des Entwurfs ausgeschlossen worden sei, und legten dar, wieso der Reichstag daran nichts mehr zu ändern in der Lage ist. Der Verlauf der Generaldebatte hat unsere Behauptungen bestätigt. Läßt man sich von dem nicht unerheblichen Aufwande geheimräthlicher Phraseologie über das Wesen der Sache nicht täuschen, so erhellt, daß die verbündeten Regierungen zwar die Hoffnung aufgegeben hatten, die Annahme des Entwurfes an bloß durchzusetzen, immerhin keineswegs etwas Anderes von dem Reichstage in diesem Stadium äußerst erwarteten, als jene Fickarbeit in Einzelheiten, von der wir früher auseinandersetzen, daß sie nur in einem gewissen, sehr beschränkten Umfange und ohne prinzipielle Wirkung möglich ist. Demgemäß sind weder die Grundgedanken der Rechtsinstitute, noch die Mittel zur Erreichung der in diesen Grundgedanken eingebetteten Zwecke, also weder der Rechtsstoff noch das Wie und Warum der Verarbeitung desselben zu den vorgeschlagenen Rechtsformen diskutiert worden. Ja man kann sagen, die Generaldebatte war an sich nichts als: vom Regierungstische aus ein mehr oder minder geschicktes Anpreisen der Vorlage, von Seiten der Fraktionen eine vorläufige Ankündigung ihres taktischen Standpunktes, ferner einiges Geplänkel und regelloses Schreien, wie wenn feindliche Abtheilungen durch dichten Nebel getrennt sind und hier oder dort, je nachdem der Zufall es will, vorgeschobene Posten aufeinanderstoßen. Ein Fremder würde aus dieser ersten Berathung der deutschen Volksvertretung über das Fundament alles weiteren privaten Rechtslebens von fünfzig Millionen Menschen nicht einmal erfahren haben, welche Grundlagen vorgeschlagen werden, geschweige ein Verständnis darüber gewonnen haben, um welche Einflüsse der neuen Rechtsordnung auf den Bereich der tatsächlichen Lebensverhältnisse es sich handelt. In der gleichen Lage befindet sich aber in diesem zweiten Punkt sogar der nicht juristisch-gebildete Theil der Volksvertreter, da der

Entwurf in Sprache und System durchaus doktrinar und verflinst ist, wie Oerke in seiner Kritik der ersten Fassung mit Recht erklärt und auch der jetzigen Fassung gegenüber aufrecht erhalten hat.)

Derselbe löst in einer jeder Anschaulichkeit baren, der Strafgesetzbuchs-Technik ähnelnden Formelsprache das ganze Rechtssystem in eine abstrakte Kasuistik auf, das heißt in allgemeine Regeln, welche jedesmal eine vom Gesetzgeber als möglich vorgestellte, jedoch nicht genannte Reihe von konkreten Fällen (casus), deren X-Strahlen nur einem mit dem juristischen Kryptoskop bewaffneten Auge sichtbar werden, zu umfassen bestimmt sind. Wenn der bundesrätliche Kommissar Professor Sohn diesem Vorwurfe gegenüber sich mit der schaltesten Witzelei und Verhöhnung der Frauen begnügen mußte, sogar die Damen (der gegen die untergeordnete Rechtsstellung der Frau protestirende Frauenschulverein in Dresden) hätten den Entwurf verstanden, denn sie hätten sonst nicht gegen seine Bestimmungen protestiren können, so wird dieses Argument nicht nur bei keinem ernsthaften Menschen verfangen, sondern hoffentlich auch einigen jener vorwärts strebenden Frauen, die den Geisteszwang der Bourgeoisie zu durchbrechen suchen, zeigen, in welchen Reihen sie kämpfen müssen, um etwas zu erreichen. Charakteristisch ist danach für diese Generaldebatte auch die gänzliche Theilnahmslosigkeit des Volkes, die sich in der Haltung der gesammten Presse, den schwachbesetzten Reichstagstribünen und der Anzahl der leeren Stühle im Hause selbst zeigte. Immerhin haben die Verhandlungen

dazu gebient, die ganze Fadenlosigkeit für diese Art der Kodifikation seit nunmehr fünfundsiebzig Jahren zur Täuschung von Groß und Klein im Schwange befindlichen Gründen aufzudecken. Wir haben bereits, daß die Initiative des Reichstages der siebziger Jahre von dem ängstlichen Bestreben ausging, die Reichseinheit gegenüber dem Partikularismus durch die Rechtsvereinheit zu stärken. Daß dies, soweit es das deutsche Volk angeht, völlig überflüssig ist, erhellt daraus, daß während der vierjährigen Debatte im Reichstage auch nicht der Schatten eines partikularistischen Standpunktes, nicht einmal einer partikularistischen Neigung oder Neigung der geringfügigsten Art in Sachen des Privatrechtes auf irgend einer Seite des Hauses hervorgetreten ist. Auch hat man sonst nicht erfahren, daß sich irgend eine Gegend oder ein Theil Deutschlands oder auch nur ein Einzeler gegen die Vereinheitlichung des Privatrechtes aus regionalen Gründen gewandt, oder daß zwei Deutsche aus verschiedenen Rechtsgebieten Deutschlands sich einer dem anderen entfremdet, in ihren Lebensinteressen von einander geschieden gefühlt hätten. Dagegen haben die verbündeten Regierungen durch die höchst erhebliche Durchlöcherung der angeblich gewollten Rechtsvereinheit in den nahezu hundert Vorbehalten des Einführungsgesetzes bewiesen, daß die Ueberwindung des bei ihnen wurzelnden Partikularismus der geplanten Rechtskodifikation doch nicht gegeben ist. Und wahrlich die Vorbehalte des Einführungsgesetzes, die Verzeichnisse des deutschen Einheitsgedankens, um deshalb mit Recht so zu nennen, nicht weil vermöge derselben die von ihnen betroffenen Rechtsgebiete nicht vom Reiche geordnet werden, sondern weil sie zum großen Theil infolge des partikularistischen Widerstandes der Regierungen bis auf weiteres der Reichskompetenz entzogen werden sollen, diese Vorbehalte umfassen Erhebliches: Familienfideikomisse, Auerbenrecht, Rentengüter, Verschuldungsgrenze, Wasser-, Deich- und Bergrecht, Jagd und Fischerei, Wildschaden (theilweise), Regalien, Zwangs-, Baurechte und Realgewerbeberechtigungen, Versicherungsrecht, Verlagsrecht, Haftung des Staats und der Gemeinden für Schädigungen durch Beamte, Gefühlsrecht, Altemteilsrecht, Expropriationen, Kirchen- und Schulbaukosten, religiöse Erziehung der Kinder, Zwangserziehung Minderjähriger und vieles Andere, das sich schwer in kurzen Worten bezeichnen läßt. Da Artikel 3 des Einführungsgesetzes für alle Vorbehalte nicht nur die bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften in Kraft erhält, sondern auch den Erlaß neuer landesgesetzlicher Vorschriften zugiebt, so erwäge man, wie nahe eine solche faktische Selbstbeschränkung der bestehenden allgemeinen Reichskompetenz für das bürgerliche Recht die Absicht partikularistischer Regierungsthaten legt, auf die man dem

Oerke, das bürgerliche Gesetzbuch und der deutsche Reichstag 1896:

Die Vollständigkeit eines Gesetzbuches wird sowohl durch seine äußere wie durch seine innere Form bedingt. Äußere Form ist die Sprache; sie ist nicht etwa bloß das Kleid, sie ist der wahre Leib des Rechtes. Innere Form ist die Art der Gedankenbildung; man mag sie der Seele des Rechtes vergleichen. Die Sprache des ersten Entwurfs war ein zuvor nie gesprochenes, aus dem Schriftdeutsch eines berühmten Pandektenlehrerbüchchens kunstvoll herausentwickeltes Idiom, das zu zu erlernen der Jurist bei längerem Studium hoffen durfte, der Nichtjurist niemals. Aus sich hatte. Der zweite Entwurf hat durchweg sprachliche Aenderungen vorgenommen, deren Ergebnis eine Annäherung der Gesetzesprache an unser geliebtes Deutsch ist. Ist man der Meinung, daß die Sprache des Gesetzbuches nicht an einem verfehlten Vorbilde, sondern an dem Idealbilde einer vollmächtigen deutschen Rechtssprache zu messen sei, so wird man auch der neuen Form den Vorfall versagen. Die innere Form des ersten Entwurfes war doktrinar. Auch der zweite Entwurf ist in der Tiefe seiner Seele doktrinar, auch er schöpft seine Gedankenwelt nicht unmittelbar aus dem Leben, sondern aus dem System. Der Gedankenbau dieses Gesetzbuches wird unserem Volke so fremd bleiben wie der des Corpus juris.

Clotilde. (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von G. W. M. von Walthausen.

Theodor von Müldorf stand hinter den Spielenden, Clotilden gegenüber und verwendete kein Auge von ihr. Er mußte sie schon lange beobachtet haben. Als Eugen nach erneutem Verluste von der Spieltafel empor sah, lenkten sich seine Blicke wie unwillkürlich nach jener Stelle, wo er den Mann gesehen, von dem er fürchtete, daß er Clotilden, und sie ihm liebte. Müldorf stand noch immer im Anschauen der schönen, jungen Frau versunken. Als Clotilde auf sah und den erstarrten Blicken ihres Mannes folgte, wendete sich Müldorf schnell und verschwand hinter den neben ihm Stehenden. Clotilde suchte mit den Augen nach dem buckligen Franzosen, fand ihn aber nicht; auch Müldorf blieb für sie unsichtbar. Doktor Langenberg und Frau verließen den Kursaal Arm in Arm. Kaum in den Anlagen angekommen, trat ein feingekleideter Herr an das Paar heran und bedeutete Langenberg höflich aber fest, er möge ihm sofort ins Hotel folgen. Langenberg blieb erstaunt stehen, er fühlte, daß Clotilde dem Umfinken nahe war. Gleichzeitig bemerkte er, daß ein zweiter feingekleideter Herr sich dem Ersteren näherte. „Wozu? Was wünschen Sie von mir?“ fragte Langenberg den ersten Herrn, immer noch stehenbleibend. „Machen Sie keine Umstände, folgen Sie mir,“ erwiderte der Herr, „wir haben in Ihnen einen Dieb, wenn nicht gar einen Mörder gefaßt.“ Clotilde schrie auf. „Wie?“ rief Langenberg und hielt mit aller Kraft Clotilden, die sich wie ohnmächtig an seine Schulter lehnte.

Der zweite Herr kam herbei und verdrängte den ersteren mit den Worten: „Müßigen Sie Ihren Nebenbuhler.“ Dann zu Langenberg gewendet sagte er: „Bitte, Herr Doktor, vermeiden Sie alles Aufsehen, es handelt sich nur um die Beantwortung einiger Fragen, gehen Sie voraus in Ihr Hotel.“ Langenberg ging, seine Frau mit sich fortziehend, ruhig vorwärts. Die beiden Herren folgten ihnen getrennt in kurzer Entfernung. „Siehst Du, Eugen, meine unglücklichen Träume,“ flüsterte Clotilde diesem in die Ohren. Langenberg trug die Bekende mehr, als sie ging, weiter. Endlich hatten sie mit Mühe das „englische Hotel“ erreicht. In ihrem Zimmer angekommen, sahen sie sofort noch einige Männer eintreten, unter denen auch der buckelige Franzose war. Der eine der Herren wurde Herr „Polizeirath“ genannt. Dieser ersuchte Dr. Langenberg und seine Frau Platz zu nehmen. Daraus richteten mit pedantischer Umständlichkeit er und sein Gehilfe sich an einem Tische ein, legten Papier und Schreibzeug aus, wahrscheinlich zur Aufnahme eines Protokolls. Es waren peinliche Augenblicke. Wenige Tage nach der Verheirathung befand sich das junge Ehepaar, aus allen Himmeln gerissen, der Polizei gegenüber. Auf ihrer Hochzeitsreise, bisher in stiller Beseligung schwelgend, mußten sie es erleben, unschuldig auf offener Straße wie gemeine Verbrecher aufgegriffen zu werden, um hier, zu Gefangenen gemacht, einem peinlichen Verhöre ausgesetzt zu sein. Langenberg fühlte sich empört über diesen Eingriff in seine persönliche Freiheit. Clotilde sah alle Poesie, allen Duft und Blütenstaub der Brautfahrt plötzlich verweht durch diese raube, prosaische Wirklichkeit und Gewaltthat. Die blaffen Wangen, der wehmüthvolle Gesichtsausdruck, die thränenfeuchten Augen gaben ihr ein Ansehn

zum Erbarmen und doch sah sie da, eine madonnenhafte, hohe Schönheit. „Alle Blicke hingen an ihr. An ihrer Unschuld zweifelte keiner.“ Nach Feststellung der Personalien wandte der Polizeirath sich an Dr. Langenberg mit der Frage: „Wie sind Sie in den Besitz der Bückeburger Stadt-Obligationen gelangt, die Sie heute umgewechselt haben?“ „Durch meinen Schwiegervater, den Hof-Buchdruckereibesitzer Heinrich Brambach in H. Die Scheine gehören zu dem Verlagsgute, welches meine Frau als Mitgabe von ihrem Vater erhielt.“ Palavi's Augen bligten auf, er machte eine Bewegung. „Haben Sie noch mehrere derartige Scheine?“ „Ja. Ich stelle Ihnen hier meine Brieftasche, mein Geld und dort meine sämmtlichen Effekten zum Durchsehen zur Verfügung.“ Langenberg überreichte dem Polizeirath sowohl seine Brieftasche wie seine Geldbörse nebst den Kofferschlüsseln. Es entstand eine unheimliche Stille, als der Beamte die Papiere und Geldsorten besichtigte. Man hörte nur das leise, verstohlene Schluchzen Clotildens. Dann wurden die Koffer und Effekten einer genauen Untersuchung unterzogen. Die Umständlichkeit und Kleinliche, neugierige Genauigkeit, mit welcher diese Polizisten alles durchschnüffelten, schien den Doktor Langenberg nahezu rasend zu machen. Clotilde legte oft ihre Hand, zum Himmel aufblickend, an die Brust, als wollte die Beklemmung ihr das Herz zersprengen. Das Resultat der lang andauernden Untersuchung war, daß noch acht Stück jener Scheine sich vorfinden, welche in den Verzeichnissen des Polizeirathes als „abhanden gekommen“ gekennzeichnet waren. Die Scheine und einige Sovereigns alten Gepräges wurden von dem Beamten beschlagnahmt, als zu einem Prozesse gehörig. (Fortsetzung folgt.)

Reichstage gegenüber als ausichtslos verzichten müßte! Hierde sagte im Jahre 1889 (Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches und das deutsche Recht): „Das Privatrecht kann so gut im Sinne der Uniformität wie im Sinne der Mannigfaltigkeit ausgefaßt sein, ohne daß die nationale Existenzfrage davon berührt würde. Die Rechtseinheit mag auch hier wünschenswert sein. Doch gefährdet ihr Mangel in keiner Weise die Staatseinheit. Oder hätte man etwa bei der Kraftentfaltung des preussischen Staates die Buntschichtigkeit seiner Privatrechtsordnung gespürt? ... Mit der staatlichen Einheit haben wir das lange schmerzliche entbehrte, vollkräftige Mittel gewonnen, die Einheit des Privatrechts herzustellen und durchzuführen. Nimmermehr aber dürfen wir dieses Verhältnis umkehren und die Unifikation des Privatrechts als ein Mittel für politische Zwecke behandeln ... Anders verhält es sich mit dem idealen Gewinn, den eine gesetzgeberische That von so gewaltiger Bedeutung dem Reiche zu bringen vermag ... Allein in dieser Hinsicht hängt der Erfolg eben nicht am einfachen Daß, sondern am Wie der Kodifikation! Wenn demgegenüber Professor Sohn im Reichstage sich über das „Glend“ der bestehenden partikularen „Rechtzersplitterung“ bis zu Tiraden erhobte, die demjenigen, was als Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen nach § 181 des Str.-G.-B. bestraft zu werden pflegt, auf das Genäteste ähnelten, so wird er sich mit dem erzielten Heiterkeitserfolge begnügen müssen.

Wir sahen ferner, wie von Anfang an die Rechtsverschiedenheit aufgefaßt und geschildert wurde als ein den einzelnen in seinem Rechtsbewußtsein und in seiner Rechtsverfolgung schwer bedrückendes Uebel. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes hat von der „Zerrissenheit, Verworrenheit und Unklarheit“ des geltenden Privatrechts gesprochen, von der „Noth und Mühe, die unser Volk anwenden muß, um sich durch das geltende Recht durchzuschlagen“ und gefragt, wie „der gemeine Menschenverstand des einfachen Mannes“ sich denn mit derartigen Unbegreiflichkeiten abfinden könne, daß in dem einen Orte das Erbrecht vollständig verschieden ist von dem im nahen Nachbarort, daß in einer Stadt verschiedenes Recht herrscht im Innern und in den Vorstädten, u. dergl. mehr. „Was, ruft er aus, liegt nicht alles darin, daß die Rechtseinheit eingeführt werden soll, auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts für jeden einzelnen? Wie vereinfacht sich der Rechtsverkehr! Welche Beschleunigung für das ganze Geschäftsleben wird dadurch geschaffen! Wieviel Mühe, Zeit, Sorgen, Prozesse werden erspart, wenn im ganzen Reiche statt der wirren Vielgestaltigkeit der Normen nur ein einheitliches Recht herrscht!“ Wir konstatieren aus den Verhandlungen: — soweit dieser Punkt von Reichstagsabgeordneten berührt wurde, schimmerte durch ihre Reden lediglich eine Gleichgiltigkeit aus den Kreisen der Wähler hindurch, die schlechthin unvereinbar ist mit der Annahme von drückend empfindenen Uebeln. Es ist eben nicht wahr. Niemand empfindet als Einzelner in den ihn angehenden Verhältnissen die örtliche Rechtsverschiedenheit. Man traut seinen Ohren kaum oder glaubt falsch gelesen zu haben, daß da die Quelle von Noth und Mühe für das Volk sein soll, von Zeitaufwand, Sorgen und Prozessen. Als ob der Geheime Postträger, der von Berlin nach Hamburg verkehrt wird, seine dienstfreien Stunden opfert, um sich zum Verständnis des Hamburger Stadtrechts von 1608 „durchzuschlagen“, oder der nach Berlin eingewanderte Hansesat sein Geschäft versäumt, um sich mit der märkischen constitutio Joachimica*) zu befreunden, ganz zu schweigen von dem durch die veränderliche Erwerbsgelegenheit hierher oder dorthin gewebten Industriearbeiter, der sich in mühseligen Auseinandersetzungen mit seinen neuen Nachbarn über das örtlich wechselnde Recht orientiert!? Im Geschäftsleben pflegt man ohne kundigen Berater, sobald Rechtsfragen anstehen, nichts zu thun, und auch im sonstigen Rechtsverkehr versucht Niemand, selbst nicht der „einfache Mann“, sein eigener Rechtsanwalt zu sein. Im übrigen gilt in der heutigen Gesellschaftsordnung, was Menger gesagt hat: „Die Armen besitzen nur eine dürftige Rechtskenntnis und sie können die Lücken und Mängel derselben auch regelmäßig nicht durch die Anfrage bei Kundigen ersetzen. Ihr Handeln wird deshalb fast ausschließlich von einem dunkeln und nur zu oft trügerischen Rechtsgefühl geleitet und ihr ganzes Rechtsleben ist in Wirklichkeit dem Zufall preisgegeben“, ganz ebenso gegenüber einem einheitlichen Gesetzbuch für Deutschland wie gegenüber hundert Partikularrechten. Auch möge der praktische Jurist aufstehen, selbst in einem Bezirk mit stark fluktuierender Bevölkerung, der behaupten könnte, er habe je Prozesse aus der irrigen Annahme eines anderwärts geltenden Rechtes anstatt des dort geltenden abseiten einer Partei entstehen sehen. In Wirklichkeit empört sich „der gemeine Menschenverstand des einfachen Mannes“, der durchaus nicht so begriffstüchtig ist, wie der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes glaubt, darüber, daß die wenigen ihm bekannten Gesetze so häufig nach der neu preussischen Rechtsmagazine des Justizministers Schönfeldt: *Uno quum faciunt idem non est idem* gegen ihn angewandt werden. Nach alledem löst sich also die Fabel von den Leiden des Einzelnen durch die Rechtzersplitterung in den bereits früher von uns hervorgehobenen Trugschlus auf, als ob „Noth und Mühe“ des Juristen, sich durch ein verschiedenartiges und verwickelteres Partikularrecht „durchzuschlagen“ das Volk angehe, es sei denn, daß man diesem zumuthete, sich außer den nothleidenden Großgrundbesitzern und den nothleidenden Zuckersabrikanten auch noch der nothleidenden Rechtspraktiker aus christlicher Nächstenliebe zu erbarmen.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe

wurde gestern Nachmittag in den Räumen des Zirkus Busch abgehalten. Ein trauriger Novemberhimmel hing über Berlin, und im weiten Rind des Versammlungsraumes herrschte schier eine Allerleienstimmung, trotzdem der Faschingsdienstag im Kalender stand.

Ueber zu geringen Zulauf hatten sich die Hauptleute und Chorführer des Bundes nicht zu beklagen, wohl 4000 Entwillige waren ihrem Rufe gefolgt. Und diesmal waren wirklich nicht wenige unter der Menge, die man in Berlin so Bayern nennt: Landwirthe und Grundbesitzer aus der nächsten Nähe und Umgebung der Stadt, Gänsehändler aus dem Oderbruche, Neubauern aus dem Spreewalde. Aus jedem Forst um Berlin war wenigstens

ein Waldläufer kommandirt und selbst einige Soldaten ließen sich sehen.

Und trotzdem war die Stimmung der Versammlung eine gedrückte. Aus all den Verhandlungen, Reden und Ansprachen ging für den Unbefangenen mit greifbarer Deutlichkeit die Thatsache hervor: Mit dem Bund will es nicht mehr vorwärts, sein Wachstum ist ins Stoden gekommen, das Vertrauen der bisherigen Anhänger beginnt sich zu mindern, wohl gar zu schwinden.

Dieses und nichts anderes besagen sogar die Zahlen des Rechnungsbereiches. Im Jahre 1895 betragen die Ausgaben des Bundes 494 000 M., aber das rechnungsmäßige Defizit stellte sich am letzten Dezember desselben Jahres auf 2 000 M. Der Direktor theilte mit, daß der Bund gegenwärtig rund 189 000 Mitglieder zählt, 24 000 hätten gestrichen werden müssen, weil sie keinen Beitrag gezahlt, dafür seien aber 25 000 neue Mitglieder eingetreten. Der Herr Referent meinte, diese 24 000 seien sozusagen die Spreu gewesen, die ja bei jeder Frucht vorläge, der Rest aber sei echt und fest, eine disziplinierte Kerntruppe. Wir müssen das leider bezweifeln. Die Gestrichenen gehörten zu denen, die in die gut funktionierende „Presse“ des Bundes geraten waren, als sie aber zahlen sollten, da rissen sie aus. Es werden auch von den Neugeworbenen noch so manche ihren Spuren folgen, wenn sie es nicht schon gethan haben. Das beweist schon das Faktum, daß, während der Bund 189 000 Mitglieder zählen soll, die Auflage des obligatorisch eingeführten Bundes-Wochenblattes nur 160 000 Stück beträgt. Die mit 1500 Aktionären gesegnete „Deutsche Tageszeitung“ soll 36 000 Abonnenten haben, aber der „Bezugspreis“ mußte unlängst erhöht werden, und die mit allen Mitteln der Klame arbeitende Agitation für die Verbreitung dieses Blattes kriecht eifrig Summen. Und hat dann ein Zeitungsverkäufer auf einem Bahnhof ein Pack dieser Blätter kommen lassen, dann „fragen die Bauern zwar nach der Zeitung, aber kaufen thun sie keine“. Und das geschieht, trotzdem, wie Herr Dr. Suchland sagte, die agrarischen Zeitungen und Broschüren angefertigt werden mit allen Mitteln der Kunst und Wissenschaft, obwohl die Schriftleiter der Bundesblätter „ausgerüstet sind mit der ganzen Bildung des Jahrhunderts“, und in der Bundes-Korrespondenz sogar das lautere agrarische Quellwasser sprudeln soll.

Die Reden der Vorstandsmitglieder entsprachen ganz der aus dem Rechnungsbereich quellenden Resignation. Kein Ton der Kampfesfreude und der siegesicheren Zuversicht erklang. Der preussische Minister für Landwirtschaft wurde angerepelt nach allen Regeln des Kommentars, revoziert solle er. Das Wort von der „Gemeingefährlichkeit“ und den „Demagogen“ zurücknehmen, sonst gäbe es keine Gnade mehr für ihn. Aber die Herren wissen wohl selbst, daß sie mit dem vielen Gerede nur den Rückzug verdecken wollten. Einige von ihnen haben es ja selbst gesagt, daß sie mit der Abweisung des Kanis-Antrages eine Niederlage erlitten, und sie haben dem versammelten Bundesvolke keinen anderen Rath zu ertheilen gewußt, als die Hoffnung nicht aufzugeben, denn wer die Hoffnung sinken lasse, der sei ganz und gar verloren, und das sei denn doch noch nicht nöthig, denn der Bund habe im vergangenen Jahre an Mitgliedern für mehr als 700 000 Mark Dingermittel vermittelt und beinahe 6000 Mark als Entschädigung für trichinöse Schweine ausgezahlt. Fest müßte man bleiben und unentwegt. Die großen Mittel des Bundes: Festsetzung eines mittleren Getreidepreises, Wertherhöhung des Silbers und strenge Börseureform würde man zum Feldgeschrei machen bei den künftigen Wahlen, und sofort mit den Sammlungen zum Wahlfonds beginnen. Sogar zu einer Resolution, die sich wie vor und oh zu den „großen Mitteln“ bekennt, wurde angenommen, und die Witzteilung gemacht, daß vom Bunde ein Initiativantrag für ein neues Alters- und Invalidentätts-Versicherungsgesetz eingebracht worden sei.

Wer es aus den Reden der Bundesführer noch nicht herausgehört, wohin künftig die Reise gehen soll, dem sagten es einige Aelteste mit aller wünschenswerther Deutlichkeit. Was der Bund bisher erreicht, hat er durch „Schreien“ errungen. Jetzt auf einmal stellt sich der Vorsitzende des Provinzial-Landtages von Ostpreußen, Herr von der Groeben, in der Generalversammlung hin und erklärt ganz seelenruhig: „Wer schreit, hat Unrecht. Wir brauchen nicht zu schreien.“ Und Herr von Diesl-Daber, dem es Schnuppe ist, was ein Minister sagt oder nicht sagt, hat keinen anderen Rath als: „Warten! Warten! Warten! Mit der „nöthigen Ruhe“ und der „nöthigen Zeit.“ Das Schicksal Eiders hat also seine Wirkung schon gethan, wenigstens auf die 2 Prozent Großgrundbesitzer, die dem Bunde nach der Schätzung der Direktion, die den Großagrarien bei einem Jahresbeitrag von 20 M. angehören läßt, angehören.

Die zweite Abdrückelung des Bundes wird nach der Seite des Herrn Liebermann v. Sonnenberg hin gehen. Wohl, der Mann versteht sich in Szene zu setzen, aber der Jubel, mit dem er empfangen, das Hochrufen, Hüteschwenken und Hüße getrompelt, das ihn dankte, nachdem er einige Worte gebrüllt, war beispiellos während der Dauer der Versammlung.

Der Mann wird mit der heutigen Generalversammlung des Bundes der Landwirthe zufrieden sein und vielleicht ist es auch noch ein zweiter, wenigstens in der Folgezeit. Herr Gulch hat seinen Zirkus den Bündlern kostenlos zur Verfügung gestellt, und der Bundespräsident hat ihm dafür in der Versammlung öffentlich gedankt und die Versammelten aufgefordert, den Zirkus öfter zu besuchen.

Kann es einen besseren Beweis dafür geben, daß die Mehrzahl der Versammlungsbesucher in der Nähe von Berlin heimathlich und behauptet sein mußten?

Politische Uebersicht.

Berlin, 18. Februar.

Der Reichstag führte an seinem heutigen Scherenschnitt die Berathung über das Vereins- und Versammlungsrecht zu Ende. Betreffs des Inhaltes der Debatte verweisen wir auf unseren ausführlichen Reichstagsbericht. Das Thema ist erschöpft und nur durch die Wucht der Thatsachen kann noch gewirkt werden. Wir wollen bloß einige interessante Momente herausgreifen. Zunächst versuchte Herr Staatssekretär v. Bötticher ein kleines Kunststück — er wollte das Wort „unterliegt“ in dem Artikel der Reichsverfassung, welcher besagt, daß das Vereinsrecht der Zuständigkeit des Reichs „unterliegt“, in blauen Dunst auflösen, was jedoch schlecht gelang. Damit der Reichstag auch seinen Antheil am Karneval haben sollte, hielt dann der Antisemit Jäskant eine Rede, in der er einige Duzende Mal erklärte, daß er das Vereinsrecht und verschiedene andere Dinge nicht „verstehen“ könne, was ihm aufs Wort geglaubt wurde. Da das komische Herrchen, das bekanntlich das Vereinsrecht nur mit dem Knüttel „versteh“, etwas zu fastnachtsmäßig sich geberdete, mußte es zur Sache gerufen werden. Nach Herrn Jäskant Herr von der Necke, der Nachfolger Köllers. Auf der Medenbühne Nachfolger Jäskants, im Amt Nachfolger Köllers — das ist allerdings doppeltes Pech. Und von Herrn von der Necke gilt nicht das nomen est omen, er dementirt seinen Namen, und er hat nicht die Kunst, das Glid zu korrigiren. Der neue Polizeiminister sprach nicht geschickt — doch dies war seine Jungferrede, und es konnte Befangenheit sein. Aber er sprach unbedeutend — und das ist ein konstitutioneller Fehler, der nicht zu heilen ist. Bedeutend an seiner Rede war höchstens das Wort, daß die preussische Polizei das Vereins- und Versammlungsrecht nicht willkürlich handhabe. Das war gewiß kühn. Allein zum Kampf gegen die Sozialdemo-

kratie gehört doch etwas anderes. Kurz, für den Reichstag war Herr von der Necke eine Enttäuschung. Eine frische kräftige Rede Grillenberger's, von dem wir bisher bloß aus München gehört hatten, hob die Debatte wieder auf die Höhe des Gegenstandes. Grillenberger wies namentlich auch nach, daß außer dem Koalitionsrecht auch die Gewerbe-Ordnung selbst durch die jetzige Anarchie auf dem Boden des Vereinsrechts in die Luft gestellt sei. Dem Herrn Polizeiminister las er mit dem nöthigen Kommentar die Statuten des Bundes der Landwirthe vor und fragte, ob er, da keine Polizeiwillkür herrsche, nun die Schließung des Bundes der Landwirthe anordnen werde.

Der Herr Polizeiminister lächelte verlegen und mußte sich in der ganzen Sitzung nicht mehr. Er schien von seinem Debut selber nicht sehr erbaut zu sein.

Zu dem Schlusswort zu unserem Antrag setzte Stitzgenau dem Herrn Bachem tüchtig zu, weil er geäußert, daß die Frauen von der katholischen Kirche einst als untergeordnete Wesen betrachtet worden seien; und im Schlusswort zu dem fortschrittlichen Antrag gab Mundel, der die Kollereien ausführlich behandelte, dem neuen Herrn Polizeiminister einige Risse zu knaden — der Herr Polizeiminister knadete sie jedoch nicht.

Die beiden Anträge wurden hierauf gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theiles der Antisemiten und Nationalliberalen vor eine Kommission verwiesen, was den König Stumm sehr zu ärgern schien.

Morgen: Fortsetzung des Militäretats.

Chronik der Majestäts-Beleidigungs-Prozesse.

Aus Dortmund wird uns telegraphirt: Genosse Bloch, Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Volks-Zeitung“, wurde heute wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Gleichzeitig geht uns aus Leipzig ein Telegramm zu, daß das Reichsgericht die Revision unserer Genossen Dierl und Raubtmann verworfen hat. Es handelte sich dabei um das Aufsehen erregende Urtheil, das die Brausewetter-Kammer des Landgerichts I gegen die zwei Redakteure des „Vorwärts“ Dierl und Pfund, sowie den Redakteur Raubtmann vom Teutower „Volksblatt“ am 29. Oktober 1895 gefällt hat. Wie erinnerlich, hatte die Staatsanwaltschaft die Sache gegen „Pfund und Genossen“ nach Zusammenziehung einer Reihe von Artikeln, die an sich mit einander nichts gemein hatten, in Dierl und Genossen umgetauscht. Das hatte die Wirkung nach dem beim Landgericht gültigen A. V. G. die Sache vor die Brausewetter-Kammer zu bringen. Da unsere Genossen glaubten, gegründete Ursache zu entschiedenem Mißtrauen gegen eine Rechtsprechung zu haben, deren Leitung in die Hände des Herrn Brausewetter gelegt war, protestirten sie entschieden gegen dieses Verfahren. Sie protestirten vergeblich. Herr Brausewetter behielt Vorentscheid zur Behauptung seiner richterlichen und staatsverleerischen Fähigkeiten mit dem Erfolg, daß Dierl zu 6 Monaten, Pfund zu 9 Monaten, Raubtmann zu 12 Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt wurden.

Es drehte sich bei diesen Verhandlungen wesentlich um die Kameelinschrift in der Kirche, die in unmittelbarer Nähe des Zoologischen Gartens zwischen Berlin und Charlottenburg eröffnet worden war, und um einige Artikel anlässlich der Sedansfeier. Herr Brausewetter ist mittlerweile durch ein eigenartiges Geschick dem Schauplatz seiner bis zur Ordensverleihung hochgeschätzten Thätigkeit entrisen worden. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern weiteste Volkskreise haben in der Kranktheit, die ihn hingerafft hat, die Bestätigung dafür gefunden, daß er bereits seit längerer Zeit nicht im Stande gewesen sein konnte, unparteiisch seines Amtes zu walten. Der Justizminister sowie die nächsten Amtsgenossen des Verstorbenen waren bekanntlich gerade der entgegengesetzten Ansicht. Jetzt hat ihr Zeugniß für das Wirken des Herrn Brausewetter wenigstens theilweise eine Bestätigung erfahren durch die neueste Reichsgerichtsentscheidung, die an dem Erkenntniß der Brausewetter-Kammer vom 29. Oktober 1895 nichts zu bemängeln fand. Unsere wackeren Genossen Dierl und Raubtmann werden, nachdem Pfund bereits vor ihnen die Wandernung nach Blößensee angetreten hat, dort gleichfalls in unfreiwilliger Mühe über die Eigenarten deutscher Rechtspflege nachsinnen können.

Herr von Stumm und dessen Spuren folgend, der neue Minister des Innern von der Necke bestritten heute im Reichstag, daß auf dem Gebiete des Vereinswesens mit zweierlei Maß gemessen werde. Unser Genosse Grillenberger hat darauf mit der Verlesung der Organisationsbestimmungen des Bundes der Landwirthe geantwortet. Der sozialdemokratische Parteivorstand sowie die Berliner Vertrauensmänner u. dergl. sind als Vereine erklärt und wegen Inverbindungsretens vorläufig geschlossen worden. Von der Organisation des Bundes der Landwirthe aber berichtet ihr eigener „Bundeskalender“ wie folgt: „Die Organisation des Bundes“ baut sich nach den Statuten von unten herauf auf.

In jedem Orte, wo Mitglieder zum Bunde der Landwirthe sich gefunden haben, bilden diese eine Ortsgruppe und wählen sich in der Ortsgruppe ihren Vertrauensmann.

Diejenigen Ortsgruppen, welche nach gemeinsamen Verkehrsmittelpunkten zusammen gehören, werden in Hauptgruppen zusammengefaßt und wählen sich als Vorstand für ihre Hauptgruppe einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Die Hauptgruppen eines politischen Kreises oder des entsprechenden Verwaltungsbezirks in einem Bundesstaate bilden eine Bezirksabtheilung. Die Bezirksabtheilungen eines Reichstagswahlkreises werden zu einer Wahlkreis-Abtheilung und die Reichstagswahlkreise-Abtheilungen jeder Provinz werden wieder zu einer Provinzial-Abtheilung zusammengeschlossen. Die Bezirks-, Wahlkreis- und Provinzial-Abtheilungen werden wiederum von je einem Vorsitzenden und einem Stellvertreter geleitet. Die an die Spitze der Provinzial-Abtheilung durch die Wahlen berufenen Vorsitzenden und eventuell deren Stellvertreter bilden den Ausschuß des Bundes der Landwirthe.

Der Ausschuß des Bundes aber hat die endgültige Entscheidung über alles was der Bund zum Gesamtwohl der Landwirthschaft ins Werk setzen soll.

Wir richten hiermit an den Minister des Innern die Frage: wie vertragen sich die vorstehenden Vorschriften der Organisation des Bundes der Landwirthe mit den Bestimmungen des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes? —

*) Die constitutio Joachimica ist die alte kurbrandenburgische Verordnung für das eheliche Recht von 1527.

Die Krise in Frankreich. Zwischen Senat und Kammer herrscht bis zum nächsten Donnerstag Waffenruhe. So lange dauern die Karnevals-Ferien. Der „fette Faschnachts-ochse“ (le Boeuf gras), der dieses Jahr zum ersten Male seit dem Sturz des Kaiserreichs wieder den Thron bestiegen hat, muß erst geschlachtet sein, ehe Paris und Frankreich sich mit dem Senat beschäftigt. Am Donnerstag tritt die Kammer wieder zusammen und das Ministerium wird ihr sofort Bericht erstatten und Vorschläge machen, über welche die Volksvertretung zu entscheiden hat. Von dieser Entscheidung hängt es ab, ob der Konflikt noch auf einige Zeit vertagt wird oder ob er sofort zum Ausbruch kommt.

Die Vertagung wäre es, wenn die Kammer ihren Beschluß vom vorigen Donnerstag widerrufen, vor dem Senat zu Kreuz kröche und dem Ministerium Bourgeois den Laufpaß gäbe. Das ist möglich, aber nicht wahrscheinlich. Im Lande ist der Sturm gegen den Senat bereits losgebrochen und die schwankenden Abgeordneten werden wohl schwerlich Lust haben, ihm Trost zu bieten. Indes nehmen wir den Fall an, die Kammer läßt das Ministerium fallen. Was dann? Wie schon gesagt, der Sturm gegen den Senat hat im Lande begonnen — der Sturm würde sich auch gegen die Kammer wenden, und ein Appell ans Volk — Neuwahlen wären nicht lange zu vermeiden.

Und nun der andere Fall: die Kammer bleibt bei ihrem Beschlusse vom Donnerstag. Dann ist der Konflikt sofort da, der Krieg ist erklärt und nach der Natur der Dinge handelt es sich in diesem Krieg um die Existenz des Senats.

Der Senat ist in der ausgesprochenen Absicht eingeführt worden, die Demokratisierung der Republik zu verhindern. Die Demokratie ist aber jetzt in Frankreich so mächtig geworden, daß sie sich gegen den zum Anachronismus gewordenen Senat wenden und, um sich weiter entwickeln zu können, denselben beseitigen muß.

Eine Reform des Senats genügt nicht — es ist eine Lebensfrage für die Republik, daß der Senat weggelegt werde. Er ist ein Fremdkörper im Fleische der Republik, deren normale Entwicklung er verhindert.

Welche Formen der Kampf annehmen wird, das läßt sich nicht voraussagen. Die Regierung kann den Senat nicht auflösen, sie hat aber in der Deputiertenkammer alle Machtmittel des Staates, während der Senat ihr gegenüber nur Mittel der Chikane zu seiner Verfügung hat.

Unter solchen Umständen kann über den endgültigen Ausstand des Konflikts kein Zweifel obwalten. —

Zum Venezuela-Streit. Die „Times“ melden aus Washington, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sei dem Plan zur Errichtung einer neuen vereinigten Kommission, welche aus zwei Engländern und zwei Amerikanern besteht, um das Tatsächliche bei dem Venezuela-Streitfall klar zu legen und einen Bericht an beide Regierungen zu erstatten, günstig gesinnt. Sollte die Mehrheit der Mitglieder der Kommission nicht zu einer Einigung über den Bericht kommen, so solle ein fünftes neutrales Mitglied hinzugezogen werden, damit die Kommission Tatsachen finde, welche für beide Regierungen bindend sein und als Grundlage für später erfolgende Verhandlungen dienen können. Sollten die Verhandlungen kein Resultat haben, so würde als letztes Mittel ein Schiedsgericht bleiben.

In dieser Meldung liegt indes wenig Trost für die englischen Politiker, die hoffen, daß bei dem Schiedsgericht eine Gebietsvergrößerung für England herauskommen würde, denn gleichzeitig wird aus Washington vom 17. Februar telegraphiert:

„Bei den Verhandlungen im Senat über die Monroe-Doktrin erklärte Davis, die Vereinigten Staaten würden niemals einem gegenseitigen Uebereinkommen zwischen England und Venezuela zustimmen, welches auf eine Gebietsvergrößerung des ersteren hinauslaufen würde.“ —

Deutsches Reich.

— Im Berliner Kolonialverein ist bei der Vorstandswahl der bisherige Vorsitzende, Abg. Prinz Arenberg, der bekannte Referent über den Kolonialetat im Reichstag, infolge der Machinationen der Partei Peters nicht wiedergewählt worden. Dr. Peters, der Reichskommissar für Afrika z. D., wurde an Stelle des Prinzen Arenberg mit ungefähr 80 gegen 50 Stimmen gewählt. —

— Zur Sonntagsruhe. Aus Düsseldorf wird der „Volkst.“ vom gestrigen Tage geschrieben: Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe sind Gegenstand einer interessanten Entscheidung des hiesigen Schöffengerichts gewesen. Ein hiesiger Photograph war nämlich angeklagt, entgegen den behördlichen Anordnungen sein Schaufenster nicht während der Sonntagsruhe verhängt zu haben. Der Angeklagte machte den Einwand, daß er keine verkäuflichen Waaren, sondern nur Kunstzeugnisse zur Ansicht ausstelle. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe könnten nur auf die Ausstellung verkäuflicher Waaren angewendet werden. Das Gericht trat dieser Auffassung bei und sprach danach den Angeklagten frei. —

— Wegen des erledigten Reichstagsmandats des 4. hannoverschen Reichstags-Wahlkreises (Osnaabrück) wo die Dissener Wahlhäre spielte, ist am 9. April eine Nachwahl vorgenommen. Es werden sich 5 Kandidaten gegenüberstellen. Von unserer Partei ist Genosse Schrader aus Bramsche, von den National-liberalen Hofmeister Wamböck ausgestellt. Der weislich-ultramontane Wählermischmasch hebt den Freiherrn v. Scheele auf den Schild, die freisinnige Volkspartei Dr. Hilkenkamp und die Antifemiten, Handwerkerpartei und der Bund der Landwirthe stellen den Maurermeister Weidner auf. Der Kampf wird sehr heiß werden; wer die Palme des Sieges davontragen wird, ist nicht voraussagen. —

— Evangelisch-sozialer Kongress. Dem Vornehmen nach sind für die Verhandlungen des evangelisch-sozialen Kongresses, der in der Pfingstwoche am 28. und 29. Mai in Stuttgart stattfinden wird, folgende Gegenstände festgesetzt: 1. Die soziale Thätigkeit des Geistlichen, ihr Recht und ihre Grenzen.“ Referent: Professor Dr. v. Soden-Berlin. (Ein Korreferent wird noch bestimmt werden.) 2. „Der Handel, ethisch und nationalökonomisch beleuchtet.“ Referent: Professor Dr. Rathgen-Berburg. 3. „Die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit.“ Referent: Professor Dr. Debrück-Berlin (Herausgeber der Preussischen Jahrbücher). 4. Separat-Konferenzen: a) „Die Frau in der öffentlichen Gemeindegewalt.“ Referent: Frau Geheime Rath Lippmann-Berlin. b) „Die Schule und die soziale Frage.“ Referent: Professor Dr. Rein-Jena. — Dem Kongress voraus gehen die Verhandlungen des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands; hierfür sind der 26. und 27. Mai in Aussicht genommen.

England.

— Ueber die armenische Frage ist ein neues Blaubuch veröffentlicht worden. Während das erste sich mit den „armenischen Greueln“ beschäftigte und sie auf das richtige

Mäß zurückführte, behandelt das neue Blaubuch die diplomatische Arbeit zur Ausübung der „Greuel“. Und diese Arbeit war Penelope-Arbeit — denn jedesmal, wenn die Schlammeier des „europäischen Kongress“ irgend ein Gewebe verfertigt hatten, beireiten sie sich, es wieder aufzutrennen. Und neben dem allgemeinen Gewebe hatte jeder der Herren noch ein besonderes, das einer dem anderen zu zerreißen suchte. Aus dem Blaubuch erhellt, daß Oesterreich fest zu England hielt, daß aber — was übrigens schon bekannt war — die englische Diplomatie, allerdings wesentlich infolge der Politik der früheren Regierung, gegen die Russen sehr ungeschickt und unglücklich spielte. Der Sultan wurde den Russen in die Arme getrieben und am 7. Januar d. J. erklärte die österreichische Regierung, man müsse jetzt die Türken in Ruhe lassen, sonst werde die orientalische Frage aufgeloht — und die englische Regierung war so vernünftig, das auch zu begreifen.

Interessant ist eine Depesche vom 30. Januar, laut welcher nach dem Bericht der Delegation der 6 Botschafter in Konstantinopel 25 000 Armenier niedergemetzelt worden sind. In dem Bericht der europäischen Untersuchungskommission, die an Ort und Stelle die Greuel untersuchten, wurde die Zahl auf ein Fünftel reduziert.

Wichtiger als das Blaubuch ist der Inhalt des folgenden Telegramms:

London, 17. Februar. (Unterhaus.) Der Unterstaatssekretär des Aeußern, Curzon, erklärt, die Befehle der armenischen Provinzen durch irgend eine europäische Macht ohne Genehmigung des Sultans wäre eine Verletzung des Pariser und des Berliner Vertrages. Keine der Vertragsmächte habe Anspruch auf Befehl, daß sie eine Befehle Armeniens von Seiten Russlands nicht beanstanden würde. Die Erklärung des russischen Ministers des Aeußern, Fürst Lobanow, daß Russland nicht gewillt sei, die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb der Reichsphäre des Sultans zu übernehmen, erfolgte zuerst aus eigenem Antriebe, alddann in Verantwortung einer Anfrage Salisburys. Die englische Regierung habe keine Kenntnis davon, daß die Aufforderung, Armenien zu besetzen, vom Sultan oder einer anderen europäischen Macht an Russland gerichtet worden sei.

Aus der Mitteilung des Herrn Curzon sieht man, daß Russland die Frage der Befehle Armeniens auf Tapet gebracht, und den Sultan in diesem Sinne bearbeitet hat. —

Spanien.

Madrid, 18. Februar. Die vom General Meyler auf Ruba getroffenen Maßregeln werden trotz ihrer großen Strenge von der Mehrheit der Presse aufgeheißert. Man erwartet von der Energie des Generals, daß es zwischen den spanischen Truppen und den Insurgenten bald zu einem entscheidenden Kampfe kommen werde und zwar dies um so mehr, als die Konzentration der Truppen vollendet ist.

Madrid, 18. Februar. (C. R. of S.) Der Korrespondent des „Imparcial“ bestätigt drablich aus Havannah die Nachricht, daß die Truppenteile von Maceo und Gomez am Sonntag Abend an einem unbekanntem Orte in der Provinz Havannah ihre Streitkräfte vereinigt. Oberst Segura schlug die Insurgententruppe des Antonio Vegas mit ziemlichem Verluste für letzteren. Die Insurgenten haben die Eisenbahn Matanzas-Batabano neuerdings wiederum aufgerissen. Das Zusammenziehen der Truppenteile wird infolge des schlechten Zustandes der Marschwege sehr erschwert. —

Serbien.

— Jacobsohn ist doch nicht der russischen Regierung ausgeliefert worden. Seiner Weiterreise sind keine Hindernisse entgegen gesetzt. —

Ruba.

— General Meyler folgt dem Beispiele seines Vorgängers, des Martinez Campos. Er kommt, steht und — steigt nicht, aber telegraphiert um frische Truppen. Daß die Heerhaufen der Insurgenten sich vor Havannah vereinigt haben, wird bestätigt. Noch schlimmer für Spanien sind die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten.

Die Anerkennung der Aufständischen als Kriegsführender rückt immer näher. Der Senat hat bereits einen Beschluß in diesem Sinne gefaßt, und wenn das Repräsentantenhaus dem Beispiele folgt, so muß die Regierung zur Ausführung bringen. Die Aufständischen können dann nach Belieben Mannschaften und Kräfte aus den Vereinigten Staaten beziehen — denn die Spanier sind nicht im Stande, eine wirksame Blockade zu handhaben — und das ist der Sieg der Kubanischen Revolution. —

Afrika.

— Aus Johannesburg (in Transvaal) wird unterm 17. Februar gemeldet, es sei dort eine Stampfmühle der Robison-Mine gänzlich geschlossen worden. Derselben Quelle zufolge dürften die Chlorinations- und Cyanidwerke ebenfalls schließen. Ursache dessen soll der Mangel an eingeborenen Arbeitern sein. —

Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.

In 13 öffentlichen Versammlungen hatten sich die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektions-Industrie am gestrigen Nachmittag 2 Uhr versammelt. Schon gegen 12 Uhr fingen die Säle an, sich zu füllen und waren die meisten schon nach 1 Uhr vollständig abgeperrt. Die Begeisterung wuchs von Tag zu Tag, täglich vergrößert sich die Zahl der Streikenden und damit die Begeisterung und der Opfermuth der Arbeiter. In allen Versammlungen wurden Berichte erstattet über die augenblickliche Lage des Streiks, welche wir hier in Kürze folgen lassen.

In Joels' Festsälen, Andreasstraße 21, war der Saal schon lange vor 2 Uhr vollständig abgeperrt. Von den anwesenden 2000 Personen bestand der größte Theil wiederum aus Frauen und Mädchen. Gen. Timm erstattete hier den Bericht, in welchem er folgendes ausführte: Wenn am letzten Freitag in den Versammlungen gesagt werden konnte, daß der Stand des Streiks ein äußerst günstiger sei, so hat sich heute die Lage noch sehr viel günstiger gestaltet, weil auch die Zwischenmeister zum größten Theil die Arbeit eingestellt und sich dem Streik angeschlossen haben. Die Spekulation der Unternehmer auf die Uneinigkeit der Arbeiterinnen ist vollständig zu schanden geworden. Alle sind sich des Grusses der Situation voll bewusst und werden dieselbe nicht unangenehm vorübergehen lassen. Wenn die Unternehmer darauf spekulirt haben, daß die Mittel zu geringe sind, daß die Arbeiterinnen schon in der ersten Woche wieder durch den Hunger zur Arbeit getrieben werden, so haben sie sich auch hierbei auf dem Holwege befunden. Heute laufen die Sammlungen ein, welche bereits über 12000 M. betragen, und nächsten Donnerstag wird die Kommission mit der Verteilung derjenigen Beträge beginnen, die bis Mittwoch Abend eingegangen sind. Auch die bürgerlichen Kreise beteiligten sich in lebhafter Weise an diesen Sammlungen und schon sangen den Konfektionären diese Sympathie an und bequem zu werden, wie Redner aus einem Artikel des „Konfektionär“ nachweist. Als erfreuliche Thatsache ist zu verzeichnen, daß die Konfektionäre das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen haben und noch Aufforderung des letzteren die erforderlichen Kommissionen bildeten. Mittwoch Vormittag 10 Uhr findet im Bürgerhalle des Rathhauses die erste Sitzung des Einigungsamts betreffs der Herren- und Knaben-Konfektion statt. In den nächsten Tagen schon werden die Berichte über diese Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen mitgeteilt werden,

und es wird abzuwarten sein, welche Zugeständnisse die Herren machen werden und ob die Arbeiter auch mit denselben zufrieden sein können. Redner geht dann näher auf die Verammlung der Zwischenmeister ein, in der besonders viel auf die Fünferkommission geschimpft wurde, was sich die Herren um so eher leisten konnten, als die Versammlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte. Wenn Herr Weigert, der ja auch Beisitzer des Gewerbegerichts ist, in dieser Versammlung erklärte, daß die Arbeiter überhaupt keine friedliche Lösung hätten anstreben wollen, so muß Redner dies als eine Verächtlichung zurückweisen. Wenn die Herren Konfektionäre außer ihrer Kalkulationsfähigkeit jemals ein Herz für ihre Arbeiter gehabt hätten, so wäre es nicht dazu gekommen, daß solch erbärmliche Zustände an die Oberfläche gezogen werden konnten. Den Arbeiterinnen aber könne er nur zuzufügen, so schloß der Redner, nur noch einige Tage fest und ruhig zusammenzuhalten und auszuhalten, bis positive Vortheile errungen sind. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. In der Diskussion, an welcher sich besonders die Frauen beteiligten, wurden ungeheuerliche Mißstände der einzelnen Werkstätten zur Sprache gebracht. Die Arbeiterin Skuczka trat mit blutunterlaufenem Auge vor, um mit weinerlicher Stimme zu erzählen, wie der Zwischenmeister Taubert, Koppensstraße, sie am gestrigen Tage, als sie sich ihre Karte holen wollte, mißhandelte. Die Ausdrücke hier wiedergegeben, mit welcher er sie beschimpfte, sind wir nicht im Stande. In seinem Schlussworte knüpfte Timm an die gehörten Mißstände an und sprach die Hoffnung aus, daß auch wohl die Bewegung infolge einer moralischen Wirkung haben werde, als sich die Arbeiterinnen in Zukunft eine derartige unwürdige Verhandlung nicht gefallen lassen werden. Redner war noch in der Lage, unter großem Beifall der Versammlung eine Bitte vorzulegen, welche sauber gestreift, mit Taschen und Knopfsäckern versehen, mit Sage und Schreibe ganzen — 5 Pfennigen — bezahlt wurde. Redner wartet noch die Arbeiterinnen, sich nicht durch einzelne Versprechungen der Meister betören zu lassen. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Schneiderbewegung, in welches alle Anwesenden unter großer Begeisterung einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung in der Brauerei Friedrichshain fand wiederum bei vollbesetztem großem Saale statt. Gegen 8500 Personen folgten dem Berichte der Genossin Thier über den Stand des Streiks. Dieselbe gedachte mit Vergnügen, daß 1500 Zwischenmeister ihre Werkstätten geschlossen haben und mitkreiten in ihrem eigenen Interesse. Die Haltung der Damenkonfektionäre, welche letztere sich um Hilfe an die Polizei gewandt haben, fand gebührende Würdigung seitens der Referentin. Dieselbe gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Konfektionäre dem Beispiele der Herren- und Knabenkonfektionäre folgen werden, welche am Mittwoch mit der Fünfer-Kommission eine Konferenz vor dem Einigungsamt haben. Interessant war die Mitteilung der Referentin, daß auch die Knopfschneiderinnen sich der Bewegung angeschlossen, bis gestern, Dienstag Abend ihre Forderungen gestellt haben und diese sich ebenfalls vor dem Einigungsamt vertreten lassen werde. Die Referentin veranschaulichte noch einmal die Berechtigung und die Möglichkeit der Durchführung der aufgestellten Forderungen und ermahnte zum standhaften Aushalten. Sie glaubte versichern zu dürfen, daß in kurzer Zeit der Streik sein Ende erreichen werde. Die Fünfer-Kommission lasse es sich angelegen sein, den Streik zu einem baldigen und befriedigenden Ende zu führen. Dringend warnte die Referentin vor allen Ausfressereien gegen solche, welche sich dem Streik nicht angeschlossen haben und arbeiten. Der guten Sache der Arbeiter könnten derartige Vorkommnisse nur schaden und den Konfektionären nur nützen. Wollten diese die Hochachtung der Arbeiter und Arbeiterinnen erwerben, so sollten sie die gerechten Forderungen derselben bewilligen, damit auch ihnen ihr berechtigter Antheil an dem Ertragniß der Industrie werde. (Anhaltender Beifall.) An das Referat schloß sich eine rege Diskussion, in der verschiedene Redner ihrem bedrückten Herzen Luft machten. Alle stimmten darüber ein, daß, wenn auch die Forderung der Betriebsverhältnisse vorerst zurückgestellt werden sollte, doch die Lohnsätze unbedingt gefordert werden müßten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Nach einem zündenden Schlussworte der Referentin gelangte einstimmig der Antrag zur Annahme, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, als bis die Fünfer-Kommission es für angemessen erachtet. In begeisterter Stimmung trennten sich die Versammelten.

Das Lokal Köppler Hof war vor Beginn der Verhandlung abgeperrt. Der Referent Genosse Pfeiffer fand bei seinen treffenden Darlegungen über den gegenwärtigen Stand der Bewegung lebhaften Beifall. Nach längerer Diskussion fand die vom besten Geiste befehlte Versammlung ihren Schluß.

Im Swinemünder Gesellschaftshaus sprach Genosse Spötter vor einer sehr gut besuchten Versammlung, die gleichfalls polizeilich abgeperrt war. Nach einer regen Diskussion im Sinne des Referats trennten sich die Teilnehmer der Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen ihrer guten Sache.

Die Versammlung in Ahrens' Brauerei erfreute sich gleichfalls eines guten Besuchs. Es hatten ungefähr 400 Personen, zumest Frauen und Mädchen Platz gefunden. Das Referat hatte Genosse Jander übernommen, der, von vielfachen Beifallsbezeugungen unterbrochen, sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Versammlung entledigte.

Im Berliner Prater referirte Genosse Scholz vor einer überaus gut besuchten Versammlung, die vorher polizeilich abgeperrt war. In begeisterter Stimmung sollten die Anwesenden dem Referenten ihren Beifall für die betreffende Schilderung der Lage der Arbeiterinnen. In der regen Diskussion wurde von allen Seiten zum eifrigen Ausdauern aufgemunter.

In Rixdorf tagte die Versammlung in den Victoria-Sälen und war auch hier der Besuch ein sehr guter. Die Versammlung nahm das Referat des Genossen Beyer mit lebhafter Zustimmung entgegen. Nach einer kurzen Diskussion erfolgte mit einem Hoch auf die gute Sache der Arbeiterinnen der Schluß der imposanten Versammlung.

Die Versammlung im Königs Hof war gleichfalls sehr gut besucht. Den Bericht über den bisherigen Verlauf der Bewegung gab Frau v. Hoffstetten, die unter stürmischem Beifall der Versammlung die augenblickliche Situation darlegte und der Hoffnung auf einen baldigen und vollen Sieg Ausdruck gab. Die Diskussion war eine außerordentlich rege. Ungefähr 20 Personen beteiligten sich an der Debatte, die einseitig fast unangenehme Zustände bei den verschiedenen Meistern schilderten, andererseits zum Anschluß an den Verband und zum Ausdauern in dem Kampfe aufforderten. Der Aufforderung des Vorsitzenden, daß sich auch die anwesenden Meister an der Diskussion beteiligen mögen, kam nur einer nach, der sich vollständig für die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen aussprach und jagte, daß die vorhandenen Schäden der dringenden Abhilfe bedürfen. Die Stimmung der Versammlung war eine vorzügliche und festschwebende. Mit einem brausenden Hoch auf die Bewegung in der Konfektions-Industrie gingen die Versammelten auseinander.

Mautenberg's Lokal in der Oranienstraße war bereits um 1/2 Uhr polizeilich abgeperrt. Hunderte mühten unentgeltlich. Das Referat hielt Frau Timm. In der Diskussion wurden Einzelfälle von rigoroser Behandlung, die die Zwischenmeister den Arbeiterinnen zu theil werden lassen, zur Sprache gebracht, welche die gerechte Entrüstung der Anwesenden hervorriefen. Alle gelobten muthig weiter zu kämpfen auf der betretenen Bahn.

Cohn's Festäle waren überfüllt. Genosse Wobn referirte über den Stand der Bewegung; die Arbeiterinnen ergänzten durch drastische Schilderungen ihrer Lohnverhältnisse die Ausführungen des Referenten.

Das Lokal Süd-Ost war bereits um 12 Uhr vollzählig besetzt. Unter lebhafter Zustimmung der zahlreich erschienenen Versammlung referierte hier Frau Keimann. In anerkennender Weise wurde von einer Diskussion nach dem Vortrag Abstand genommen und die vom besten Geiste besetzte Versammlung geschlossen.

In dem Lokal bei Rieft, Frankfurterstraße, war der Besuch ein recht guter. Das Referat hatte Muzik übernommen, der unter lebhafter Zustimmung die auf der Tagesordnung stehende Frage behandelte, worauf nach einer regen Diskussion die Versammlung mit einem Hoch auf die Lohnbewegung geschlossen wurde.

Zur Viktoria-Garten war das Lokal überfüllt. Dem Referat des Genossen Bilz schloß sich eine rege Diskussion an, in der besonders die Frauen mit Eifer die Forderung der Betriebswerkstätten verfolgten.

Konfektionär und Zwischenmeister. Die Zwischenmeister, die im Laufe der Entwicklung den Arbeiterinnen gegenüber zu Schlichter geworden sind, treten in dem Produktionsprozess häufig als Mustererfinder auf und werden in dieser Beziehung ihrerseits von den Konfektionären ausgebeutet. Ein Beispiel für viele: ein Abrechnungsbuch eines Schneidermeisters, das dem Konfektionshaus von B. in der Kurstraße Muster von Kragen für die Frühjahrssaison vorgelegt hatte, weist folgende Abzüge auf einzelne Stücke auf:

Vom Schneidermeister angelegte Preise:	Von der Firma geänderte Preise:
1,95 M.	1,80 M.
7,50 "	6,50 "
5,50 "	4,50 "
5,00 "	4,00 "
5,25 "	4,50 "
7,00 "	6,00 "

und noch außerdem 27 einzelne Posten.

Zu argen Ausbrechungen gegen eine arbeitende Mäntel-nählerin kam es nach einer für uns unkontrollierbaren Meldung eines Lokalberichterstatters gestern Vormittag in der Bernauer Straße. Die betreffende, ein junges Mädchen, wollte mit einem großen Paket fertiger Waaren nach dem Geschäft gehen, als sie von ca. 50 Frauen und Mädchen umringt, geschlagen und gemißhandelt wurde. Man nahm ihr das Paket ab, warf die fertigen Mäntel an die Erde und suchte das Mädchen zu Boden zu reißen. Nur durch energisches Einschreiten mehrerer Arbeiter gelang es, die Nämliche vor schweren Mißhandlungen zu bewahren.

Wir können nur nochmals betonen, daß die Häuser-Kommission und alle an der Bewegung ernstlich interessierten Kreise ein derartiges Vorgehen der Arbeiterinnen aufs allerstärkste mißbilligen und den dringendsten Rath geben, solche überreizte Personen zur Vernunft zu bringen.

Die Vorarbeiten für die Unterführung der Mißstände in der Konfektionsindustrie sollen nach einer Berliner Meldung der „Köln. Volks-Ztg.“ schon im Reichsanzeiger des Innern begonnen haben.

Der Streik der Konfektions-Arbeiterinnen in Erfurt ist unter folgenden Bedingungen am Freitag Abend, den 14. d. M., für beendet erklärt worden. Die Firmen-Inhaber verpflichten sich, an den Zwischenmeistern eine Lohnerhöhung von mindestens 12 1/2 pCt. zu zahlen. Die Arbeiterinnen erhalten für alle von 15. bis 25. März an abgelieferten Sachen mindestens eine 12 1/2prozentige Lohnerhöhung, gleichviel ob dieselben sich am Streik betheiligt haben oder nicht. Der freien Vereinbarung ist es überlassen, bei besonderen Arbeiten einen höheren Lohnzuschlag festzusetzen.

Das Abliefern oder Abholen der Sachen, die Änderungen und das Zusammenstellen der Modelle geschieht nicht wie bisher umsonst von den Arbeiterinnen, sondern in Stundenlohn von 15-25 Pf. — je nach dem Verdienst der Arbeiterinnen — die Zwischenmeister, welche keine Extraarbeiten an den Sachen zu leisten haben, verpflichten sich mindestens die Hälfte des empfangenen Arbeitslohnes zu zahlen und gemeinschaftlich festgestellte Lohnsätze in ihren Werkstätten aufzuhängen.

Für die Winter-Saison tritt ein von den Firmeneinhabern, Zwischenmeistern und Arbeiterinnen gemeinschaftlich aufgestellter Lohnsatz in Kraft und sind zu diesem Zwecke die Kommissionen demnächst zu wählen.

Die Kontrolle, daß die Abmachung in allen Theilen gehalten und durchgeführt wird, hat eine Arbeiterinnen-Kommission zu übernehmen.

Die Arbeiterinnen in Erfurt mußten bisher, wie schon erwähnt, die fertige Arbeit der Zwischenmeister unentgeltlich in den Geschäften abliefern, wodurch wöchentlich circa vier bis fünf Stunden der Arbeiterinnen verloren gingen. Durch die Bezahlung dieser Arbeitsleistung ist der Prozentsatz ein wesentlich höherer wie 12 1/2 pCt., derselbe beträgt in Prozenten ausgedrückt ca. 20 pCt. Die Konfektionäre haben ferner das Versprechen gegeben, falls Berlin höheren Lohnzuschlag bewilligt denselben, für Erfurt auch zu bewilligen.

Breslau, 17. Februar. Die Lohnkommission will nunmehr, da verschiedene Geschäfte immer noch keine Erklärung abgegeben haben, daß sie gewillt wären, die 10prozentige Lohnerhöhung, wie sie von den 24 Engrosfirmen gewährt wird, auch zu zahlen, in nächster Woche eine Versammlung einberufen. Auch wird bereits ein Flugblatt ausgearbeitet, in welchem die Arbeitslöhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse in diesen Geschäften des näheren besprochen werden sollen. Das Streben der Schneider geht aber, wie sie immer und immer wieder hervorheben, dahin, für sämtliche Konfektionsartikel, geringer oder guter Qualität, einen Lohnzuschlag zu erzielen. Um den Breslauer Arbeitsmarkt in der Konfektionsindustrie, Herren- und Damen-Konfektion, zu beherrschen, wie überhaupt geregelte Zustände im Schneidergewerbe herbeizuführen, hat die Lohnkommission einen Arbeitsnachweis errichtet. Man will an den Magistrat petitioniren um Ueberlassung eines miethsfreien Raumes, bis das städtische Arbeitsamt in Funktion getreten sei.

Dresden, 18. Februar. (B. S.) Auch in der Damenmäntel-Konfektion hat heute der Streik begonnen. Einige Geschäfte haben die Forderungen bewilligt.

Wie in das Ausland gehen die Wellen der deutschen Konfektionsarbeiter-Bewegung. In Basel werden gegenwärtig Erhebungen über die Entlohnung der Konfektionsarbeiterinnen vorgenommen. Am 24. d. März soll die Frage der Konfektionsarbeiter in Basel Großen Rathes, der gesetzgebenden Körperschaft, verhandelt werden.

Ueber sozialistischen Despotismus jammert die „Germania“, weil den Arbeitern eines Zwischenmeisters das Recht verlagert wurde, allein Frieden zu schließen. Der betreffende Zwischenmeister anerkennt nicht alle Forderungen der Konfektionsarbeiter und er hat das im Raachschneiderschreil Bewilligte nicht gehalten. Deshalb hat die Häuser-Kommission nicht anders handeln können. Wenn die „Germ.“ dies sozialpolitischen Despotismus nennt, so zeigt dies nur, daß sie völlig unfähig ist, soziale Kämpfe zu begreifen. Würde nach dem Wunsch der „Germania“ gehandelt werden, so würden die Arbeiter niemals etwas erreichen. Wahrscheinlich würde die „Germania“, nach diesem Urtheile zu schließen, ganz einverstanden gewesen sein, wenn im deutsch-französischen Kriege die erste Kompagnie des zweiten Bataillons des dritten Garderegiments für sich mit den Franzosen Frieden geschlossen hätte.

Das Arbeiter-Glend in der Konfektions-Industrie vor dem deutschen Reichstage. Unter diesem Titel

ist soeben in guter Ausstattung der stenographische Bericht über die Reichstags-Verhandlungen vom 12. Februar 1898 erschienen. Die Buchhandlung des „Vorwärts“ hat im Interesse der Sache trotz des großen Umfanges der Broschüre den Preis auf bloß 10 Pfennige festgesetzt. Bei der großen Bedeutung der Verhandlungen ist der Schrift die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gingen bei unserer Expedition ein:

Arbeiter der Maschinenfabrik von Julius Knappe und Budiker Weitenfeld 5,90. Die Rothens aus Magdeburg 4,00. Theaterverein „Proletariat“ 6,85. 1. Rate, Reibsen 12,65. A. Krüger 3,05. Zigarrenfabrik Hünze 4,30. Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallwaarenfabrik von H. Fries, Elisabeth-Weier 24,10. S. Hahn — 50. A. G. O. 15,50. D. P. Exerzierstraße 1,20. Amerikanische Auktion bei Schulz, Hinzdorf 2,95. J. S. 100, —. Frau Schmidt, Masserin, Mantelstr. 1, —. Werkstatth Dräsel, Admiralstr. 7 3,50. Gefang. Waldesgrün auf dem Maschinenball b. Schneegewalt 5,50. Gef. im Weisinger'schen Tanzlokal Hinzdorf durch Frau Kline Diesgang 10, —. Von L. u. S. aus dem vornehmen Lokal in Charlottenburg 22,50. S. Viktoriastraße 30, —. Von den Arbeiterinnen Wrangelstr. 4 8,65. Rheinsall von Schaffhausen 2,70. H. B. 1,50. Werkstatth D. G. Markusstr. 31 2,40. Gef. v. org. Hausdienern in Charlottenburg b. Vater d. S. S. 1,50. Gesammelter Verein Boran 2, —. A. M. 10, —. Sprenger-Julb 3, —. S. G., Marktgraben 95, 2, —. Gesammelt beim Maschinenball von dem Rauchklub Ambalema und Gemüthlichkeit 7,50. Verein der Holz- und Aehlenarbeiter 10, —. E. S. 6, —. A. Schweißel 5, —. Ost- und westpreussischer Männer-Gesangsverein 10, —. Ulrich G. Köster 3,25. Von den Dachbedeckern und Berufsgeoffenen, Bezirkskommando Schöneberg 4,10. Arbeiterinnen und Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsges. Kierstraße. Eine Abtheilg., gef. d. S. S. D. G. 14,30. D. S. 6,50. Laidner v. Tschütz u. Joppich 3, —. Schneider u. Zuschneider Laubenzstr. 7 23, —. Kronenmacherfabrik Schlesinger, 1. Rate 4,15. P. Floride 1, —. Männer-Gesangsverein Forbeerstranz II, Draniensstr. 190, 25, —. S. N. 5, —. Blumenfabrik Schulz u. Steinberg 8,10. Broncewaaren-Fabrik Rade 6,50. Werkstätte Schlaube, Köpenickerstr. 73, 3, —. Durch S. Z. 4, —. Lithographen, Steinbrüder u. Berufsgeoffen 87,65. Fel. Scroczynska 1,50. Otto — 50. Metallschleifer von Marold 2,25. Sonntagsgesellschaft, Kaufleute 4, —. M. Jacobsohn — 50. M. Neumann — 50. Kartonsfabr. Alexander, Stallschreiberstr. 28 6,75. Beim Kartenspiel S. N. 1, —. Nimm Dir ein Beispiel P. S. 2, —. J. B. 1, —. 2 Vorträge Beselud Süd-Ost 6, —. Familie K., Waldmarktstr. 27 3, —. H. S. 3, —. Rodarbeiterin 1, —. Gesammelt von Dietrich Bernthal 138. Sorrer 5,80. Rudolf und Marie Wirth 2, —. Von 6 Anhängerinnen der Sache 6, —. Gef. i. d. Pianofabrik E. Otto 15, —. Goltz, Grünauerstr. 3 5, —. Neunzehn Modellmacher und drei Drechsler d. S. H. 6,45. Polologlow 1,25. H. B. 2, —. Der Wirth einer Parkdehstation 10, —. Dito mehr. Gäste durch M. H. Nr. 10 7, —. Verein „Frische Brüder“ 7, —. Von City 2, —. D. S. 5, —. Von den Klempnern der Werkstatth P. Thom durch Danisch 5,50. Köhlarbeiterinnen Marktgrafenstr. 27, 3,25. Wäschebude A. S. 4, —. Tischler und Wühlhauer im Westen 2, —. Anton 1, —. Ein Hinzdorfer Neue Grünstraße Buchh. 1, —. Lazeyrer Draniensstr. 37, 1,25. Malerbude Bergemann, Blücherstr. 4,45. Zigarrenfabrik Richard Schulze und Arbeiter durch O. Reimann 12, —. Sth. 9,55. Arbeiter der Zentrifugen-Fabrik von Ludloff u. Söhne S. W. 8,65. Hutarbeiter Lindenwalde d. W. Karge 9,95. Moabiter Lieberstranz d. Th. S. 10, —. Glacehandschuhmacher Ortsverein Berlin 29,95. Gesammelt unter 15 Öttinger Studenten 32,95. Veranlaßt durch Frau Gauer's Artikel im „Frauenwohl“. Bürgerliche Familie, 2. Rate 139,95. D., Gutsbesitzer 10, —. Fennigsdorf a. Havel 26,25. Arbeiter-Gesangsverein Feinathlänge, 1. Rate 9,95. Nethe Senger, Bernburg 14,95. Amerikanische Auktion bei Pöschel, Charlottenburg 4,25. Von einer rothen Note aus Gredorf, B. Zw. 6,15. Von einer „Note“ Igel, beim „Flegelwirth“ in Ludwigsbafen a. Rh. 9,95. Von den Bayreuther Genossen durch Hugel, 1. Rate 7,25. Zentralisirte Federarbeiter der Schneider'schen Glaceleder-Fabrik 6,50. Auszug des Hinzdorfer Buchdrucker-Vereins, 14 Mitglieder, amerikanische Auktion bei Senfleben in Johannisthal 12,45. Groß-Lichterfelde, an Wolf's Wiertlich gesammelt 6,55. Seher bei Rohde 5,50. G. Meyer — 50. Neemann — 50. Männerchor Süd-Ost durch Peitig 10, —. Buchdrucker Kiderstraße 2,65. „William“ Wenig, aber herzlich 5, —. „Juffiz“ 152,50. Buch 10, —. Greve's Buchdruckerei 5, —. Handklub Mexikaner, Eisingerstraße 1,50. Druckerin A. W. Hays's Erben 16,30. Broncewaaren-Fabrik von Golbe, Mantelstr. 1, —. erste Rate 20,55. A. G. 2, —. Personal von Ballmann's Verlag und Buchdruckerei Gr. Lichterfelde 5,05. Gesammelt durch Neumann am Herren-Abend des Vereins Berliner Bär 2,50. Vom Arbeitspersonal bei Hupert u. Kuhle 7,20. Jd. A. 1, —. Arth. — 50. G. S. 1,50. Dr. Sa 20, —. So 10, —. Pianofabrik E. Kraus, Reichensbergerstr. 57 7, —. Von den Arbeitern der Automatenfabrik Schulz u. Cie., Draniensstr. 189, mit Ausnahme einiger Arbeiter 11,10. Von den Arbeitern der Hitzschubfabrik Simon u. Cie. d. Krause 7,10. Wlb. Ehrhardt 1, —. Vortrag 1,65. Buchdruckerei Sittenfeld 63,70. Rauchklub Dornschänke 10, —. Von den Arbeitern der Schwarzkopffschen Maschinenfabrik H. Gef. (Stammfabrik), darunter 1,05 von der Geburstagsfeier Ruppinerstraße und 1 M. vom Restaurant Pflugschütz 56, —.

Summa 1452,81 M. Bereits quittirt sind: 11373,95 M. Gesammtsumme der bei unserer Expedition eingeleisteten Beiträge: 12826,76 M.

Berichtigung. In der gestrigen Liste muß es heißen: Albuarbeiter, Neanderstr. 7 7,65 M. nicht Blumenarbeiter.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ein: Stadaleure 120, —. Bauarbeiter Hinzdorf 5, —. Fachverein der Plätterinnen 50, —. Durch Müller 16, —. Staatsbürger-Zeitung 31,25 und 35, —. Durch Kemle 31,05. Rothleider Agrarier durch Blank 5, —. Fachverein der Holz- und Bretterträger 15, —. Rechtsanwalt S. 5, —. Aus bürgerlichen Kreisen 221, —. Personal der Firma Manheimer (Kendertungsstube) 15, —. Summa 649,30.

Auf Sammellisten bei der Gewerkschaftskommission gingen ein: 903 18,70. 902 7,25. 2180 13,15. 2111 7,65. 2103 7, —. 1497 20,15. 400 15,05. 1557 18,65. 389 16,80. 429 16,90. 1148 20,55. 1144 8,85. 421 13,09. 1146 1,35. 1016 9,95. 1346 13,30. 433 15, —. 2181 11,65. 1905 12,45. 1110 13,85. 1105 25,55. 56 7,10. 956 13,45. 567 14,15. 1381 6,20. 676 15,60. 675 6,75. 677 8,45. 672 6,95. 678 10,35. 478 12,50. 1941 11,95. 477 14,75. 476 5,90. 420 25,05. 597 6,50. 591 3,75. 594 6,30. 422 11,05. 380 11,65. 881 14,45. 979 12,50. 432 11,05. 1179 3,15. 1349 10,55. 959 5,55. 985 6,50. 989 110, —. 629 19,30. 630 12,25. 778 13,40. 48 53,10. 653 5,40. 371 5,70. 393 12,25. 396 8,70. 304 4,75. 1153 13,35. 1211 18,45. 697 14,00. 1390 12,80. 628 38,25. 394 1,75. 1142 6,10. 624 12,10. 1215 20, —. 542 14,70. 1217 6,50. 1213 10,80. 625 12,30. 407 11,10. 554 7,70. 431 11,10. 347 17,40. 1494 10,55. 2109 20,35. 288 59,70. 1213 10,80. 726 15,50. 432 15,90. 411 26,40. 1400 4,05. 1155 14,05. 1804 17,50. 141 14,35. 1590 14,50. 506 1,90. 1588 5,20. 511 1,30. 1397 4,80. 562 5,00. 1513 26,85. 700 21,15. 499 4,35. 345 6,20. 346 12,75. 771 15,90. Summa 1869,44.

Partei-Nachrichten.

Gegen die Wahlentrichtungsvorlage sind bis jetzt beim sächsischen Landtag 422 Resolutionen, Proteste und Petitionen eingegangen. Die Zahl der Petitionen: Unter-

schriften beträgt jetzt schon weit über 150 000 und täglich kommen noch zahlreiche Petitionen mit Tausenden von Unterschriften hinzu.

Eine Verleumdung. In unserem Münchener Organ lesen wir unter dieser Ueberschrift:

„Vor einiger Zeit erschien in zwei hiesigen (Münchener) Blättern eine Notiz, in welcher der gegenwärtig in München lebende frühere Redakteur unseres amerikanischen Bruderorgans, der „New-Yorker Volkszeitung“, S. S. Schewitsch, beschuldigt wird, als Polizeispion entlarvt worden zu sein. Obgleich eines jener Blätter diese Beschuldigung bereits zurückgenommen und wir unsererseits keinerlei Notiz von derselben genommen haben, sind wir dennoch auf Ersuchen des Herrn Schewitsch und nach gründlicher Untersuchung der Sache zu erklären bereit, daß obige Beschuldigung jeder Begründung entbehrt. Gerüchweise wurde dieselbe schon im Jahre 1891 gleich nach der Uebersiedelung Schewitsch's aus Amerika verbreitet, jedoch auf dem Jährlichen sozialdemokratischen Weltkongreß im August 1893 in einer von W. Bednrecht, A. Bebel, H. Fischer und Paul Singer im Namen des Parteivorstandes unterzeichneten Erklärung endgiltig auf das Bestimmteste dementirt. Wenn auch Schewitsch nach seiner Rückkehr aus Amerika aus privaten Gründen sich von einer aktiven Theilnahme an der sozialistischen Agitation zurückgezogen hat, so liegt doch durchaus kein Grund vor, ihn des Verraths an seinen Ueberzeugungen zu beschuldigen.“

Wir können uns dieser Erklärung nur anschließen und bestätigen ausdrücklich, was darin über die in Jürich vereinbarte Erklärung gesagt ist.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen „groben Unfugs“ wurde in Stettin der Redakteur des „Volksboten“, Genosse Oehl, vom Schöffengericht zu einer Woche Haft verurtheilt. Die Uebertretung ist in einem „Der 18. Januar“ überschriebenen Leitartikel gefunden worden, von dem das Gericht selber anerkannte, daß er nur allgemeinen Klagen Ausdruck gebe; aber der Umstand, daß der Artikel gerade zur Jubiläumfeier erschienen, habe ihn geeignet gemacht, in die Bestimmung einen Mißton zu bringen. Es werde in Deutschland auch nicht jedes freie Wort bestraft, sondern nur, was strafbar sei. In anbetrach aber, daß scharfe Ausdrücke in dem Artikel vermieden seien, sei nur auf eine Haftstrafe von einer Woche zu erkennen. — Gegenüber diesem Urtheil möchten wir einfach fragen: Welches freie Wort ist heutzutage in Deutschland nicht strafbar, wenn es geeignet ist, in die „Bestimmung“ einen Mißton zu bringen?

— Nach einer Gefängnißhaft von 7 Monaten ist am Montag Genosse Albert Krabl, früherer Redakteur der „Burgstädter Volksstimme“, zu den Seinen zurückgekehrt. Möge er sich von der Qual des Kerkerlebens bald wieder vollständig erholen.

— In Breslau löste ein Polizeikommissar ein von den weiblichen Vertrauenspersonen veranstaltetes gemüthliches Beisammensein der Parteigenossen als „Versammlung“ auf. Die „Angestellten“ verließen das Lokal und zogen dann als Gäste wieder ein. Nun löste der Herr Kommissar die „Versammlung“ zum zweiten Male auf. Aus grund welchem Rechte die Polizei das gemüthliche Beisammensein hörte, ist der Breslauer „Volksmacht“, der wir diese Mittheilung entnehmen, heute noch ein Räthsel.

Gewerkschaftliches.

Die Bewegung in der Möbelpolier-Branche hat bis jetzt ebenfalls guten Fortgang; circa 350 Arbeiter haben ihre Forderungen bewilligt erhalten. In den Werkstätten, wo noch nicht bewilligt ist, steht die Streikkommission mit den Meistern in Verhandlung. Da die Polirer dort nicht arbeiten, wo den Tischlern nicht bewilligt worden ist (obwohl die Polirer ihre Forderung bewilligt erhalten), ist die Zahl der streikenden Polirer größer, als sie sonst wäre. Die Möbelpolirer erwarten daher, daß die Tischler sich mit ihnen ebenfalls solidarisch erklären und dadurch der streikenden Polirer den Sieg erleichtern. Leider giebt es sogar Berufsgeoffenen unter den Tischlern, die jetzt beim Streik Polirerarbeiten anfertigen, trotzdem die Polirer in der betreffenden Werkstatth streiken. Das ist z. B. der Fall in der Spiegelfabrik von Seibel, Wienerstr. 57a. Die Stimmung unter den Kollegen ist gut. Wir werden unsere gerechten Forderungen mit geringen Opfern sicher erreichen, wenn jeder seine Schuldigkeit thut. Alles nähere am Donnerstag Abend bei Keller, Köpenstr. 29. Das Streikbureau ist Blumenstr. 38. Die Streikkommission. J. A.: Max Richter.

Lohnbewegung der Tischler Berlins. Bereits heute, am zweiten Streiktag, ist festzustellen, daß die Lohnbewegung einen außerst günstigen Verlauf nimmt. In 524 Betrieben, die zusammen 6000 Arbeiter beschäftigen, sind bis gestern (Dienstag) Abend sämtliche Forderungen bewilligt worden. Von größeren Betrieben befinden sich darunter die Firmen Zelter u. Platen, Senfath u. Wolf und Groschütz. In letzterer Fabrik sind sogar nur 51 Stunden Arbeitszeit bewilligt worden. Es wird jedoch angenommen, daß die Zahl der Betriebe, die bewilligt haben, in Wirklichkeit weit größer ist, da viele Vertrauensleute noch keine Mittheilung an das Bureau haben gelangen lassen. Mit vielen Meistern, welche bereits die Arbeitszeit bewilligt haben, steht die Kommission noch wegen des prozentualen Lohnzuschlags in Unterhandlung. Im Streik befinden sich 209 Werkstätten, meist nur kleine Betriebe, die zusammen 1200 Arbeiter beschäftigen. Doch ist diese Zahl händlich im Abnehmen begriffen.

Der Streik in der Broncewaaren-Fabrik von Gebr. Ling Nachfolger in Berlin, Wassertorstr. 61, dauert fort.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Dresden, 18. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer hat bereits heute ihre erste Lesung über die Wahlrechtsänderung beendet. Man arbeitet mit Hochdruck. Die Regierung erklärt sich zu täglichen Verhandlungen mit der Deputation bereit. Die zweite Lesung dürfte noch diese Woche erfolgen und die Schlußberatung im Plenum wahrscheinlich Anfang nächster Woche.

Köln, 18. Februar. (B. S.) Der frühere Jesuitenpater Graf Hoensbroech erklärt in einer Zuschrift an die „Kölnische Zeitung“, der Zentrumsabgeordnete Lieber sei es gewesen, der ihm gesagt habe, Windthorst habe im Jahre 1888 nach seiner großen Liebe in Köln zu den ihm beglückwünschenden Fremden gesagt: „Neh habe ich mich mit Gottes Hilfe durchgelassen.“ In der Zuschrift heißt es weiter, er, der Graf, halte sich für verpflichtet, den Windthorst'schen Ausspruch widerzugeben. Das Zentrum brüste sich damit, immer und überall nur für die Wahrheit zu kämpfen. Wenn nun bei solch einer feierlichen Gelegenheit, wie die damalige in Köln, der anerkannte Führer und Sprecher dieser Wahrheitspartei sich der gelungenen Höhe freue, und zwar in solch triviale Weise, so werfe das ein solch charakteristisches grelles Licht auf die Partei, auf ihre Mittel und Triebe, daß es zur historischen Nothwendigkeit werde, solch einen heuchelnden Ausspruch zu veröffentlichen. Graf Hoensbroech versichert, nicht er habe den Todten schmähen wollen, sondern der Abgeordnete Lieber, weil er ihm erst nach dem Tode Windthorst's unter formeller Versicherung seiner Echtheit den Ausspruch Windthorst's mittheilte.

Konstantinopel, 18. Februar. (B. S.) Das Kriminalgericht verurtheilte den früheren Kommissar bei der Verwaltung der ottomanischen Staatsschuld, Mirad Bel, in contumaciam zum Tode und sprach über dessen Güter die Sequestration aus. Berantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inzeratenthel verantwortlich: Th. Giese in Berlin. Druck und Verlag von Max Kading in Berlin. Dierzu 2 Beilagen.

Reichstag.

43. Sitzung vom 18. Februar 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Büttcher, von der Rede.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Präsident von Quol: Meine Herren, der Herr Abg. von Benda feiert heute in beendenswerther Weise seinen 80. Geburtstag. Sie werden mir gewiß gern Ihre Zustimmung dazu ertheilen, wenn ich dem Herrn Kollegen von Benda die herzlichsten Glückwünsche des Reichstages übermittele mit dem Wunsche, daß es ihm noch recht lange beschieden sein möge, dem Reichstag anzugehören. (Weisfall.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der ersten Verathung der Anträge der Sozialdemokraten und Freiwesen und das Koalitionsrecht.

Abg. Nicker (fr. Vg.): Nachdem Herr Bachem namens des Zentrums sich dafür entschieden hat, daß nur eine Resolution angenommen werden soll, fürchte ich, daß nichts zustande kommen wird, trotzdem bei der Lässigkeit der Regierung auf diesem Gebiet der Reichstag etwas thun müßte, denn es herrscht eine grenzenlose Verwirrung auf dem Gebiet des Vereinsrechtes. Unser öffentliches Leben wird geschädigt durch die Willkür des Vereinsrechtes; die verbündeten Regierungen haben aber gar kein Verständnis für diese Frage. Man mahnt zum Kampf gegen die Sozialdemokratie, fördert sie aber dadurch, daß ungerecht verfahren wird gegen dieselbe in bezug auf das Vereinsrecht. Württemberg hat das freieste Vereinsrecht und die wenigsten Sozialdemokraten. Sachsen und Hamburg, die Musterstaaten in bezug auf das Vereinsgesetz sind, haben die meisten Sozialdemokraten. Wenn das Zentrum sich auf eine Resolution beschränken will, dann müßte doch wenigstens hineingeschrieben werden, was man will, ob man das württembergische Muster nachahmen will oder nicht; auch bezüglich der Stellung der Frauen im Vereinswesen müßte etwas gesagt werden, denn diese Frage ist nicht mehr zu umgehen. Es ist doch merkwürdig, daß Frauen an politischen Versammlungen teilnehmen können, sogar als Rednerinnen, aber wenn ein Verein vorhanden ist, dürfen die Frauen nicht einmal an dem Vergnügen desselben teilnehmen. Herr Schall vertritt die Frauen damit, daß sie in das Haus gehören. Herr Schall, der sich auf den Apostel Paulus beruft, welcher sagt: „Der Mann ist des Weibes Haupt“, hätte weiter lesen sollen die Stelle, wo Paulus sagt: „Wer heirathet, thut wohl, wer nicht heirathet, thut besser.“ Danach würden also alle Hausfrauen aus der Welt verschwinden. (Große Heiterkeit.) Die Frauen wollen ihre materielle Stellung verbessern und wollen eine Stellung im öffentlichen Leben einnehmen, die man ihnen jetzt unter Schülern und Lehrlingen einräumt. Zu verachten sind die Frauen nicht, die ihre Petitionen hier eingereicht haben. Herr Schall meinte, die verständigen Frauen verlangen so etwas gar nicht. Sehr höflich war das nicht. Unter der Eingabe stehen aber auch die Namen sehr verständiger Frauen. Fürst Bismarck meinte in einer Ansprache an die Frauen, die ihn begrüßten: „Halten die Frauen fest an der Politik, so ist diese gefährlich für die Zeit der Kinder, welche die Frauen erziehen.“ Was sagt Herr Schall dazu? (Heiterkeit.) In Baden, Württemberg, Oldenburg u. s. w. haben die Frauen das Vereins- und Versammlungsrecht, ohne daß dort große Schäden entstanden sind. Es wird unterschieden zwischen öffentlichen und politischen Angelegenheiten. Die gewandtesten Juristen sind doch nicht im Stande, aus den Entscheidungen der letzten Jahre darüber Klarheit zu verbreiten. Das Reichsgericht hat auch alle wirthschaftlichen Angelegenheiten als politische bezeichnet, ebenso die sozialen Fragen. Das Kammergericht hat sogar entschieden, daß unter die Politik alles das gehört, was unter die Staatswissenschaften fällt oder fallen kann. Wir sind also vollkommen rechtlos, und am schlimmsten ist die ungleiche Behandlung, welche die verschiedenen Bevölkerungsklassen erfahren. Selbst Vereine für Volksbildung sind als politische betrachtet worden. In Hannover hat die Polizei eine philosophische Gesellschaft als politischen Verein betrachtet. Wenn einige Leute sich, ohne einen Verein zu bilden, um einen Tisch setzen und von den Wahlen sprechen, so löst der Polizeibeamte die Versammlung auf. Aber beim Bund der Landwirthe hören die Gesetze auf; da sind die Amtsvorsteher bei der Agitation stark beteiligt. Eine Zeitung hatte einen Amtsvorsteher vorgeworfen, daß er mit einem Agitator Bauernfang treibe. Der Redakteur wurde von der Klage der Beleidigung freigesprochen. Diese Agitatoren des Bundes der Landwirthe sind diejenigen, welche das Gesetz handhaben, nicht ohne, sondern mit Inbezug der Person. Der Bund der Landwirthe steht in lebhaftem Widerspruch zur Regierung, aber die Regierung, die sich so etwas gefallen läßt, verdient von diesen Herren bevorzundet zu werden. (Lachen rechts.) Sachen beweist nichts, Gründe müssen vorgebracht werden. (Zuruf: Au!) Das Au! paßt vielleicht besser für eine andere Versammlung, deren Wirkung wir hier (rechts) sehen, wo es so leer ist. (Heiterkeit.)

Versammlungen werden ohne weiteres aufgelöst, ohne jeden Grund. Soll das so bleiben? Versammlungen kosten Geld! Wenn in Pommern Versammlungen von Liberalen angemeldet werden sollen, so ist der Amtsvorsteher nicht zu Hause. Aber wenn der Bund der Landwirthe eine Versammlung hält, dann schreitet der Amtsvorsteher voran. Die verbündeten Regierungen sollten im Interesse der Erhaltung der Gesellschaftsordnung den bürgerlichen Parteien entgegenkommen. Den Sozialdemokraten wächst durch solche kleinen Hindernisse der Muth und die Kraft. Jeder Fabrikraum ist die naturgemäße Versammlung der Arbeiter, dagegen kann man mit keinem Gesetze ankommen. Der ruhige Bürger hat Furcht, mit der Polizei, dem Staatsanwalt und dem Richter in Verührung zu kommen. Die freiheitliche Entwicklung und namentlich die Freiheit der Diskussion ist der beste Schutz der heutigen Staatsordnung. Nicht durch reaktionäre Maßregeln, sondern durch die freie Entwicklung der öffentlichen Diskussion und durch eine vollstänbliche Politik werden Sie den besten Schutz der Gesellschaftsordnung finden. Ich würde die Regierung bitten, sich nicht ablehnend zu verhalten, sondern endlich das Vereinsrecht dem deutschen Volke zu gestatten. (Weisfall.)

Staatssekretär von Büttcher: Es ist nicht meine Absicht, materiell die Anträge zu diskutieren, ich will nur einen Angriff des Vorredners abwehren. Wenn Herr Nicker es beklagt hat, daß kein Vertreter der verbündeten Regierungen anwesend gewesen ist, so kann ich das Bedauern theilen und beklage es um so mehr, als ich der Ueberzeugung bin, daß auch der erste Theil seiner Ausführungen manches Interessante für mich gehabt hätte. Aber es geht den Herren am Bundesratsliche nicht anders als der Mehrheit des hohen Hauses (Heiterkeit), wir haben manchmal auch etwas anderes zu thun. Herr Nicker hat den Vorwurf erhoben, daß die verbündeten Regierungen lässig gewesen wären in der Ausführung des Art. 4 der Verfassung. Ich möchte darauf hin-

weisen, daß der Art. 4 nicht eine Verpflichtung für die Regierung enthält, die angeführten Materien reichsgesetzlich zu regeln, sondern die einzelnen Rechtsgebiete können im Reich gesetzlich geregelt werden. Solange das Reich nicht vorgeht, können die Landesgesetze die Dinge regeln. Gerade auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechtes begegnen wir der Erscheinung, daß man mit dem in den verschiedenen Bundesstaaten geltenden Vereinsrecht zufrieden ist. Verschiedene Regierungen sehen eine Aenderung des Vereinsrechtes nicht herbei; bei anderen besteht die Befürchtung, daß eine Vereinbarung schwer zu erzielen sein wird und daß nicht besseres Recht geschaffen wird. Auf der einen Seite will man möglichst viel Freiheit, auf der anderen möglichst Schutz der Staatsordnung; da wird man nicht leicht zusammenkommen. Wenn Herr Nicker den Versuch machen will, in einer Kommission zu arbeiten, so haben wir dagegen nichts zu erinnern, und wenn ein brauchbares und ausreichendes Recht gefunden wird, werden die Regierungen die Hand dazu bieten; aber diese Ueberzeugung muß den Regierungen erst beigebracht werden.

Abg. von Stumm (Rp.): Eine Vereinbarung über das Vereinsrecht zwischen Bundesrath und diesem Reichstage steht außerhalb der Möglichkeit. Das haben die Verhandlungen über die Umsurzvorlage gezeigt. Wenn ein Vereins- und Versammlungsrecht nicht radikal geschaffen werden, wie die Herren von der Linken es wünschen, sondern es müssen auch die Kautelen gegen den Mißbrauch gefunden werden. Wenn beim bürgerlichen Gesetzbuch das Vereinsrecht im Sinne der Antragsteller geregelt werden sollte, dann müßte für den Bundesrath und für viele Parteien die Annahme des Gesetzbuches unmöglich werden. Machen Sie, was Sie wollen. Wenn Sie einen Gesetzentwurf zu Stande bringen, so ist das eine Demonstration, keine praktische Arbeit. Ich bin einverstanden damit, daß im preussischen Landtage die Vereinsgesetzgebung einer Revision unterzogen wird (Lachen links), aber so weit darf dieselbe nicht gehen, daß die Frauen und jungen Leute die Freiheit der Theilnahme bekommen. Die jungen Leute will ich erziehen haben, sie gehören in die Schule und in die Kirche, aber nicht in die Öffentlichkeit. Die Rechte der Frauen will ich erweitert sehen, aber vollkommene Gleichheit der politischen Rechte für die Frauen will ich nicht. Die vernünftigste Petition der Frauen ist die aus München eingegangene. Sie verlangt die größere Rechtsfähigkeit der Frauen. (Zuruf: Das ist politisch!) Dafür können die Frauen in Versammlungen eintreten, nicht in Vereinen. Bedenklich ist allerdings die Bestimmung, daß politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten können, dadurch werden die revolutionären und lokalen Bestrebungen gleichmäßig getroffen. Bei der Auflösung der sozialistischen Vereine spricht man immer davon, daß die Arbeiter anders behandelt werden, als die Arbeitgeber. Man verwechselt dabei die Arbeiter und die Sozialdemokraten. Katholische Gesellensvereine sind nicht aufgelöst. Sind denn alle Sozialdemokraten Arbeiter? Die Reichstags-Fraktion enthält keinen Arbeiter, sondern lauter Unternehmer, Journalisten u. s. w. (Sehr richtig! rechts.)

Die Koalitionsfreiheit besteht; was die Herren immer verwechseln ist, daß die Möglichkeit abgeschnitten wird, durch Vermögensansammlung die Mißbräuche, zu denen das Koalitionsrecht führen kann, zu vergrößern. In dieser Beziehung stehen die Arbeiter und Arbeitgeber vollständig gleich. Es muß zweierlei Maß bestehen zwischen der Behandlung lokaler Parteien und der Sozialdemokratie. Das ist unerlässlich, wenn ein Staat sich aufrecht erhalten will. Allerdings suchen sich die Sozialdemokraten den Anschein zu geben, als ob sie sich zu einer Reformpartei herausgemauert hätten, aber jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß das ein vollkommener Trug ist. Die Sozialdemokraten sind, was sie waren, und werden es bleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind und bleiben Revolutionäre. Wenn man den wilden Fanatismus, der beinahe zum krankhaften Paroxysmus ausartet, sieht, wenn man den rothen Kalender sieht, der die größten Schandtthaten verherrlicht, aber keinen patriotischen Feiertag verzeichnet, dann wird man erkennen, daß sie den blutigen Umsturz wollen. Darum vertheile ich die Entrüstung des Abg. Auer über den bekannten Artikel der „Hamburger Nachrichten“ nicht. Wenn der Fürst Bismarck, der große Staatsmann, ohne den niemand von uns hier säße, dem die ganze deutsche Nation zu unaußlöschlichem Danke verpflichtet ist (Lebhafte Zustimmung), der für die deutschen Arbeiter insbesondere mehr gethan hat durch seine Wohlfahrts-gesetzgebung, wird irgend eine Partei im Hause, in der Weise ihrer beschimpft wie wir es der Abg. Auer gethan hat, so ist das geradezu eine Schande, und die Ausdrücke, welche der Abg. Auer gebraucht hat, fallen mit voller Wucht auf ihn zurück. (Weisfall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Marquardsen (natl.): Die Sozialdemokraten wollen den nationalen Staat nicht; sie wollen auf internationaler Basis etwas schaffen. Aber wenn sie deshalb gegen die Politik des Fürsten Bismarck ankämpfen, so muß das mit anständigen Waffen geschehen, aber die Kampfweise, die Herr Auer anwendet, war nicht anständig. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Die leeren Wankel zeigen, daß kein großes Interesse vorhanden ist für dieses Grundrecht des Volkes. Die Debatten sind vollständig fruchtlos. Wir sind an sich auch der Ueberzeugung, daß ein Vereinsrecht geschaffen werden muß, aber wir meinen, daß dieser Reichstag es nicht fertig bringen kann; das zeigt schon der Widerspruch bezüglich der Stellung der Frauen. Die Anträge stimmen überein darin, daß die vollste Freiheit ohne jede Kautel gegen Mißbrauch hingestellt werden soll. Das Verbot, daß Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen, welches man in so einseitiger Weise den Sozialdemokraten gegenüber angewendet hat, halte ich für unhaltbar. Das so viel genannte württembergische Vereinsrecht hat gar keinen richterlichen Schutz. Wir werden für die Resolution des Zentrums stimmen.

Abg. v. Dziembowski erklärt im Namen der Polen, daß die Anträge sehr zeitgemäß seien; wenn die privatrechtliche Seite der Vereine geregelt werden sollte, dann müßten auch die öffentlichen rechtlichen Verhältnisse gleichzeitig geordnet werden. Unter den augenblicklichen Verhältnissen wird man wohl kaum eine Verbesserung des Vereinsrechtes erzielen können, das zeigen die Vorschläge des bürgerlichen Gesetzbuches. Aber wir müssen in der Kommission eine Einigung über das Minimum von Rechten auf diesem Gebiete zu Stande zu bringen suchen. Redner verweist auf die willkürliche Handhabung des Vereinsgesetzes den Polen gegenüber.

Abg. Jost (Reform-V.): Meine Freunde nehmen auch eine sympathische Stellung ein zum Vereinswesen. Aus dem Liberalismus und seiner ziellosen Freiheit ist ebenso wie die Sozialdemokratie auch unsere Partei entstanden, und zwar lediglich durch das Vereins- und Versammlungsrecht, und ebenso ist auch seinerzeit der Liberalismus entstanden. Wir haben kein Interesse an einem einheitlichen Vereins-

recht, denn wir haben unsere Siege errungen unter dem sächsischen und dem preussischen Vereinsrecht und in Waldeck, wo es gar kein Vereinsrecht giebt. Die vorgebrachten Thatsachen für den Antrag scheinen ja durchschlagend zu sein, aber gegenüber diesen sogenannten Thatsachen, welche die Sozialdemokraten vorbringen, muß man sehr vorsichtig sein, das haben die Verhandlungen beim Militärretat 2c. gezeigt. Eine bessere Stellung des weiblichen Geschlechts wollen auch wir, aber die Frauen, welche heirathen, müssen sich dem Manne unterordnen; denn eine emanzipirte Ehe hat zu bedenklichen Folgen, das weiß doch Herr Nicker selbst aus dem Gegensatz zwischen der männlichen und weiblichen Linie des Freisinn. Da giebt es immer unliebsame Redereien. Herr Auer verwies auf ein Zirkular der Firma Eichbaum u. Co. in Mainz, welche die Konkurrenz-Unternehmer und -Firmen in der Schuhbranche auffordert, keinen ihrer in der beilegenden Liste verzeichneten streifenden Arbeiter annehmen zu wollen. Diese Art der jüdischen Geschäftspraxis (Vizepräsident Schmidt ersucht den Redner, beim Vereins- und Versammlungsrecht zu bleiben) hat nichts zu thun mit der Befreiung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Gerade diese Nationen sind mit ihrem (zu den Sozialdemokraten) Antrage nicht zu treffen, und darum bitte ich die Mehrheit des Hauses, ihn a limine abzulehnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Minister des Innern v. d. Neefe: Der Deutsche ist ein Gesellschaftswesen, und zwar ein superlatives, so daß er ein ganz besonderes Verlangen hat, sich zu Vereinen zusammenzuschließen. Das Vereins- und Versammlungsrecht hält er nicht bloß für ein Grundrecht, sondern für das Hauptrecht. Ich bin weit entfernt, die Bedeutung dieses Grundrechts zu unterschätzen, meine aber, daß der Deutsche darin zu weit geht und daß bisweilen gerade in der potenzierten Stadt, sich in Vereinen zusammenzuschließen, ein Grund oder eine Erklärung für manche recht unerfreuliche Erscheinung in den Leben des deutschen Volkes zu finden ist. Thatsache ist jedenfalls, daß, sowie von Vereins- und Versammlungsrecht oder von einem Attentat auf dasselbe gesprochen wird, der Deutsche sofort nerodß und aufgeregter wird. Ich hätte es deshalb für richtiger gehalten, wenn man in den jetzigen Zeitläuften, die ohnehin des Häufens hoffes genug in sich bergen, dieses Thema nicht so ausführlich ohne Noth und zwingende Veranlassung (lebhafter Widerspruch links) behandelt hätte, denn die Antragsteller sind wohl selber auch der Meinung, daß auf Grund ihrer Anträge ein annehmbares deutsches Vereinsgesetz kaum zu Stande kommen kann. Ich habe keine Veranlassung, Stellung zu den Anträgen zu nehmen. Denn die verbündeten Regierungen pflegen solche Initiativanträge nur in Erwägung zu ziehen, wenn sie Beschluß des Hauses geworden sind. Ich will nur einige Aeußerungen nicht unumstößlich lassen. Theils verdeckt, theils offen ist der preussische Regierung der Vorwurf gemacht, als hand habe sie das Vereins- und Versammlungsrecht willkürlich. (Abg. Singer: Das ist ja notorisch!) Dagegen muß ich laut und vernünftig energischen Widerspruch erheben. Es möge ja hier und da Verstöße vorgekommen sein, das zu leugnen bin ich nicht willens, dazu stehe ich zu lange in einer praktischen Stellung; sie werden untersucht und gerügt, auch ohne daß Beschwerde darüber einläßt, und man hofft, daß sie sich nicht wiederholen werden. In Ehren der Beamten aber muß ich angeben, daß solche Verstöße in dem Verhältniß zu den tausenden und aber tausenden von Versammlungen, die in der preussischen Monarchie überwacht werden müssen, doch nur in sehr verschwindendem Maße vorkommen. Aus der geringen Zahl von Verstößen aber den Vorwurf einer tendenziösen Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes erheben, ist unredlich, unbillig und unklar. Der größte Theil der Bevölkerung, der noch mit großem Vertrauen zu den Behörden aufsteht, weiß, daß das immer nur vereinzelte Fälle sind. Die preussische Regierung wird ebenso wie die anderen verbündeten Regierungen die Bestimmungen über das Vereinsrecht loyal handhaben, wird sie aber fest handhaben, denn die jetzigen Zeitläuften erfordern das. Manche Redner haben versucht, ihre Behauptungen durch eine Reihe von Einzelfällen zu illustriren, ein großer Theil dieser Fälle ist mir unbekannt. Nur auf zwei Fälle will ich kurz eingehen, weil der eine mir sehr schmerzlich und der andere wiederholt Gegenstand der Diskussion gewesen ist. Der letztere betrifft die Schließung sozialdemokratischer Vereine; er hat mehr Staub aufgewirbelt als nöthig. Er ist noch Gegenstand der richterlichen Kognition; ich kann also darauf einer alten Gesplogtheit des Hauses entsprechend nicht eingehen. Man sagte, die Maßregel ist gesetzmäßig aber unbewogen und deswegen müssen wir die gesetzlichen Bestimmungen aus der Welt schaffen, dem kann ich vollständig folgen; oder man sagte, die Maßregel ist zwar an und für sich gesetzmäßig, charakterisirt sich aber als eine willkürliche, weil sie sich nur gegen eine Partei richtet. Wäre letzteres der Fall, so könnte ich den Vorwurf der Willkür nicht von der Hand weisen, aber ich muß dringend warnen, scheinbar gleichliegende Fälle als gleichartige zu behandeln (Lachen links). Es hat eine Prüfung auch der anderen in Betracht kommenden Faktoren stattgefunden und es hat keine Veranlassung zum Einschreiten vorgelegen, weil es an den Voraussetzungen fehlt. Der andere Fall ist die Behauptung des Abgeordneten Nicker, daß in Pommern die Gesetze aufgehört haben zu existieren gegenüber dem Bunde der Landwirthe. Bevor man eine solche Behauptung aufstellt, hätte man richtiger eine ganze Reihe von Fällen vorbringen sollen, um diese Behauptung zu beweisen. Statt dessen hat Herr Nicker lediglich auf einen Fall exemplifizirt und daraus einen ganz ungeheuerlichen Schluß gezogen. Ich will gar nicht bestreiten, daß in jenem Fall vielleicht ein Verstoß vorgekommen ist, aber ich muß dagegen energisch protestiren, daß mit großer Emphase behauptet wird, die Gesetze hätten aufgehört in Pommern angewendet zu werden. (Weisfall rechts.)

Abg. Grillsberger (Soz.): Mit dem Vorwurf der Lässigkeit gegen die Regierung, weil sie seit 25 Jahren auf diesem Gebiete nichts gethan hat, und dem Vorwurf willkürlicher Handhabung des Gesetzes hat Herr Nicker vollkommen recht. Schlechter als es jetzt ist auf dem Gebiete des Vereinsrechtes kann es nirgends mehr werden. Wir Bayern begeistern uns nicht für die umfassende Zentralisation, aber da in den einzelnen Staaten schlechteres nicht mehr geschaffen werden kann, als besteht, wollen wir es mal mit dem Reich versuchen, daß die Pflicht hat, Wandel zu schaffen. Im Antrag Auer ist auf das Koalitionsrecht nicht besonders Rücksicht genommen, was für uns die Hauptsache ist. Nur Herr v. Stumm hat einige Ausführungen über das Koalitionsrecht gemacht, was er aber über die absolute Gleichheit der Handhabung des Koalitionsrechtes bei Arbeitern und Unternehmern sagte, ist von seinem Standpunkt gar kein schlechter Witz gewesen. (Heiterkeit.) In Bayern kennt man einen Unterschied zwischen öffentlichen und politischen Angelegenheiten nicht; da kennt man nur öffentliche Angelegenheiten und dahin gehören die politischen, und von allem, was für eine öffentliche Angelegenheit erklärt wird, sind die Frauen ausgeschlossen. Was als öffentliche und damit auch als politische Angelegenheit angesehen wird, geht aus einem Erkenntniß des höchsten Gerichtshofes in München hervor, wonach alles,

was über das Privatinteresse einer einzelnen physischen oder juristischen Person hinausgeht, als öffentliche Angelegenheit anzusehen ist. (Lachen links.) Sie begreifen, wie weit man da in öffentlichen Versammlungen gehen kann, ohne dem Gesetz zu verfallen. Ich will das hier nicht mehr kritisieren, um nicht meinem Landsmann und Bundesrats-Berechtigten Ritter v. Herrmann nochmals Gelegenheit zu einer Rede zu geben. Es sind ja Thatsachen, die für ihn und für uns feststehen. Von Herrn v. Stumm freute mich das offene Bekenntnis, daß er die Bismarcksche Abschlagstheorie als etwas Menschenfreundliches hinstellt. Wir haben eine andere Auffassung von ihm nicht erwartet, aber die offene Aussprache ist doch von Werth. Herr v. Marquardsen verlangte, daß man wenigstens mit christlichen Waffen gegen den Fürsten Bismarck kämpfe. Wenn irgend etwas christlich war, so war es das, was hier ausgeführt hat. Es mag manchem unheimlich und unhöflich gellungen haben, aber christlich ist es gewesen (Heiterkeit), denn was er sagte, war unsere Ueberzeugung. Für den Vorschlag, die Anträge an eine Kommission zu verweisen, können wir uns nicht sehr begeistern, aber trotzdem stimmen wir dafür, denn auch akademische Betrachtungen über die Sache würden nicht nutzlos sein — Herrn v. Marquardsen gefallen allerdings akademische Erörterungen nicht. Das kann ich ihm von seinem Standpunkt als Professor einräumen, aber akademische Auseinandersetzungen, oft wiederholt, können nützlich wirken. Herr v. Marquardsen will erst die Regelung des Privatvereinsrechts im bürgerlichen Gesetzbuch abwarten. Wir wissen ja nicht, was in dieser oder in einer anderen Session aus dem bürgerlichen Gesetzbuch wird. Aber selbst wenn das Privatvereinsrecht darin Gesetzeskraft erlangt, kann es uns nicht hindern, beide Materien nebeneinander zu behandeln. Die Kommission würde in dieser Materie hier viel schneller fertig sein als mit dem Privatvereinsrecht des bürgerlichen Gesetzbuchs. Der Abg. Jästrant hat uns Süddeutschen einen Gefallen gethan. Daß wir heute hier im Reichstage sitzen müssen, wo es zu Hause am Fastnachstage so fidel zu sein pflegt, ist nicht angenehm. (Jästrant hat wenigstens eine kleine Fastnachtsrede gehalten. (Heiterkeit links.) Er versteht nicht, wie wir Sozialdemokraten auf dem Boden des heutigen Staates solche Anträge stellen. Wir können nichts dafür, wenn er nichts davon versteht. Wir haben nie gesagt, wir könnten für die Arbeiter nichts thun, so lange nicht die ganze Gesellschaft auf den Kopf gestellt ist. Wir haben bei der Arbeiterkassengesetzgebung und vielen anderen Gesetzen mitgewirkt. Wie jemand, der erst kürzlich hier heringekommen ist, sich wundern kann, daß wir auf der bürgerlichen Gesetzgebung ein Gesetz machen wollen, wäre uns unverständlich, wenn es sich nicht um Jästrant handelte. Er meint, wir hätten für die Beibehaltung des Kanakparagrafen gestimmt; ich will mich auf eine Auseinandersetzung darüber nicht einlassen. Der preussische Minister des Innern wies auf die Unzulässigkeit des Vereinsrechts in Deutschland hin; die stellen wir nicht in Abrede, soweit es das pure Vergnügungsvereinleben betrifft. Er sprach von „angeblichen“ Attentaten auf das Versammlungsrecht. Wir haben schon früher eine enorme Menge von Material beigebracht, aus dem hervorgeht, daß thatsächlich eine Menge von Attentaten auf das Vereinsrecht passiren. Daß die Sache ohne Noth hier behandelt werde, mag dem Minister so erscheinen, denn er kann sich nicht denken, wie einem Staatsbürger zu Muthe ist, der durch das Vereinsrecht dringende Interessen zu vertreten durch brutale Eingriffe der Polizei verhindert wird. In seiner Laufbahn hat er wohl keine Gelegenheit gehabt, von der Polizei inkommodirt zu werden. Studenten-Kommerzien- und Versammlungen werden nicht von der Polizei inkommodirt, nicht einmal überwacht. Es sind gewaltige Nothstände auf diesem Gebiete vorhanden. Der Minister leugnet die tendenziöse Handhabung des preussischen Vereinsgesetzes. Unser Material beweist das Gegenteil. Die Auflösung des sozialdemokratischen Parteivorstandes soll unserer Partei unbenommen sein. Gewiß, solche Maßregeln bereiten immer ein gewisses Maß von Unbequemlichkeit. Aber andererseits haben wir einen erheblichen agitatorischen Nutzen davon. Da wir auf dem Boden des absoluten Rechts stehen, müssen wir selbst ungefähliche Maßregeln, die uns augenblicklich nützen, bekämpfen. Wir können eine derartige einseitige und lediglich gegen eine Partei gerichtete Handhabung der Gesetze nicht dulden. Der Minister hat von anscheinend gleich liegenden, aber doch verschiedenartigen Verhältnissen gesprochen, durch die man sich nicht zu falschen Schlüssen verführen lassen solle. Im Bunde der Landwirthe giebt es Gruppen, Hauptgruppen, Bezirks-Abtheilungen, Provinzial-Abtheilungen mit gewählten Vertrauensmännern, Vorständen, Ausschüssen. (Die Sozialdemokraten begleiten die Vorlesung der betreffenden Bestimmungen aus den Statuten des Bundes der Landwirthe mit dem Zuruf: Ganz wie bei uns!) Wenn der Minister sich überzeugt, daß die Bestimmungen der Satzungen des Bundes der Landwirthe ebenso sind, wie die sozialdemokratischen, dann wird der Minister noch heute zur Auflösung des Bundes schreiten. (Heiterkeit links; Zuruf links: Die Bundesmitglieder sind ja heute nicht hier!) Ja, wenn hier solche Dinge verhandelt werden, dann können die Herren hier erscheinen und brauchen nicht im Zirkus Busch zu tagen. (Heiterkeit.) Bei der vorjährigen Beratung hat selbst der Abg. Wachen die differenzielle Behandlung der Parteien und die Verschiedenartigkeit der Gesetzgebung anerkannt. Herr Ricker hat recht, daß es ein Ueberschick des allgemeinen Wahlrechts ist, daß wir nicht auch ein allgemeines Vereinsrecht haben. Noch mehr ist das ein Unrecht angesichts der in ganz Deutschland geltenden Gewerbe-Ordnung, denn gerade die Interessen des arbeitenden Volkes nach der Gewerbe-Ordnung genügend zu wahren, ist durch das Fehlen eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts verhindert. Der Abg. Wachen hat auch die Nothwendigkeit des Koalitionsrechts auf wirtschaftlichem Gebiet anerkannt. Wirtschaftliche Bestrebungen sind aber von den politischen heute einmüthig nicht zu trennen, wie auch der Bund der Landwirthe beweist. Sie führen nur zum Ziele, wenn man politische Ziele zu erreichen sucht. In Bayern besteht mit der Polizei hauptsächlich ein Streit wegen des Ausschusses der Frauen aus allen öffentlichen Versammlungen. Art. 15 des bayerischen Vereins- und Versammlungsgesetzes lautet: Frauenpersonen können weder Mitglieder politischer Vereine sein noch den Versammlungen derselben anwohnen. Nun hat man die Sache so gedreht: es widerspricht dem Geist des Gesetzes, wenn Frauen bloß von Versammlungen politischer Vereine und nicht auch von politischen Versammlungen ausgeschlossen werden, und danach hat man das Vereinsrecht an sich aufgeschlossen und, und danach hat man das Vereinsrecht ausgedreht. Für die Sozialdemokratie hat man in Bayern eine Erfindung gemacht, die man sich patentiren lassen sollte. (Heiterkeit.) Man sagt: die Sozialdemokratie ist ein über ganz Deutschland verbreiteter Verein, jede Versammlung, die von einem Sozialdemokraten geleitet wird oder in der ein Sozialdemokrat spricht, ist eine Versammlung dieses Vereins, ergo sind die Frauen ausgeschlossen. Eine kunstvollere Interpretation ist nicht leicht möglich. Dadurch sind Frauen und Minderjährige an der Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen verhindert. In Fürth ist eine Versammlung verboten worden, oder die Genehmigung derselben davon abhängig gemacht worden, daß Frauen nicht theilnehmen, auf deren Tagesordnung die Frage stand, ob nicht in einem bestimmten Erwerbszweige die Mittagsstunde von 1 auf 1 1/2 Stunde ausgedehnt werden sollte. (Heiterkeit links.) So kann man auch Versammlungen verbieten, wenn Frauen die Fleischpreise erörtern wollen. Bei der Debatte über den Konfektionsarbeiter-Streik waren alle Parteien darin einig, daß ohne das Koalitionsrecht eine solche Bewegung nicht möglich wäre. In Berlin haben die Versammlungen der Konfektionsarbeiterinnen stattgefunden, in Bayern sind solche Versammlungen verboten worden. Das Zentrum will eine Resolution einbringen, ohne darin zu sagen, wie das Vereinsgesetz aussehen soll. Der Zentrums-Abgeordnete Pichler

in bayerischen Landtag hat einen Antrag eingebracht, der die Frauen und Minderjährigen von Versammlungen ausschließen will. Dagegen sollte sich das Zentrum bei Zeiten aussprechen und dafür sorgen, daß endlich ein Reichsvereinsgesetz geschaffen wird und die Bestimmungen abgeschafft werden, die eines zivilisirten Staates nicht würdig sind. (Beifall links.)

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Herr v. Bötticher hat die Versammlung aufgelegt, wie noch niemand vorher. Er meinte, das Reich habe die Kompetenz, aber es sei ihm nicht die Verpflichtung auferlegt, das Vereinsrecht zu regeln. Die Autoren der Verfassung sind anderer Ansicht, sie meinten, daß schon 1872 das Bedürfnis vorgelegen habe, das Vereinswesen gesetzlich zu regeln. Jetzt nach 24 Jahren entschuldigt man sich nicht, daß man seine Pflicht nicht gethan habe, sondern meint, daß man eine Verpflichtung überhaupt nicht habe. Mit um so größerem Nachdruck müssen wir die Regierung an ihre Pflicht mahnen. Eine Lücke enthalten die Anträge, sie sprechen nicht von dem Beaufsichtigungsderechte. Der Minister des Innern meint, daß die Beaufsichtigung nicht zu erheblichen Klagen Veranlassung gegeben hätte. Das wundert mich. Allerdings wird die Beschwerde mehrfach unterlassen, weil dadurch, daß der Polizeibeamte einen Knüttel bekommt, der Schaden nicht wieder gut gemacht wird. Aber im Regierungsbezirk Düsseldorf sind doch auch manche Beschwerden laut geworden. Bei der Verabreichung des bürgerlichen Gesetzbuchs trat Herr v. Stumm für die Erweiterung der wirtschaftlichen Rechte der Frauen ein und hier will er den Frauen seine Rechte gewähren. Unter der Eingabe der Frauen befinden sich sehr illustre Namen, Frauen, deren Männer in der Wissenschaft eine große Rolle spielen. Dem gegenüber kann man doch nicht sagen, daß die Frauen, welche solchen Wünschen entsprechen, thöricht sind.

Darauf wird die Debatte geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Auer, daß er sein von Herrn v. Marquardsen getadeltes Urtheil über den Artikel in den „Hamburger Nachrichten“, der mit beispielloser Gewissenlosigkeit und Priviolität zum Blutvergießen provozierte, nicht ändern könne.

Abg. Hüpeden (wild-konservativ) erklärt, da ihm durch den Schluss der Debatte zum zweiten Mal das Wort abgeschnitten sei, daß die Christlich-Sozialen im Lande eine von der konservativen Partei abweichende Stellung zu diesen Anträgen einnehmen.

Abg. Dr. Lütgenau (So.): Aus der letzten Debatte hat Herr Ricker die Fassung geschöpft, daß sich eine Mehrheit zusammenfinden für unsere Anträge. In der That haben die Verhandlungen in manchen Punkten eine Uebereinstimmung ergeben. Beklagt wurde ganz allgemein darüber, daß wir eine bunte Mannigfaltigkeit auf diesem Gebiete haben, und über das Verbot des Inverbindungsretens der politischen Vereine. Die Begriffe des Vereinsgesetzes haben durch die Urtheile des Reichsgerichts eine Ausdehnung erhalten, die weit hinausgeht über die Ansichten des Gesetzes. Das preussische Vereinsgesetz verbietet allerdings das Inverbindungsreten, aber es verpflichtet die Behörden nicht in jedem Falle der Zuwiderhandlung einzuschreiten. Es stellt also der Polizei anheim, ob sie einschreiten will. Redner verliest dem Abg. Wachen gegenüber, der bestritten hatte, daß man in katholischen Kreisen den Frauen die Seele abgesprochen habe, unter großer Heiterkeit des Hauses ein lautes lateinisches Zitat über diese Frage. Herr Wachen spricht jetzt den Frauen eine Seele zu, aber er beschränkt ihnen die Theilnahme derselben gegenüber der Gesetzgebung, obgleich die Frauen in weitgehendem Maße der Gesetzgebung unterworfen sind. Ueber den reaktionären Standpunkt des Herrn Wachen wird bald die ganze Welt hinweggegangen sein; er hat auch die Naturverschiedenheit angeführt, sie wird ja vor allem als Grund für alles mögliche ins Feld geführt, das sind wir gewohnt. Aber wenn er ihnen deshalb auch die Versammlungsfreiheit entziehen will, so ist ihm damit wohl bloß ein kleiner Kapus postirt. Die Frau ist den staatlichen Lasten, der Versicherungspflicht u. s. w. unterworfen, sie muß Beiträge bezahlen, kann auch eine Rente beziehen, aber kritisiert darf sie das Gesetz nicht. Die Frauen sind interessirt am Koalitionsrecht, am bürgerlichen Gesetzbuch u. s. w., und da will man ihnen das Recht nehmen, bei rein politischen Dingen mitzuwirken! So lange sind sie rechtlos, so lange sie nicht ihren Einfluß ausüben dürfen auf die Rechtsverhältnisse, unter welche sie gestellt werden. Redner bringt hierauf noch einige prinzipielle Klagen aus dem Regierungsbezirk Arnberg und Düsseldorf vor. Im ersten sind Versammlungen aufgelöst worden, sobald der Redner eine Kritik der Polizei veröffentlichte. In Dortmund sind Versammlungen nicht geduldet worden am Sonntagvormittagen. Ein Agitationskomitee ist als Verein angesehen und verboten worden von der Behörde in Düsseldorf, und zwar zur Zeit, als Herr v. d. Rede dort Regierungspräsident war. Jetzt ist diese Praxis im Regierungsbezirk Düsseldorf aufgehoben. Ich wäre gespannt zu erfahren, ob der Nachfolger des Herrn v. d. Rede aus eigener Machtvollkommenheit die Anordnungen seines Vorgängers aufgehoben hat oder von dem Minister die entsprechende Weisung erhalten hat. In Haderstedten habe ein Minister eine öffentliche Versammlung im Rathhaussaale über das bürgerliche Gesetzbuch halten wollen. In dem Bescheide, der ihm auf sein Ansuchen wurde, heißt es: Wenn Sie für das bürgerliche Gesetzbuch sprechen wollen, so wäre ich nicht abgeneigt, Ihnen den Rathhausaal zur Verfügung zu stellen. Da dies aber nicht annehmbar ist, muß er Ihnen verweigert werden. In Lüneburg wurden Vertrauensmänner-Versammlungen aufgelöst; die Beschwerde dagegen wurde vom Oberpräsidenten von Vennigsen als unbegründet bezeichnet. Das Gericht sprach aber die Angeklagten frei, lehnte es aber ab, die Kosten der Vertretung auf die Staatskasse zu legen, weil die Sache so einfach gewesen sei, daß ein Verteidiger unnötig gewesen wäre. Wenn von der preussischen Gesetzgebung versucht werden sollte, das Vereinsrecht zu ändern, so widerspräche das schon dem Art. 4 der Reichsverfassung. Wollen Sie eine Kommission, so haben wir nichts dagegen. Wir können in unseren Versammlungen die Ueberwachung vollständig entbehren, wir bedürfen überhaupt keines Vereinsgesetzes: Kinder und Schulen überwacht man und Verbrecher stellt man unter Polizeiaufsicht, aber eines freien Mannes ist es unwürdig sich überwachen zu lassen.

Abg. Munkel (fr. Sp.) als Antragsteller für den freisinnigen Antrag: Das Ergebnis der bisherigen Verhandlung spiegelt darin: der jetzige Zustand der Gesetzgebung und ihre Handhabung ist durchaus unbefriedigend. Das hängt aus allen Uebersicht hervor mit Ausnahme der Reden des Abg. Jästrant und des Staatssekretärs des Innern. Den unmittelbaren Anlaß zu unserem Antrage gab allerdings das Vorkommniß, welches kurz vor dem Ausscheiden des vormaligen Ministers des Innern die sozialdemokratische Partei betroffen hatte und uns klar legte, wie unmöglich das Fortbestehen des § 8 des Vereinsgesetzes ist, das die Verbindung verschiedener politischer Vereine verbietet. Es ist unmöglich, bei dem Fortbestehen dieses Gesetzes irgend eine politische Partei-Organisation aufrecht zu erhalten. Ist der gegenwärtige Zustand aber unerträglich, so muß er geändert werden, sobald es angeht. Er besteht seit dem 16. April 1871, dem Datum der deutschen Reichsverfassung. Der Staatssekretär hat nicht recht, wenn er meint, die Verfassung habe der Reichsgesetzgebung das Recht und nicht die Pflicht auferlegt, die Materien des Art. 4 reichsgesetzlich zu regeln. Was würde man sagen von einer Behörde, die sagte, ich habe zwar die Kompetenz aber nicht die Verpflichtung eine mir übertragene Bestimmung auszuführen. Die veränderten Regierungen haben die Verhandlung dieser Initiativ-Anträge mit besonderem Interesse verfolgt: zwei Minister an einem Schmerztage am Bundesrathstische, das ist unendlich viel. (Heiterkeit.) Ich fürchte mich nicht davor, daß das Vereinsrecht auch den Frauen verliehen wird. Widerstrebt es ihrer Natur, dann werden sie von diesem Recht keinen Gebrauch machen. Durch

unser jetziges Vereins- und Versammlungsrecht wird eine Jurisprudenz großgezogen, die ich bewundere wegen der Schärfe ihrer Auffassung. Was ist denn überhaupt ein Verein? Wir haben immer geglaubt, daß wenigstens zwei Personen dazu gehören; jetzt ist mir von glaubwürdiger Seite mitgeteilt, daß in Sachen sogar eine einzelne Vertrauensperson aufgelöst werden ist. (Heiterkeit.) Unser Seniorenkongress könnte vielleicht auch einmal einer solchen scharfen Interpretation ausgesetzt werden; immo sind wir nur im Plenum und in den Kommissionen, aber fraglich ist es bei den Fraktionen und dem Seniorenkongress. Ich bitte den Reichstag, nicht an der Möglichkeit einer eigenen Arbeit zu verzweifeln. Darauf werden beide Anträge einer Kommission überwiesen. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Militär-Gat.)

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission beschäftigte sich in der heutigen Sitzung eingehend mit dem Kolonialtat. Auf die interessanten Verhandlungen, die wir wegen Raumangel heute zurückstellen müssen, kommen wir morgen zu sprechen. Wir wollen heute nur erwähnen, daß nach Besprechung der Fälle Zeit und Wehlan die Kommission sich dahin einigte, im Plenum eine Resolution zu beantragen, daß möglichst noch in dieser Session eine Gesetzesvorlage vorgelegt werden soll, die die strafrechtliche Verfolgung des Mißbrauchs der Amtsgewalt in den Kolonien außer Zweifel stellt.

Lokales.

Zum besten der streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen hat der Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer „Typographia“ zum nächsten Sonntag Vormittag 11 1/2 Uhr in der Brauerei Friedrichshain ein Konzert veranstaltet, auf das wir sowohl seines gewählten Programms wegen als auch in Hinsicht auf den wohlthätigen Zweck unsere Leser aufmerksam machen. Der niedrige Eintrittspreis von 30 Pf. läßt noch ganz besonders einen zahlreichen Besuch der Matinee erwarten.

Achtung, 2. Wahlkreis! Den Parteigenossinnen und Genossen zur Kenntniß, daß am Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Reinhardt's Gesellschaftshaus, Postenstraße 57, eine Volksversammlung stattfindet, in welcher Reichstags-Abgeordneter Karl Frohne über: „Die Sozialdemokratie und das bürgerliche Gesetzbuch“ referiren wird.

Herr G. F. Walter, Besitzer der Urania, Brangelstraße 10, sendet uns bezüglich der am 14. d. M. gebrachten Mitteilung, wonach sein Lokal für Arbeiter-Versammlungen nicht zu haben sei, eine in großer Uebersicht niedergeschriebene Erklärung, in der er von uns fordert, daß wir unsere Mitteilung widerrufen. Wir sind hierzu leider erst dann in der Lage, wenn Herr Walter deutlich erklärt, daß er sein Lokal zu allen Arbeiter-Versammlungen hergiebt.

„Kellner für die Gewerbe-Ausstellung gesucht!“ Dielem und ähnlichen Inseraten begegnet man schon seit geraumer Zeit in Berliner noch mehr als in Provinzialblättern. Die gewerkschaftlichen Stellenvermittler sind es, welche durch übergroßen Zuzug von Kellnern ein möglichst gutes „Geschäft“ zu machen suchen. Und die Herren Wirthe der Ausstellungs-Restaurants verleben das Geschäft nicht miüder. — Vor uns liegt ein wahres Muster von Arbeitsvertrag, den der Kaufmann Herr Jellermayer als Wirth eines Restaurants in der Abtheilung „Alt Berlin“ seinen Kellnern zur Unterschrift vorzulegen beabsichtigt. Jeder der 15 Kellner muß dem Herrn Jellermayer „zur Sicherung der pünktlichen Ausführung seiner Pflichten“ eine Kaution von 100 Mark hinterlegen. Laut „Vorschrift des Ausstellungs-Komitees“ haben die Kellner in besagtem Restaurant in altdentscher Tracht zu serviren und Herr J. bestimmt weiter, daß jeder derselben das Kostüm „behuft eintheiliger Kleidung“ bei der Firma Baruch u. Co., Neue Friedrichstr. 70, „auf seine eigenen Kosten“ anfertigen zu lassen hat. Herr J. läßt durch einen Kommissionär Wolf, Schützenstr. 18, engagiren. Jederer suchte dieser Tage durch ein Inserat im „Kokal-Anzeiger“ 25 Mann — melden werden sich bei der jetzigen Stellenlosigkeit der Kellner jedenfalls einige hundert — 15 werden in Wirklichkeit benötigt. Es ist selbstverständlich, daß Herr Wolf für seine Bemühungen entschädigt werden muß und so hat ihm jeder der Ausgewählten 20 Mark „Donorar“ zu entrichten. Damit die engagirten Kellner nicht etwa in leichtfertiger Weise dem Jellermayer'schen Schlaraffenlande vor Ende der Saison den Rücken kehren können, müssen sie sich verpflichten, „während der ganzen Ausstellungszeit den Diensten nicht zu kündigen.“ Dagegen behält sich Herr J. vor, den Kellner sofort zu entlassen, falls von seiten der Gäste dreimal Beschwerde erhoben wird über sein unhöfliches oder unpassendes Benehmen. Im Falle eines „unentschuldigen Fernbleibens“ vom Dienste wird eine Strafe bis zu 5 M. festgesetzt. Im Wiederholungsfall oder bei Pflichtverletzung im Dienste kann, „wenn Herr J. dadurch Schaden entstanden ist“, auf eine Strafe bis zur „vollen Höhe der Kaution“ erkannt werden und zugleich die Entlassung des betreffenden Kellners erfolgen. Wenn es nach diesem noch sonst eines Beweises bedürfte, daß Herr Jellermayer vollkommen auf der Höhe der Zeit steht, so wäre er dadurch erbracht, daß er seinen Kellnern kein Gehalt bezahlt. — Bezüglich des Arbeitsvertrags wollen wir nicht unterlassen beizufügen, daß derselbe nach der Gewerbe-Ordnung (§ 122) nichtig ist, denn es ist dort bestimmt, daß die Vereinbarungen über die Kündigungsfristen für beide Theile gleich sein müssen.

Die Berliner Gastwirthschaftsbesitzer, welche die Manipulationen der Stellenmoucheur zur genüge kennen, waren übrigens bemüht, denselben einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Sie wandten sich petitionirend an verschiedene Stellen mit dem Ersuchen, die gesammte Placirung für die Ausstellung den bestehenden Besitztumsorganisationen zu übertragen. Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin, der eine bedeutende Summe für die Ausstellung bewilligte, zog sich mit der latonischen Antwort aus der Schlinge: „Das Ausstellungsgebiet liegt auf Treptower Gelände und ist darum ein jeder Einfluß des Berliner Magistrats ausgeschlossen.“ Die Herren Generalpächter Dressel und Adlon aber haben das Schicksal nicht der Mühe für werth gehalten, das Schriftstück zu beantworten. Von dem Ausschuss der Ausstellung endlich ist zwar eine Antwort ertheilt, sie bedeutet aber nicht mehr, als eine platonische Liebeserklärung. Der Ausschuss verpricht den Petenten, seinen größtmöglichen moralischen Einfluß im Sinne der Petition geltend zu machen. Damit wird wenig genug erreicht werden und der Weizen der Stellenagenten wird blühen und gedeihen.

Der Polizeikampf gegen den mit der heutigen Produktionsweise eng verwachsenen Schwindel scheint jetzt auch in der Nähe Berlins vor sich gehen zu sollen. Durch Polizeierordnung ist jetzt in Schöneberg bestimmt worden, daß jeder Inhaber eines offenen Geschäftstlokals verpflichtet ist, an dem letzteren in deutlich erkennbarer Schrift entweder seinen vollen bürgerlichen Namen und Zunamen oder die Bezeichnung seiner im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Firma anzubringen. Für bereits bestehende Geschäfte haben die Inhaber dieser Vorschrift bis zum 1. Oktober d. J. nachzukommen. Außerdem werden Anpreisungen u. mit einem „den Thatsachen nicht entsprechenden Inhalt“ vor und an offenen Geschäftstlokaten verboten. — Wird wenig nützen.

Die postalische „Vergünstigung“, daß Briefe mit Uebergewicht (mehr als 15 Gr.) im Postverkehr zwischen Berlin und

ordnung gewählten „Vertrauensleute“. — Der Glühofen wird von Sonntag 6 Uhr bis Sonntag Mittag von einer Kolonne, von Sonntag Mittag bis Montag früh von einer zweiten bedient, ist also den ganzen Sonntag in Betrieb. Einen Fabrikinspektor hat noch niemand gesehen. — Allen diesen ungeheuerlichen Mißständen gegenüber ist der Chef, Herr Simbu vollständig unnahbar. Will sich jemand beschweren, muß er sich bei Herrn Frißche vorher melden. Dieser fragt ihn aus und dann erfolgt in der Regel Entlassung anstatt Rücksprache mit dem Chef. Gerade die Unnahbarkeit des Chefs sei es gewesen, welche die heutige Versammlung nötig machte. Mit einem kräftigen Appell an die Arbeiter und Arbeiterinnen, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, endeten die Ausführungen. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion wurden noch manche Mißstände aufgedeckt. Kein einziger Redner bestritt die Ausführungen, obwohl Vertreter der Firma anwesend waren. Mit einem brausenden Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Die Maler und Anstreicher hielten am Montag eine außerordentlich starkbesuchte Versammlung ab. Gegen 2000 Personen waren in dem großen Keller'schen Saale anwesend, um Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen zu nehmen und über die weiteren Schritte in derselben zu beraten. Dem Referat des Malers Link zufolge hat sich die Lohnkommission der Berliner Maler-Jnnung in den bisherigen Verhandlungen mit der Lohnkommission der Gehilfen in bezug auf die Nebenpunkte des von den Gehilfen aufgestellten Tarifs zwar entgegenkommend gezeigt, dagegen haben sich die Vertreter der Innung bezüglich der Hauptforderung — Minimalstundenlohn von 53 Pf. — entschieden ablehnend verhalten. Obwohl die Gehilfen-Kommission in diesem Punkte nachgab und sich mit einem Stundenlohn von 50 Pf. begnügen wollte, konnte doch keine Einigung erzielt werden, da die Meister-Kommission nur 47 1/2 Pfennig pro Stunde als Lohnminimum für Maler — aber nicht für Anstreicher — bewilligen wollte. In einem Antwortschreiben auf das von den Gehilfen gestellte Ultimatum sagt die Kommission der Innung:

1. Die Innung ist gewillt, den am 20. Juni 1899 festgesetzten Minimalstundenlohn von 45 Pf. auf 47 1/2 Pf. zu erhöhen. Dieser Lohnsatz ist für 1899 festgesetzt und tritt am 1. März in Kraft.

2. Die Festsetzung eines Minimallohns für Anstreicher und andere im Malergewerbe beschäftigte Personen lehnt die Berliner Malerinnung ab.

3. Die Innung ist gewillt, vom 1. März ab keinen Anstreicher mehr anzustellen, der nicht nachweisen kann, daß er wenigstens seit drei Jahren im Malergewerbe gearbeitet hat.

4. Die Innung lehnt es ab, ihr Arbeitsnachweis-Bureau aus den Händen zu geben, auch ist sie nicht Willens, es mit einem Gehilfenauschuß gemeinsam zu verwalten.

Sie wollen uns mittheilen, ob Sie auf Grund dieses unseres festen Beschlusses mit uns weiter unterhandeln wollen.

Hiernach sei — so meinte der Referent — eine gütliche Regelung der Verhältnisse nicht mehr möglich. Wenn schon die Gehilfen sich mit einem Lohn von 50 Pf. die Stunde begnügen wollten, so sei dies das äußerste, was man den Meistern zugestehen könne. Dagegen werde man sich unter keinen Umständen mit dem gänzlich unzureichenden Satze von 47 1/2 Pf. zufrieden geben. Auch könnte man nicht darauf eingehen, die Anstreicher bei diesen Forderungen ganz auszuschließen, wie es die Meister wollten. Die Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe hätten sich schon seit Jahren so gestaltet, daß ein Unterschied zwischen Malern und Anstreichern nicht mehr gemacht werden könne. Angesichts des ablehnenden Verhaltens der Innung bleibe den Arbeitern im Malergewerbe nichts anderes übrig, als ihre berechtigten Forderungen durch einen Streik zu erkämpfen, der angesichts der günstigen Geschäftslage die beste Aussicht auf Erfolg habe.

In demselben Sinne äußerte sich eine Anzahl von Rednern; nur einer erklärte sich gegen den Streik, den er wegen der schlechten materiellen Lage der Gehilfen nicht für rathsam hält. Merkel meinte, die Gehilfenkommission wäre der Meisterkommission schon viel zu weit entgegengekommen, auch hielt er es nicht für richtig, daß die Verhandlungen nur mit der Innung geführt worden seien, in der nur etwa 400 Meister vertreten wären, wohingegen es in Berlin ungefähr 1400 Meistermeister gäbe. Link und Benker betonten demgegenüber, daß auch den Nicht-Innungsmestern die Forderungen der Gehilfen durch Zirkular vom 8. November v. J. bekannt geworden seien, und daß nunmehr, da die Verhandlungen mit der Innung gescheitert, eine allgemeine Meister-Versammlung zum Zweck der Verhandlung einberufen werden würde. Die Innung, welcher die größten Firmen angehörten, sei doch die offizielle Organisation der Arbeitgeber, und deshalb habe sich die Lohnkommission der Gehilfen an diese wenden müssen, obwohl vorauszu sehen war, daß die Verhandlungen kein günstigeres Resultat, als das vorliegende, ergeben würden. Nach Schluß der Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen welche besagt: daß die Versammlung sich mit dem Verhalten der Lohnkommission bei den Verhandlungen mit den Innungsmestern einverstanden erklärt und gewillt ist, sich mit einem Minimallohn von 50 Pfennig pro Stunde zu begnügen, wenn die Innung diese Forderung anerkennt. Andernfalls bleibt die ursprüngliche Forderung von 53 Pf. aufrecht erhalten. Die Festsetzung des Tages, an dem eventuell der Streik beginnen soll, bleibt der Lohnkommission überlassen. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit soll von jetzt an unterbleiben. — Der Vorsitzende theilte mit, daß am Mittwoch, den 19. d. M., bei Strauß, Ritterstraße 123, eine Sitzung der Werkstatt-Delegirten stattfindet, und daß die Werkstellen, die noch keine Delegirten haben, solche ernennen und in diese Sitzung entsenden

müßigen, da es sich um eine wichtige Besprechung bezüglich der Lohnbewegung handelte. Mit einem kräftigen Hoch auf die Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeiter-Gildeschule. Unterricht am Mittwoch. Südost-Schule, Waldemarstraße 14: Geschichte. — Nord-Schule, Wälderstraße 179a: Deutsch. Beginn abends 9 Uhr, Schluß 10 1/2 Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Freie Vereinigung der Kaufleute. Heute Mittwoch Abend Vortrag des Herrn Dr. Ludwig über die Königin'schen X-Strahlen. Entrée 20 Pf.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Kommandanten-Garten“, Kommandantenstr. 10-11: Geschäftliche Sitzung. Abrechnung.

Vermischtes.

Vom Grubenunglück bei Zabrze. Ueber die gemeldete Verschüttung von fünf Bergleuten auf der Guido-Grube bei Zabrze berichtet der „Oberschl. Anz.“: Das Unglück ereignete sich am Sonnabend Vormittag gegen 9 Uhr. Fünf am Pfeilerabbau des Heintzflözes beschäftigte Bergleute wurden durch plötzliches zu Bruchgehen eines Pfeilers verschüttet. Den Rettungsmannschaften gelang es, nach einer Stunde den etwas abseits vom fraglichen Pfeiler arbeitenden Schlepper Müller lebend, aber mit schweren Verletzungen aus dem Trümmerhaufen zu befreien. Das fortwährende Nachstürzen von Gesteinsmassen erschwerte sehr die Arbeiten. Nachdem die Trümmer etwas abgetragen waren, wurde gegen 4 Uhr nachmittags die erste Leiche geborgen, und zwar die des Schleppers Schloscharek. Der Häuer Muschiol, der bis zu den Hüften verschüttet war und die Hände frei hatte, machte sich durch fortwährendes Klopfen und Hilferufe bemerkbar. Aber immer schwächer wurden die Rufe des M. und das Klopfen hörte gegen 2 Uhr nachmittags auf. Durch das unerschrockene Vorgehen des Direktors Nemy sowie der Rettungsmannschaften ist es aber gelungen, Muschiol gegen 6 Uhr aus seiner höchst gefährlichen Lage, nachdem er 10 Stunden lang den Tod vor Augen gehabt hatte, lebend hervorzu ziehen. Er war aber so schwach, daß er nicht ein einziges Wort über die Lippen bringen konnte. Durch Einfößen von Wein wurde er wieder zu sich gebracht, und sein erstes Verlangen war nach einem Glas Wasser. Die Verletzungen des Muschiol sind nicht schwerer Natur, so daß M. am Leben erhalten bleiben wird. Die Leichen der beiden Häuer Saworo und Pospich konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden, da auf diesen unermesslich viel Gestein und Kohlen liegen.

Aus New-York wird über ein entsetzliches Brandunglück berichtet: In einer Wäschefabrik in Troy bei New-York entstand am Montag Feuer. Unter den 300 dort beschäftigten Frauen und Mädchen brach eine furchtbare Panik aus. Viele sprangen aus dem fünften Stockwerk herab, einige wurden getödtet, 20 bis 30 werden vermißt.

In der Erklärung des Herrn Direktor Arendt vom 16. d. M., in welcher derselbe u. a. sagt:

Die Brauer lehnten jedoch ein Mitglied der Kommission, Herrn Millarg, ab; die von ihnen vorgebrachten Gründe für diese Ablehnung wurden von der Kommission als nicht stichhaltig erachtet und da die Brauer trotzdem auf ihrer Ablehnung bestanden, erklärte die Kommission, mit der Sache nichts weiter zu thun haben zu wollen,

ist unrichtig.

Die Sache verhält sich folgendermaßen: Die Agitationskommission der Brauer wurde als Vertreter der Gemafregelten abgelehnt und zwar von seiten des Herrn Direktor Arendt.

Wie nun in dieser Frage keine Einigkeit zu stande kam, erklärte der Vorsitzende, Genosse Körsten: Wenn die Agitationskommission der Brauer als Vertreter der Gemafregelten nicht anerkannt wird, so können wir uns auch nicht als Gewerkschaftsauschuß betrachten, jedoch erklären wir uns bereit, das Schiedsamt als Privatpersonen anzunehmen.

Die Gemafregelten erklärten jedoch ohne ihre Vertreter (die Agitationskommission) nicht verhandeln zu wollen. Auf Grund dieses zerschlugen sich diese Verhandlungen.

Die Ablehnung des Genossen Millarg als Privatperson kam erst in zweiter Linie in betracht.

Die Verhandlungen des Einigungsamtes vom 17. d. M. auf dem Gewerbegericht zwischen den Streikenden (welche sich mit den Gemafregelten solidarisch erklärt) und dem Herrn Direktor Arendt führten zu keinem Resultat, weil Herr Arendt von 22 Streikenden und Gemafregelten nur 8 Arbeiter nach Bedarf wieder einstellen wollte.

Im übrigen werden wir in der am Donnerstag, den 20. Februar, stattfindenden Versammlung (siehe Inserat) alles klar legen.

Rechtsbureau.

Anfertigung von Klagen, Gesuchen, Memorialen etc. Rath unentgeltlich erteilt. Sebastianstr. 9, 1 Tr. 1.

Große Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Sulfid-Sulfid, Berlin S., Weingartenstr. 46. Preisliste separat. Die Anerkennungsschreiben.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödtten bei Bestellung umsonst. Gudel, Baufigerplatz 2, Gassestr. 12.

66. Resterhandlung. 66 billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 42306 Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. **66. Karle, Waldemarstrasse 66** Teleph. Amt IV. 1597.

Zähne v. 2 M. ev. Theilj. Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Kräftiger Ziehhund nebst Wagen zu verkaufen bei Anton Paul, Wangelstr. 105. 2746b

Mittenwalderstr. 55 Stube und Küche 240 und 195 M. 2727b

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestrasse 7/8. Um den vielfach geäußerten Wünschen, die Volk-Vorstellungen auch abends zu veranstalten, entgegenzukommen, findet versuchsweise die **22. Volks-Vorstellung** unter Regie von Julius Türk am **Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 Uhr, statt.** Zur Aufführung gelangt zum vierten Male:

Die Räuber.

Trauerpiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller. **Raffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Weiße Partien.** **Sonntag, den 23. Februar 1896, nachmittags 2 1/2 Uhr:** Zum zweiten Male: 235/3

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller. **Eintrittskarten à 60 Pf.** sind in den bekannten Geschäften für beide Vorstellungen zu haben. **Die bisher gekauften aber nicht benutzten Partien haben zu beiden Vorstellungen Gültigkeit.**

Möbel u. Polsterwaren, reelle Waare empf. **Franz Tutzauer,** Tischlermeister, 189612 Berlin SW., Blücher-Strasse 14.

Teilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maß **Temporowski,** Schneidermeister Berlin O., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

Schlafsofa, Bettstelle, Matratzen, Kleiderständer, Wäschespind, Spiegel, Spiegel, Anzeigebild, Stühle billig Reichenbergerstr. 100, v. I. Behring.

Pianos am billigsten! Orig.-Fabrikpr. 800 vorr. Sichern Leuten bewillige Soulaute mit o. viertelj. Patentzabl. täglich bis 9 Uhr ab. geöffnet. **Ditrich, Französischestr. 9.** Fernspr.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Weuthstraße 2.

Sobald erschien:

Das Arbeiterelend in der Konfektions-Industrie vor dem deutschen Reichstag.

3 Bogen Großoktav. Preis 10 Pf. Bei Partienbezug Rabatt.

Die Mittwochsverhandlungen im Reichstage haben solches Interesse hervorgerufen, daß wir auf Veranlassung der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen den stenographischen Wortlaut sämtlicher Reden in Broschürenform erscheinen lassen. Diese Debatten sind der schlagendste Beweis für die Verächtlichung der Streikbewegung, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind so grauenhaft verfallen, daß sie sogar vom Ministertisch aus und von den Vertretern der Ausbenterpartei verurteilt werden mußten.

Ausschneiden u. einsenden.



Fernrohr

per Stück 3,20 Mk. mit 4 Gläsern und 3 Auszügen. Starke Vergrößerung, unter Garantie!

Zur Ansicht bestellt der

Unterzeichnete ein Stück von obigem Fernrohr, und kann der Betrag per Nachnahme erhoben werden. Dagegen verpflichtet sich die Firma Kirberg & Comp., das Fernrohr, nachdem solches genügend geprüft und nicht gefüllt, sofort unter Nachnahme d. sämtl. ausgelegten Geldes retour zu nehmen, sodass dem Besteller kein Pfennig Kosten entsteht.

Name

Ort

Dankschreiben wienachstehend gehen täglich in gross. Anzahl bei uns ein, die Originalschreiben liegen in unserem Bureau zur Einsicht.

Ueber gesandtes Fernrohr muss ich Ihnen meine volle Zufriedenheit bezeugen. Es kennzeichnet alles auf eine Entfernung von einer Meile ziemlich genau. (gez.) A. Thuss in P.

Preis-Catalog mit naturgetreuen Zeichnungen sämtlicher Fernrohre, Feldstecher, Operngläser, Microscope, sowie Solinger Messerwaren, Scheeren, Revolver, Florentinbüchsen, Pistolen, Jagdgewehre, Patronen versenden an Jedermann gratis und franco.

Man achte genau auf unsere Firma.

Kirberg & Comp.

in Gräfrath bei Solingen.

Ältestes Geschäft dieser Art am Platze.

Empfehle Freunden und Bekannten mein **Weiß- und Patriich-Bierlokal** nebst großem Vereinszimmer. **Richard Halfter, Mühlenstr. 49a.**

Hermann Schibolsky aus Bernau (Büffetier daselbst).

Unfallfäden. Klagen, Eingaben, Verzugs halber verk. m. Muschel, Puffer, Steglitzerstr. 65. wirtsch. spottbill. Invalidenstr. 157, II. 1.

Gerichts-Beilage.

Die Streitfrage zwischen den Weißbier-Brauervereinigern und dem Polizeipräsidenten, welche seit etwa Jahresfrist die Gerichte beschäftigt, ist nunmehr endgültig durch Entscheidung des Kammergerichts zu Gunsten der ersteren entschieden worden. Gegen verschiedene Inhaber von Weißbier-Brauereien waren amtliche Befehle ergangen, weil sie am 15. April vorigen Jahres, dem Ostermontage, in ihren Brauereien Arbeiter beschäftigt hatten. Sie sollten hierdurch gegen die auf die Sonntagstrube bezüglichen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom 1. Juni 1891 verstoßen haben. Die in Strafe Genannten beantragten richterliche Entscheidung und erhielten in den beiden ersten Instanzen freisprechende Urtheile. Die Angeklagten gaben zu, am zweiten Osterfeiertage so viele Arbeiter beschäftigt zu haben, als erforderlich waren, um so viel Frischbier zu brauen, wie am folgenden Tage dem Weißbier zugeführt werden mußte, um letzteres vor dem Verderben zu schützen und um am dritten Oftertage den vollen werktätigen Betrieb wieder aufnehmen zu können. Zu den Sachverständigen in der Berufungsinanz gehörte auch der Professor Dr. Delbrück, welcher sein Gutachten zu Gunsten der Brauer abgab und ausdrücklich hervorhob, daß der Betrieb nicht am dritten Oftertage wieder aufgenommen werden könne, wenn nicht Tags zuvor Frischbier gebraut worden sei. In gleichem Sinne hatten sich die übrigen Sachverständigen geäußert, woraus auch die zweite Instanz ein freisprechendes Urtheil fällte. Gegen dies Urtheil wurde vom Oberstaatsanwalt Drescher Revision eingeleitet, worauf sich gestern das Kammergericht mit der Frage zu beschäftigen hatte. Der Oberstaatsanwalt hatte die Revision damit begründet, daß ein „voller werktätiger Betrieb einer Weißbier-Brauerei schon dann als vorhanden angesehen werden muß, wenn das eigentliche Brauen betrieben werden kann, daß also die Herstellung von konsumfähigem Weißbier“ zwar zum werktätigen Betriebe gehören mag, nicht aber ein nothwendiger begriffsmäßiger Bestandteil dieses Betriebes ist. Die richtige Auslegung der Betr. Gesetzesbestimmung könne aber nur dahin gehen, daß die fraglichen Arbeiten nothwendig sein müssen, um den vollen werktätigen Betrieb in seinem begriffsmäßigen Umfange zu ermöglichen, nicht aber auch schon, um andere Thätigkeiten vorzubereiten, die zwar thatsächlich mit dem Betriebe zusammenhängen, aber nicht nothwendige Bestandtheile desselben seien. Der Verteidiger in allen Instanzen, Rechtsanwalt Leop. Meyer, erzielte auch vor dem Kammergericht ein freisprechendes Urtheil. Die Revision des Oberstaatsanwalts wurde verworfen mit der Begründung, daß die Feststellung, ob zur Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebes am 3. Osterfeiertage die Erzeugung von Frischbier am Tage zuvor, also am 2. Osterfeiertage, nothwendig sei, thatsächlicher Natur und daher der Nachprüfung durch den Revisionsrichter entzogen sei. Mit Rücksicht darauf, daß es sich hier um ein Prinzip von rechtlicher Bedeutung handele, welches zur höchstgerichtlichen Entscheidung gebracht worden sei, seien dem Antrag des Verteidigers gemäß die nothwendigen baaren Aufwände einschließlich der Verteidigung der Staatskasse auferlegt worden.

Wann dürfen Landarbeiter ungestraft die Arbeit niederlegen? Das Gesetz, betreffend die Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1884 bestimmt in seinem § 3, daß Gesinde, Schiffsnachste, Dienstleute oder Handarbeiter der im § 2 näher bezeichneten Art dann eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verurteilt werden, wenn sie die Arbeit oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern. — Gegen diese Bestimmung sollte der Arbeiter W. verstoßen haben. Derselbe hatte sich neben anderen Landarbeitern gegen 70 Pf. pro Morgen zum Grasmähen verdingen. Als der Gutsherr, bei dem sie in Arbeit standen, den Preis auf 60 Pf. herabsetzte, protestirten die Mäher dagegen, worauf sich der Dienstherr bereit erklärte, wieder 70 Pf. für den Morgen zu zahlen. W. verlangte jedoch nunmehr als Vorkäufer seiner Kameraden 80 Pf. und bemerkte auf die Weigerung des Gutsherrn, diesen Satz zu gewähren, daß wenn er gehe, die anderen Leute auch nicht weiter arbeiten würden. Die fernere Weigerung des Arbeitgebers beantwortete W., indem er sich an seine Mitarbeiter wandte, mit einem „Kommt, Leute!“ In dieser Aufforderung zur Arbeitsniederlegung erblickte die Anklagebehörde das W. zur Last gelegte Vergehen. W. wurde in allen drei Instanzen freigesprochen. Der Strafsenat des Kammergerichts begründete die am 18. d. M. ausgesprochene Verurteilung der Revision mit dem Wortlaut des Gesetzes. Der zitierte § 3 treffe nur die Verabredung zur Arbeitsniederlegung, nicht aber die bloße Aufforderung zum Niederlegen der Arbeit, wie sie in diesem Falle von W. ausgegangen sei. Die von der Staatsanwaltschaft gewünschte sehr weitgehende Interpretation des genannten Paragraphen wäre unzulässig.

Kunst und Wissenschaft.

Im Schiller Theater erlebte am Montag ein ganz vorzügliches Stück des Herrn Fedor von Zobeltitz seine Wiederauferstehung. Bevor dieser Dichter zur Fabrikation des „Thron seiner Väter“ schritt, welches Lustspiel bekanntlich vor gut acht Tagen im Vesting-Theater eine wohlverdiente Ablehnung erfuhr, brachte er in dem Schauspiel „Ohne Gelaut“ vor nunmehr zwei Jahren ein Stück auf die Bühne, das nicht verdient hätte, nach wenigen Aufführungen in der Versenkung zu verschwinden. Das Schiller-Theater hat wohl daran, sich dieses Werkes zu erinnern, und die vorgelegte Aufführung bewies, daß die Direktion einen guten Griff gethan hat. Um den Erfolg des Stückes, das ein im großen ganzen wohl zutreffendes Spiegelbild der bäuerlichen Sitten in der Mark giebt, gab sich die Künstlerchaft des Schiller-Theaters durchweg rechte Mühe. Trat die Vorstellung vom Montag auch in manchen Einzelheiten hinter die Aufführung des Stückes im Vesting-Theater zurück, so brauchte sich die Direktion doch keinesfalls zu schämen. Von Herrn Patzsch, der den Behauptungen gab, will uns sogar bedünken, daß er Herr Guthery wohl die Stange halten konnte. Auch Herr Laurence als weislicher Kreisphysikus war recht am Platze, beglückwünschte Herr Patzsch als Farmer im ganzen mehr menschlich als salbungsvoll zu reden. Niemand farblos erschien leider Herr Bach als Liebhaber. Fräulein Hedwig Pauly spielte die Schulentochter Anna, wenn auch ohne besondere individuelle Vertiefung, so doch natürlich und empfindungsvoll. Weniger wollte uns von Frau Wille bedünken, daß sie den Typus einer hartknochigen Bauersfrau zu verkörpern verstand. Bravo fand sich Herr Walden mit der Episodenrolle des Jhig ab.

Auf den Experimental-Vortrag, den heute abend 8 1/2 Uhr Herr Dr. Ludwig im unteren Saale des Englischen Gartens, Alexanderstraße 27c über Photographie mit X-Strahlen halten wird, weisen wir ganz besonders hin. Zu dem von der

Freien Vereinigung der Kaufleute arrangirten Vortrag sind Karten à 30 Pf. an den am Sonntag im Inzeratentheil bekannt gegebenen Stellen, sowie an der Kasse zu haben.

Zu Nansen's Nordpolfahrt schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus Kopenhagen: Während fast alle hiesigen Sachkundigen die Wahrheit der Nachricht, daß Nansen den Nordpol entdeckt habe und auf der Rückreise sei, stark bezweifeln, glaubt Kapitän Gørgaard an die Richtigkeit der Mittheilung, und da er als Teilnehmer der „Vega-Expedition“ Nordenskjöld's und der „Thimphna-Expedition“ große Erfahrung auf diesem Gebiete besitzt, verdienen seine Äußerungen immerhin Aufmerksamkeit. Gørgaard meint, man könne auf Grundlage der eingelaufenen Mittheilung die ganze Reiseroute Nansen's konstruiren. Nansen sei vor zwei Jahren nach Kap Tscheljuskin gekommen und beabsichtigt, von dort aus sich vom Eise nach dem Nordpol treiben zu lassen. Vielleicht habe er jedoch offenes Wasser gefunden und sei nach dem unbekanntem Lande, das nördlich von der Insel Wrangel liegt, vorgegedrungen. Im vorigen Frühjahr habe er Schlitzenreisen nach dem Nordpol gemacht, und im Sommer sei er mit seinem Schiffe gegen die sibirische Küste zurückgegangen. Hier habe er im Oktober vorigen Jahres Verbindung mit seinem Lieferanten erreicht und derselbe habe Mittheilungen an den Präsesen in Kopenhagen geschickt, von wo aus sie nach Irkutsk durch Voten gelangt sind. Daß so lange Zeit verlaufen sei, bevor die Mittheilung nach Europa kam, ist leicht verständlich, und ganz dasselbe sei der Fall gewesen, als Nordenskjöld von der Nordküste Sibiriens einen Boten im Oktober nach Irkutsk schickte. Die Nachricht habe auch damals Europa erst Mitte Februar erreicht. Gørgaard glaubt daher nicht nur, daß Nansen den Pol erreicht habe, sondern daß auch sein Schiff in Sicherheit sei, denn wenn dasselbe vom Eise zerstückelt worden wäre, würde man keine Nachricht von Nansen selbst erhalten haben. Sollte die Nachricht eine Mythisation sein, so müßte sie jedenfalls von jemandem, der mit den Polarverhältnissen sehr genau vertraut sei, ausgegangen sein.

Theaterchronik. „König Heinrich der Vierte“ von Shakespeare, welcher heute, Mittwoch, im „Deutschen Theater“ neu einstudirt zum ersten Male in Szene geht, ist in seinen Hauptrollen folgendermaßen besetzt: König Heinrich IV. — Emanuel Reicher; Prinz von Wales — Josef König; Prinz Johann von Lancaster — Gisela Pahlen; Herzog von Clarence — Helene Stagl; Graf von Westmoreland — Max Reinhardt; Sir Walter Blunt — Hans Gregor; Graf von Worcester — Ferdinand Gregori; Graf von Northumberland — Emil Marx; Heinrich Percy — Hermann Nissen; Lady Percy — Nina Sandow; Edmund Mortimer — Eugen Burg; Graf von Douglas — Otto Höhl; Owen Glendower — Ernst Pittschau; Sir John Falstaff — Hermann Müller; Poins — Josef Jarno; Bardolph — Paul Pauli; Shalot, Friedensrichter — Hans Fischer. Die Vorstellung beginnt heute ausnahmsweise 7 Uhr. — Frau Niemann wird im Vesting-Theater auf besonderen Wunsch des Verfassers in der einaktigen Schauspiel-Novität „Jungfer Jannetgrün“ von E. von Wildenbruch am nächsten Sonnabend die weibliche Hauptrolle spielen. In „Madame Sans-Gêne“ wird Frau Niemann nur noch am Freitag auftreten. — „Der Trompeter von Säckingen“ geht heute mit Herrn Hans Hagemann im National-Theater in Szene; morgen findet eine Aufführung von „Des Meeres und der Liebe Wellen“ statt. Am Sonnabend Nachmittag werden als Abendvorstellung das Faubermärchen „Achenbrödel“ und die Burleske „Jschus, das Waldmädchen“ gegeben.

Soziale Uebersicht.

Krankenkassenwesen. Der Ziegler-Kranken- und Unterstüßungskasse (S. G.) zu Talle, der Krankenkasse „Fortkultur“ (S. G.) in Hamburg, der Kranken- und Begräbniskasse der deutschen Rutscher und verwandten Berufsgenossen (S. G.) in Berlin ist vom Reichskanzleramt die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherung-Gesetzes genügen.

Zur Thätigkeit der Gewerbegerichte. In ihrem Bericht über die Verwaltung der Bürgermeisterei sagt die Finanzkommission der Stadt Mainz: „Das Gewerbegericht funktionirte in besterthätiger Art und erweist sich fortwährend als eine zweckmäßige Einrichtung, da 76 pCt. aller anhängig gewordenen Sachen durch Vergleich erledigt werden konnten. Mit recht weist der Bericht (der Bürgermeisterei) darauf hin, daß in den meisten Fällen die Veranlassung zur Erhebung von Klagen in dem Mangel an schriftlichen Arbeitsverträgen liegt und die Parteien meistens in Unklaren über die Gründe sind, welche zur vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigten. Die Thätigkeit der Arbeitgeber bei den Wahlen der Weisiger, welche im Zunehmen begriffen ist, stellt denselben ein trauriges Zeugniß aus.“

Zu Jittau beabsichtigt der Magistrat die Errichtung einer städtischen Zentralkasse für Arbeits-Vermittlung. Zunächst sollen in den Orten, wo städtische Arbeitsvermittlung-Anstalten schon bestehen, über deren Organisation und Erfolge Erkundigungen eingezogen werden, damit in Jittau der Arbeitsnachweis möglichst praktisch errichtet werden kann.

Das Herzogthum Sachsen-Altenburg hatte bei der Volkszählung am 2. Dezember, nach deren vorläufigem Ergebnis, 180 012 Einwohner, davon der Ostkreis 127 187, der Westkreis 52 825. Die Hauptstadt Altenburg hatte 33 423 Einwohner. Die Bevölkerung der Landgemeinden betrug im Ostkreis 65 419, im Westkreis 33 340. — Vermehrt hat sich die Einwohnerzahl Sachsen-Altenburgs seit 1890 um 5,95 pCt.

Das Fürstenthum Reuß j. L. hatte am 2. Dezember v. J. nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung 151 469 Einwohner. Gegen 1890 hat sich die Bevölkerung um 9,73 pCt. vermehrt. Die Hauptstadt Gera hatte am 2. Dezember 43 471 Einwohner (1890: 39 599).

Freie Lehrmittel. In Mainz hat die Finanz- sowie die Schulkommission der Stadtverordneten einen Antrag auf gänzlich freie Lieferung der Lehrmittel an die Schüler der Volksschule mit vertheilbarer Majorität abgelehnt, dafür aber einen Evidenzantrag, den Eltern mit einem Einkommen bis zu 900 Mark die Lehrmittel für ihre Kinder freizustellen, einstimmig angenommen. Die linksstehenden Parteien, Sozialdemokraten, Demokraten und Freisinnige haben bei diesen Abstimmungen fast durchgehendes zusammengestimmt. Bezeichnend ist, daß die Schulkommission allen wesentlich weitergehenden Anträgen zustimmte, die Finanzkommission sie aber alle ablehnte. Virtus post numerum sagten die Römer, d. h. der Geldsack ist die Hauptsache.

Die schlechten Wohnungsverhältnisse Tuttingens in Württemberg sind von einer Reize-Kommission als Hauptursache der dortigen großen Kindersterblichkeit ermittelt worden.

Billige Cigarren! Eine Cigarrenfabrik in Fredeburg in Westfalen leitet ihre lärmende Reklame für billige Cigarren mit folgendem bezeichnenden Satze ein:

„Für unsere seit ca. 45 Jahren bestehende Cigarrenfabrik lassen wir nicht ruhen und arbeiten für das Engros-Geschäft — einerseits haben wir kaum Verkaufsposten, andererseits fabriziren wir in großem Umfange und haben billige Arbeitslöhne, hierdurch sind wir in der Lage, gute und reelle Waare zu auffallend billigen Preisen verkaufen zu können.“

Das ist ja die Hauptsache, daß die Cigarren billig sind, wenn auch die Arbeiter dabei hungern müssen!

Über 37 000 Mädchen und Frauen sind im Telephon-Dienst der nordamerikanischen Union beschäftigt.

Gewerkchaftliches.

Alle im Schnitt- und Stanzbau beschäftigten Metallarbeiter Berlins stellten am letzten Sonnabend an die Unternehmer die Forderung: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit unter Beibehaltung des bisherigen Lohnsatzes. Die Forderung wurde jedoch von den sieben in Frage kommenden Fabrikanten nicht bewilligt, demzufolge nahmen alle in dieser Spezialwerkstätten beschäftigten Kollegen, getreu ihrem am 14. d. Mts. gefaßten Beschlusse, Montag früh die Arbeit nicht wieder auf. Beteiligte an dem Streik sind in den Werkstätten: Reiss u. Martin, Luisen-Ufer 53; 84 Mann; Tich u. Ko., Sebastianstr. 8, 24 Mann; Pro-jahn, Prinzessinnenstr. 16, 23 Mann; Albrecht, Prinzenstraße 95, 18 Mann; Gebr. Krull, Brandenburgstraße 29, 18 Mann; Künchgefang, Luisen-Ufer 8, 18 Mann, und Gerndt, Kommandstr. 18, 5 Mann; in Summa 185 Mann. Die Kollegen gedenken nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, als bis ihnen die erwähnte Forderung bewilligt ist.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung, Vergolder! Der Streik bei der Firma D. S. Scholz, Votumstraße, wird hiermit für beendet erklärt, da folgendes bewilligt worden ist: 1. der geforderte Zuschlag auf die Schlype und 4 Platte von 10 Pf. à 100 Fuß; 2. Entlassung von 2 Lehrlingmädchen, gleiche Akkordpreise für männliche und weibliche Arbeiter; 3. sofern die Leisten, die bisher nur von Gesellen gemacht wurden, an die Mädchen vergeben werden, soll den Mädchen der gleiche Lohn wie den Gesellen gezahlt werden. Die Agitationskommission.

Den Arbeitern der Copenheim'schen Schuhfabrik in Berlin sind ihre Forderungen zum größten Theile bewilligt worden.

Auf 3000 Franken Schadenersatz haben der Glasermesseverein in Zürich und der Zentralverband der schweizerischen Glasermesse das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes verklagt, weil dieses den Glasereien durch Verhängung der Sperre den Zutritt an Arbeitskräften abgeschnitten hat.

Aus Brüssel wird der „Voss. Ztg.“ berichtet: Der Ausstand der Bergarbeiter im kättischen Becken Seraing gewinnt sichtlich an Ausdehnung, so daß die Zahl der Anständigen bereits 2300 erreicht. Die Fache Marihaye in Val-Saint-Lambert, die Fache Mary, Fanny, Carolus und Kollard in Seraing haben, da alle Arbeiter ausständig sind, ihren Betrieb eingestellt. Der Ausstand hat seit Sonnabend auch die Fache Reffales in Gemalle und in Aheres ergriffen. Starke Gendarmarie-Mithrungen sind nach dem Becken Seraing abgegangen.

Verfammlungen.

Eine besonders von Frauen gut besuchte Volksversammlung tagte am 17. Februar in Nixdorf in den Viktoria-Sälen, in der Reichstags-Abgeordneter Dr. Ziegenau über das Thema „Die Frau und das bürgerliche Gesetzbuch“ referirte. In eingehender Weise erläuterte Redner die einzelnen Abschnitte des jetzigen Entwurfs mit dem Hinweis, daß dieser der Frau weit weniger Rechte einräumt, als dies bei dem Entwurf der ersten Lesung der Fall war. Wenn auf dem Gebiete des Handels der Frau dieselben Rechte zugebilligt sind wie dem Manne, so sei es doch unverständlich, daß man die Frau vollständig rechtlos in allen anderen Angelegenheiten, besonders aber auf dem Gebiete des Familien- und Eherechts machen wolle. Geradezu unerhört sei die Auffassung in dem Entwurf hinsichtlich der unehelichen Kinder, die eine bedeutende Verschlechterung des bisherigen Gesetzes bedeute. Im übrigen sei mindestens zu verlangen, daß der Vater verpflichtet wird, wenigstens zwei Monate vor und drei Monate nach der Entbindung und zwar nicht, wie der Entwurf besagt, nach der Nothdurft, sondern nach dem Erwerbs- und Vermögensverhältnissen Entschädigung zu zahlen. Redner bespricht sodann die Stellung der verschiedenen Parteien zu dem ganzen Entwurf und weist darauf hin, daß die sozialdemokratische Fraktion gewonnen sein wird, wenn nicht bedeutende Verbesserungen vorgenommen werden, denselben abzulehnen. Falsch sei es, wenn die Juristen behaupten, daß die Gesetze der Entwicklung die Wege ebnen; die wirtschaftlichen Machtverhältnisse sind es, denen sich die Gesetze anpassen haben. Von dem bürgerlichen Gesetzbuch könne aber behauptet werden, daß es weit hinter der Entwicklung zurückgeblieben ist, folgedessen den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entspricht. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion weit Frau Fahrenwald darauf hin, daß der Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen immer mehr beschnitten werde, dagegen habe man sich noch nicht einmal soweit aufschwängen können, die Frauen, die wohl verpflichtet sind, ihre Steuern zu zahlen und ihre Arbeitskraft gleich dem Manne zu verkaufen, als Wähler zu dem Gewerbegericht zuzulassen. Eine Resolution, die das Einverständnis mit dem Referenten aussprach und gegen den Entwurf zum bürgerlichen Gesetzbuch entschieden Protest erhob, konnte nicht zur Abstimmung gebracht werden, indem der Gendarm während der Ausführungen des Genossen Bettan die Versammlung der üblichen Polizeistunde wegen auflöste. Mit der Leitung der Agitation unter den Frauen und Mädchen in Nixdorf hatte die Versammlung vorher Frau Bottan betraut.

Die sozialpolitischen Anschauungen der Innungsmeister. In einer gestern Abend in den „Germania-Sälen“ (Chausseestraße 103) stattgefundenen Versammlung der selbständigen Innungsmeister, die von der ständigen Deputation des Innungs-Ausschusses einberufen worden war, gelangten nach dem Referat des Obermeisters der Bäcker-Innung „Germania“ Bernhard Annahme: „Die Versammlung erklärt, daß es mit den bisher eingeführten sozialreformatorischen Gesetzen vorläufig sein Bewenden haben möge. Durch das Unfall-, Alters-, Kranken-, Invaliden- und Invaliden-Versicherungsgesetz, sowie die Novelle zur Gewerbe-Ordnung sind die Arbeitgeber, insbesondere der gewerbliche Mittelstand schwer belastet und im Gewerbe beschränkt, ohne daß eine Zufriedenstellung derjenigen, für welche

diese Wohlthaten geschaffen sind, eingetreten ist. Die Versammlung erwartete, daß die Weiterführung der Sozialreformgesetzgebung darauf richten muß, die Lage des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes zu verbessern durch Einführung entsprechender Gesetze. Sie legt über feierlichen Protest ein, gegen die regierungsseitig beabsichtigte Einführung eines Maximalarbeitstages im Handwerksgewerbe, womit beim Wäckergerber der Anfang gemacht werden soll. Die Versammlung sieht in diesem Vorgehen eine Vernichtung des Handwerkbetriebes zu Gunsten der Großindustrie, eine Auflösung des gewerblichen Mittelstandes und damit eine Gefahr für den Staat und das deutsche Volk.

In einer zweiten Resolution bekundeten die Herren ihre Stellung zu dem überhandnehmenden Bauschwandel. Diese Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Da der Bauschwandel sich durch die mangelnden Schutzgesetze mit jedem Tage mehr ausbreitet und immerfort Handwerkerexistenzen verschlingt, fordern wir auf Grund unserer Unterwerfung unter die Gesetze und der in den Kriegsjahren und jederzeit dem Staate geleisteten Pflichten, daß nunmehr der Staat umgehend seine Pflicht erfüllt und Gesetze schafft, welche tausende und abertausende wehrpflichtiger Staatsbürger wirklich vor gewissenlosen Spekulant und Bankrott schützt. Ferner verlangen wir, daß diejenigen Regierungsorgane, welche durch das nicht rechtzeitige Eingreifen das Uebel vergrößerten, sich verantworten und rechtfertigen.“

Zu der Versammlung waren erschienen und nahmen zum Teil in der Debatte das Wort die Reichstags-Abgeordneten: v. Buchta, Dr. v. Frege, Graf Schlieffen, v. Schönig, v. Bieder, v. Leipziger, Limburg, Hilgenberg, Will, v. Malzahn, Graf Holstein, Alteböhmer, Sachsse und Loge. An der Debatte nahmen ferner Theil der Tapezierer Feder, der das „Help yourself“ als Mittel gegen die Ausbeutung durch Spekulant anpries. Alle anderen Redner sprachen im Sinne der Resolutionen.

Zu No. 17 sprach am 17. d. M. vor einer stark besetzten Volksversammlung in Ahrens Brauerei Reichstags-Abgeordneter Wurm über die politische Lage. Der Vortragende kündigte im Laufe seines Vortrages an, daß die sozialdemokratische Fraktion in den nächsten Wochen den Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer stellen werde. Redner kam damit auf das Gebiet der indirekten Steuern zu sprechen und ließ diesen vollen Wiedrigkeit widerfahren, insbesondere auch der geplanten Erhöhung der Zucksteuer, welche dieses wichtige Volksernährungsmittel in so bedeutender Weise vertheuern wird und die bestimmt ist, den nothleidenden Zuckerkonsum die unergründlichen Taschen füllen zu helfen. Redner veranschaulichte in klarer Weise, wie auf der einen Seite die Kosten des Volkes ständig erhöht, auf der anderen Seite die Rechte des Volkes stetig vermindert werden. Möge man auch die äußeren Formen, so meinte Redner, die Organisationen zerstören, die Organisation der Arbeiter durch das Solidaritätsgefühl sei unzerstörbar. Redner richtete einen dringenden Appell an die Arbeiter, unentwegt und bei jeder Gelegenheit für die Sozialdemokratie thätig zu sein, dann würde auch deren hohes Ziel erreicht werden. (Beifall.) Eine Debatte knüpfte sich an den Vortrag nicht und wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche nahmen am 12. d. M. in einer gut besetzten Versammlung den Bericht ihrer Kommission, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu untersuchen hatte, entgegen. Wie der Berichterstatter Grashold mittheilte, ist die Arbeit der Kommission eine äußerst schwierige gewesen, da in den Kreisen der Arbeiter wenig entgegenkommen zu finden war. Die niedrigsten Löhne wurden bei den Firmen Rosse u. Sohn und Ellenburg konstatiert. Nach einer längeren Diskussion beschloß man, die Kommission weiter bestehen zu lassen. Die Bestätigung eines Arbeitsnachweises für Zuschneider fand in der Versammlung eine günstige Aufnahme und wurde der Vorschlag, das Bureau Landwehrstr. 1 bei Pergt zu errichten, zum Beschluß erhoben. In bezug auf den Streik der Konfektions-Arbeiterinnen wurde dem Vorstand die Ermächtigung erteilt, nach eigenem Ermessen die Unterstützung zu gewähren.

Die Berliner Metallarbeiter hielten am Montag eine öffentliche Versammlung im Luisenstädtischen Konzerthaus ab, mit der Tagesordnung: Was gedenken wir bei der gegenwärtigen günstigen Geschäftslage zu thun? Diskussion und Beschluß. 18 Fabriken waren hierzu besonders eingeladen. Der Referent Litsin bedauerte den schwachen Besuch der Versammlung und gipfelt die Unterlassung der Arbeiter, die sich auch bei der Aufnahme der diesjährigen Statistik deutlich gezeigt habe. Nur ein Theil der Fragebogen sei wieder ausgefüllt zurückgekommen, wenn auch anerkannt werden müsse, daß größere Sorgfalt auf eine wahrheitsgemäße Ausfüllung der Fragebogen auch in bezug auf die Löhne verwendet worden sei. Das Gesamtergebnis sei jedoch ein bedeutend ungünstigeres, wie im Vorjahre. Klar sei darin gezeigt, wie der Jahresverdienst immer mehr und schneller herabsinke. Er fordert die Anwesenden auf, die Mängel in ihren Verhältnissen öffentlich zu besprechen und endlich einmal Wandel damit zu schaffen. Redner empfiehlt, die Prinzipale durch Zusendung eines Zirkulars von dem geplanten Vorgehen in Kenntniß zu setzen. In der Diskussion kommen zahlreiche Uebelstände in den Fabriken zur Sprache. Lohnbrüderei und das sogenannte „Einstandgeben“ seien notorisch und müßten endlich einmal aufhören. Bei Pagel und Schulz beispielsweise verdient bei voller Arbeitszeit eine Anzahl Kollegen 10-15 M. pro Woche. Bei Horwitz und Saalfeld werde die Arbeitszeit bis auf äußerste ausgedehnt. Ueberzeit bis 12 Uhr nachts sei dort keine Seltenheit. Mehrere Redner bezeichnen die aufgestellten Forderungen als beschwerend. Sie lauten: 1. Erzielung der 9stündigen Arbeitszeit. 2. Prozentuale Lohnaufbesserung. Besonders wird betont, daß die Metallarbeiter sich dem Vorgehen der übrigen Branchen der Metallindustrie anschließen müßten. In den Verhältnissen, wo Bauarbeit angefertigt wird, würden noch nicht 30 Mark erzielt. Baumann hält ein Vorgehen der Lampenbranche für unangebracht, da das Geschäft in dieser Branche momentan darnieder liege. Dagegen sei es bei den Branchen, welche einen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen haben, angebracht, vorzugehen, während andere Redner behaupten, daß die Lampenbranche einen guten Geschäftsgang habe. Der Herr Antrag, daß Litsin die weiteren Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung treffen solle, vor allem aber eine enge Verbindung mit den Vertrauensleuten unterhalten möge. Litsin rathet zunächst zu einem Vorgehen in der Baubranche, da diese die meisten Aufträge habe. Daraus gelangt folgender Antrag zur Annahme:

Die Versammlung beschließt, um die Löhne aufzubessern, zunächst in den einzelnen, besser gehenden Branchen in eine Lohnbewegung einzutreten zu Gunsten der neunstündigen Arbeitszeit und zur Erzielung einer noch näher festzusetzenden Lohnerhöhung. In diesem Zwecke werden die Vertrauensleute aufgefordert, in allen Verhältnissen diese Frage zu ventilieren und der in den nächsten Tagen stattfindenden Vertrauensmänner-Konferenz Bericht zu erstatten.

Im Punkt „Beschwerden“ ermahnt Litsin die Anwesenden, den Vertrieb der Sammelbons etwas reger zu betreiben.

Die Metallarbeiter sieben größerer Betriebe, die im Westen Berlins und in Schöneberg gelegen sind, waren fast vollständig bei der Einladung des Vertrauensmannes Räther zu der am Montag im Königshof, Wälderstraße, stattgehabten Versammlung gefolgt.

Indem der Referent Räther in kurzen Worten die Entwicklung der Metallindustrie schilderte, ging er dann

dazu über, den Kollegen zu zeigen, was sie für ein Verbrechen an sich selbst und an ihren Kollegen begehen durch die immer mehr überhandnehmende Ueberstundenarbeit. Sehr scharf ins Gericht ging Redner namentlich mit den Arbeitern der Firma Aron, welche trotz der erbärmlichsten Hungerlöhne und der schlechtesten Behandlung doch noch immer nicht ihren Künstlerdünkel abzulegen vermögen. Auf allen Industriegebieten, auch in der Metallindustrie, ist die Konjunktur eine bessere geworden. Jetzt ist die Zeit gekommen für die Arbeiter, auch ihrerseits Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Der einzelne ist hierzu nicht im Stande. Redner geht dann in Schilderung der hygienischen Zustände einzelner Fabriken ein und fragt dabei: Wie sieht es denn in dem Hause Löhnherr. 6 mit den Moseis aus? Ist denn in all diesen Betrieben eine Ventilation vorhanden? Werden nicht gerade in diesen Betrieben die niedrigsten Löhne bei der größtmöglichen Ueberstundenarbeit gezahlt? Alle diese Zustände zu beseitigen ist nur eine Organisation im Stande und darum fordert er alle Anwesenden auf, sich einer Organisation anzuschließen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Noa bemängelt, daß die Arbeiterorganisationen keine Arbeitslosen-Unterstützung gewähren. Jeder Arbeiter müsse erst für sich selbst sorgen, er müsse wissen, was er für seine Beiträge zu erwarten habe. Er empfiehlt Beitritt in den Hirsch-Dunker'schen Gewerksverein. Dieser gewährt Arbeitslosen-Unterstützung. (Beifall.) (Zurufe: 7,20 Mark nach 5 Jahren.) Räther tritt diesen Ausführungen entgegen. Nicht Unterstützungsvereine brauchen die Arbeiter, sondern Kampforganisationen, die bestrebt sind, für bessere Lebensbedingungen der Arbeiter mit Kraft und Energie einzutreten. Nachdem ein Antrag angenommen wurde, der bestimmt, daß in nächster Zeit eine Versammlung im Westen einberufen werden soll, um die Zustände bei der Firma Drenstein u. Koppel zu besprechen, nimmt die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung beschließt, in allen Verhältnissen die Ueberstunden-Arbeit zu verringern und sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen.“ Mit einem Hoch auf die Metallarbeiter-Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Die Schmiede und Berufsgenossen Berlins hatten im Verlauf der vorigen Woche vier öffentliche Versammlungen in verschiedenen Stadttheilen einberufen, um energisch Protest zu erheben gegen die Einsetzung eines Herrn Bluhm als Herbergswirth im Arbeitsnachweis der Innung in der Mülackstraße. In sämtlichen sehr gut besetzten Versammlungen referierte Genosse Jahn über die Vortheile eines Arbeitsnachweises in den Händen der Organisation. Redner wies darauf hin, wie in England, Frankreich, sowie in Deutschland seit Jahrzehnten die organisierten Arbeiter mit Erfolg danach streben, einen eigenen Arbeitsnachweis zu besitzen und denselben nicht nur als geeignetes Kampfmittel gegen das Unternehmertum, sondern auch zur genaueren Einsicht über Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem gesammten Arbeitsnachweis zu benutzen. Für die Schmiede Berlins ist nicht nur die Person des Herrn Bluhm, sondern auch die Behandlung der arbeitenden Kollegen im Arbeitsnachweis Ursache zum gemeinsamen Vorgehen der Gesellen gewesen. Als Beispiel für das gewinnbringende Geschäft im Arbeitsnachweis der Innung mag nur angeführt werden, daß der letzte Inhaber oder Herbergswirth in den letzten zehn Jahren nicht weniger als 80.000 M. verdient hat! Das Bestreben der Organisation, die in den letzten Wochen einen bedeutenden Aufschwung gemacht hat, geht nun dahin, nicht nur die Anstellung des Herrn Bluhm rückgängig zu machen, sondern den Arbeitsnachweis der Innung überhaupt gänzlich aufzugeben.

In der ersten sehr gut besetzten Versammlung in der Wälderstraße wurden unter anderem auch die Zustände in der Schmiede der Berliner Omnibus-Gesellschaft geschildert und mitgeteilt, daß dort Löhne von 18-24 M. — letztere für Gesellen, die bereits seit 20 Jahren dort beschäftigt sind — als ein „guter“ Verdienst bezeichnet werden, die Organisation ist den Gesellen ein unbekannter Begriff, doch ließen sich an demselben Abend gegen 10 Arbeiter aufnehmen.

In der zweiten ebenfalls sehr gut besetzten Versammlung bei Gröndel in der Brunnenstraße wurden die Zustände im Arbeitsnachweis der Innung und die Behandlung der Arbeitenden wie das frühere Verhalten des Herrn Bluhm als Kassirer der Krankenkasse in gebührender Weise gekennzeichnet. Die Meinung eines Redners: die Innungsmeister zu einer der Versammlungen einzuladen, wurde einer kommenden Versammlung vorbehalten.

Die dritte sehr stark besetzte Versammlung bei Kellner in der Kopenstraße verlief äußerst lebhaft, da von sämtlichen Rednern die oben erwähnten Zustände im Innungsnachweis in der schärfsten Weise geäußert und zur Beseitigung derselben aufgefordert wurde; auch wurde der Ausschub getadelt, daß er alle dem gegenüber unthätig bleibe, wogegen sich der anwesende Altgeselle lebhaft verwahrte. Das beste Mittel, den Arbeitsnachweis der Innung aufzuheben, sei jedenfalls, nicht wie von vielen Seiten vorgeschlagen wurde, deshalb einen Streik zu provozieren, weil derselbe doch zwecks verlaufen würde, sondern allen Kollegen zu rathen, den Nachweis der Innung nicht mehr aufzusuchen, sondern sich nur an den bereits seit Jahren bestehenden Arbeitsnachweis der Organisation zu wenden, wo die Vermittelung ohne jedes Entgelt erfolgt. Ferner war man der Meinung, die Innungsmeister gänzlich unbeachtet zu lassen. Auf Vorschlag des Altgesellen Lange wurden Dörgelow und Friedrich zur vorchriftsmäßigen Ueberwachung des Herbergswirths gewählt. Der Streik der Wiener Schmiedemeister gab Veranlassung zu einem lebhaften Protest, der ebenso wie ein Antrag: Die Innungsmeister zu einer Besprechung einzuladen, für die große vierte Versammlung am Sonntag Vormittag im „Englischen Garten“ die von etwa 100 Personen besucht war, verhandelt wurde. Hier hatten sich die Schmiede aus allen Stadttheilen eingefunden, um das Ergebnis aller vorhergehenden Versammlungen zusammen zu fassen. Der Altgeselle theilte mit, daß ihm gegenüber die Meister sich bereit gezeigt hätten, mit den Gesellen zu unterhandeln, während der Obermeister der Innung in einer Versammlung der Meister deren Protest gegen die Einsetzung Bluhm's kurzerhand damit abwies, daß er erklärte: „Der Kontrakt ist unterschrieben, fertig; die Versammlung ist geschlossen.“ Infolgedessen wurde ein Antrag dahingehend angenommen: Die Meister zu einer nächsten Versammlung einzuladen. Auch wurden sämtliche Schmiede und Berufsgenossen Berlins dringend aufgefordert, von nun an nicht mehr den Arbeitsnachweis der Innung, sondern den Arbeitsnachweis der Organisation der Schmiede Berlins und Umgebung, Schöneleinstr. 23, bei Jahn, zu benutzen. Das Ergebnis sämtlicher Versammlungen war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution: Die Versammlung nimmt Kenntniß von dem neuen Akt des Innungsvorstandes und protestirt energisch gegen das Beharren der Meister, bei Besetzung der Stelle eines neuen Herbergswirths die Meinung der Gesellen hierzu nicht eingeholt zu haben; die Versammlung beschließt, durch fernere Agitation und Anschluß an die Organisation hiergegen energisch Front zu machen.“ Im Anschluß daran wurde die augenblickliche Lage der Wiener Kollegen eingehend besprochen und eine Resolution einstimmig mit Begeisterung angenommen, worin den Kollegen in Wien die vollste Sympathie der Schmiede Berlins und eventuell materielle Unterstützung zugesagt wird. Dem Vertrauensmann Helm wurde für sein energisches Eingreifen alseitige Anerkennung ausgesprochen und die impotente Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Bewegung geschlossen. In allen Versammlungen fanden zusammen etwa 70 Aufnahmen in die Organisation statt. Die nächste öffentliche Versammlung

Die Steinsehergenossen Berlins und der Umgebung hatten sich am 16. Februar, einer Einladung des Innungs-Gesellen-Ausschusses folgend, in einer zahlreich besuchten Versammlung eingefunden, um die Antwort der Berliner Steinseherinnung auf die Lohnforderungen pro 1898 und den aufgestellten Arbeitstages entgegenzunehmen. Der Altgeselle verlas das Antwortschreiben, in welchem die Innung mittheilt, daß sie beschlossen habe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so fortzubehalten, wie dieselben bisher gewesen sind, d. h. 10stündige Arbeitszeit, 50-60 Pfennige Stundenlohn. (Der niedrigste Satz war bisher für Junggesellen üblich, welche eben ausgetreten hatten.) Dagegen müsse sie, die Innung, jedes Eingehen auf den vorgeschlagenen Arbeitstages ablehnen; sollten die Gesellen dennoch an demselben festhalten wollen, so betrachte sich die Innung an keinerlei Abmachungen bezüglich des Lohnsages gebunden!

Als Grund für die Ablehnung war in dem Schreiben nur angeführt, daß es immer noch schwächliche Gesellen gäbe, welche das vorgeschlagene Pensum nicht leisten können. In der an die Vertretung des Schreibens anknüpfenden Diskussion wurde das Verhalten und die wirtschaftspolitische Ignoranz der Innung auf das schärfste geäußert. Knoll führte aus, es sei wohl nicht einer anwesend, der nicht der festesten Ueberzeugung gewesen sei, daß die Innung mit Freuden auf unseren Antrag eingehen würde. Es haben sich auch zu Beginn der Bewegung verschiedene Innungsmeister sehr sympathisch über dieselbe ausgesprochen. Der plötzliche Umschwung habe wohl seinen Grund nur allein darin, daß eine kleine Anzahl städtischer Baubeamten sich durch die bekannte Petition verlezt gefühlt und auf die Innungsmeister eingewirkt haben. Diese sollen sich denn auch thatsächlich „aus Respekt“ vor jenen Herren herbeigelassen haben, eine Gegenpetition an den Magistrat abzuschicken! Redner gipfelt in schärfster Weise diese Handlungsweise, denn ganz sicher habe zum Mindesten ein Theil der Innungsmeister dabei gegen seine innerste Ueberzeugung gehandelt. Wenn aber die Herren Steinsehermeister auch kein Auktat besitzen, so mögen dann wenigstens die Arbeiter zeigen, daß sie die „Ungnade“ einiger Beamten nicht fürchten und nach wie vor auf ihre Forderung bestehen. Die angeordnete Lohnherabsetzung, im Falle die Arbeiter den Tarif aufrecht halten, ist nur eine leere Drohung; denn mit einer Lohnherabsetzung schaden sich die Steinsehermeister selbst, ganz besonders bei den ziemlich häufigen Tageslohn-Arbeiten, bei welchen der Unternehmergewinn in Form der sogen. Meistergebühren in einem ganz bestimmten Verhältnis zum Lohn stände. (20-25 pCt.) Wäre das nicht der Fall, dann hätten die Herren schon längst am Volke gewacht. Kerkow gipfelt ebenfalls in scharfen Worten das Verhalten der Innung. Durch die Ablehnung des vorgeschlagenen Tarifes belände dieselbe einerseits einen so hohen Grad krafter sozial- und wirtschaftspolitischer Unkenntniß, wie man das in jeder anderen Branche wohl vergeblich suchen dürfte; andererseits aber habe die Innung damit zugleich auch den Beweis ihrer schroffen Arbeiterfeindschaft erbracht. Die Herren möchten zwar unter sich eine „Regelung“ des Submissionswesens u. s. w., aber dem Arbeiter gegenüber will jeder einzelne von ihnen in der Ausbeutung die unbeschränkte Freiheit besitzen. Es sprachen noch mehrere Redner im gleichen Sinne; nicht einer fand sich, der das Verhalten der Innung in Schutz genommen hätte, trotzdem die Mitglieder des Gewerksvereins, welcher bis vor kurzer Zeit von der Innung sehr gehätselt wurde, ziemlich zahlreich vertreten waren. Die nachstehende Resolution fand sodann einstimmige Annahme: Mit lebhaftem Bedauern hat die Versammlung von dem Bescheid Kenntniß genommen, daß die Berliner Steinseherinnung ein Eingehen auf den von der Arbeiterschaft aufgestellten Arbeitstages rundweg ablehnt. Zugleich erklärt die Versammlung, daß sie sich unter keinen Umständen mit der ohne jedwede Angabe von Gründen erfolgten Ablehnung begnügt, sondern das Recht für sich in Anspruch nimmt, von der Innung auch die Angabe der Gründe für die Ablehnung fordern zu können. In dieser Forderung hält sich die Versammlung umso mehr berechtigt, als die Arbeiterschaft ihrerseits bei Anstellung des Tarifes ein ganzes Arsenal durchaus sachlicher Gründe angeführt hat, und wenn nötig, noch mehr derselben beizubringen im Stande ist. Im übrigen ist die Versammlung noch heute wie früher der Meinung, daß die Durchführung des Arbeitstages für beide Theile, Arbeiter und Unternehmer, von dem denkbar größten Vortheil sein muß. Falls daher die Berliner Steinseherinnung auf ihren ablehnenden Standpunkt beharren sollte, so sieht die Arbeiterschaft des Steinsehergewerbes darin den schlagenden Beweis, daß der Berliner Steinseherinnung nicht im geringsten an der Herbeiführung vernünftiger Verhältnisse im Gewerbe gelegen ist, und bliebe dann der Arbeiterschaft nichts weiter übrig, als dieses Ziel selbstständig und ohne Rücksicht auf das Unternehmertum anzustreben.“

Auf Antrag Knoll's wurde sodann beschlossen, die Tarifkommission und den Gesellen-Ausschub vorläufig zu verschaffen und soll diese derart erweiterte Tarifkommission nunmehr mit den in und um Berlin wohnhaften, der Berliner Steinseherinnung nicht angehörenden Steinsehermeistern in Verbindung setzen, um festzustellen, wie sich diese zu dem Tarif verhalten. Eine zu Gunsten der streikenden Konfektionsarbeiter vorgenommene Zellen-sammlung (die meisten Anwesenden waren arbeitslos) ergab einen Ertrag von 13,75 M.

Die Rabitzbanner waren am Sonntag, den 16. Februar, zu einer Versammlung eingeladen zu dem Zweck, die Angehörigen dieses Berufes zum Anschluß an eine Organisation zu ermuntern. Nach einem dahin gehenden Referat des Genossen Hoffmann wurde auch in der Diskussion den zahlreichen Theilnehmern an der Versammlung der Beitritt in den Verband der Bauarbeiter und Berufsgenossen empfohlen. Es ließen sich dann auch am Schluß der Versammlung 87 Personen als Mitglieder aufnehmen.

Reinickendorf. Am 9. Februar sprach im hiesigen Arbeiter-Verein Genosse Litsin über das Thema: Unsere Reichthümer. Von einer Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag nahm die Versammlung Abstand und wies der Vorsitzende am Schluß darauf hin, daß der Genosse Knoll auf eine Anzahl von Wächern unentgeltlich an Mitglieder des Vereins ausbeutet.

Weißensee. Am 12. d. M. hielt in einer sehr zahlreich besetzten Volksversammlung im Böttcher's Vereinshaus der Abgeordnete W. Siebnecht einen Vortrag über das Thema „Die Hege gegen die Sozialdemokratie“. Er führte in andernhaltendiger Rede aus: Das Thema sei kein Gelegenheits-thema — so lange die Sozialdemokratie bestehe, haben wir auch Hege gegen die Sozialdemokratie. Seit dem Auftreten Lassalle's, namentlich seit es Bismarck mißlungen, die Sozialdemokratie vor seinen Wägen zu spannen, ist die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie die Hege in Permanenz. Und sie ist uns sehr gut bekommen. Ohne die Verfolgungen wären wir nicht was wir sind. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Vertreter der augenblicklich herrschenden Klassen und Vorkiefern sich der Einführung von Neuerungen mit Gewalt zu widersehen suchen. Redner entwickelt dann, wie die ganze Menschengeschichte eine Reihe von Interessen- und Klassenkämpfen ist. Er behandelte eingehend die Hege gegen die Christen unter dem tausenden römischen Reich, und obgleich das Wesen des Christentums durchaus nichts gemein hat mit dem Wesen der Sozialdemokratie, dessen wirtschaftliche Voraussetzungen damals fehlten, so konnte Redner doch nachweisen, wie die „Hege“ gegen die Christen ganz genau ebenso war wie jetzt die Hege gegen die Sozialisten. Derselben Verleumdungen, dieselben Maßregeln, dieselbe — Erfolglosigkeit. Das Christenthum

wurde Staatsreligion. Und der Sozialismus wird die Welt erobern. Jeder Schlag stärkt ihn, die „Hege“ schult uns für den Kampf.

Nedner wies nach, wie Verfolgungen gegen uns in der Natur des Klassenkampfes liegen. Der heutige Staat muß dem Kapitalismus dienen. Bismarck, der Feind des Bürgertums, wurde Handlanger des Kapitalismus, Caprivi, der den Staat über die Parteien stellen wollte, wurde für seinen Abspaltungsgedanken gestürzt. Der Kapitalismus kann die alte bürgerliche Freiheit so wenig brauchen, wie die Gerechtigkeit. Die Gleichheit vor dem Gesetz, die in allen Verfassungen steht, hat heute dem Satz weichen müssen: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Mit geistigen Waffen kann der Kapitalismus sich nicht verteidigen, denn sie alle sind für ihn tödlich — er stützt sich auf die Gewalt: Napoleon, Casimir Perier in Frankreich — Bismarck, Köller in Deutschland. Aber die Napoleon und Bismarck sind gefallen — je wilder der Kapitalismus sich gebet, desto mehr tritt seine Gemeinlichkeit zu Tage. Wirtschaftlich und politisch arbeiten unsere Feinde nur für uns. Jeder Tag mindert ihre Macht, und vermehrt die unsrige. Wir lachen der Verfolgungen, wie einst die Christen gelacht, wir wissen, daß wir Recht haben, und wir wissen, daß unsere Gegner selbst wissen, daß wir Recht haben. Sonst würden sie uns nicht verfolgen, nicht auf die Gewalt ihre einzige Hoffnung setzen. Wir trotzen der Gewalt, verbreiten unsere Lehre und organisieren unsere Streitkräfte. Also nur zu mit der Hag gegen die Sozialdemokratie! Sie hat uns binnen 30 Jahren zur stärksten Partei Deutschlands gemacht. Sie „hegt“ uns zum Sieg. (Lang anhaltender Beifall)

Von einer Diskussion wurde, da Gegner zwar anwesend waren, jedoch nicht den Muth hatten, nach ihrer Ueberzeugung zur Diskussion zu sprechen, Abstand genommen. Auf Antrag der Frau Mesch, zur Betreibung der Agitation unter den Frauen Weissenfee's eine Genossin zu wählen, wurde Frau Marie Werner, Weissenfee, Griftstr. 21, einstimmig von der Versammlung zu diesem Posten gewählt; Genosse Karow forderte noch zur regen Agitation zur Gemeinewahl auf, ferner forderte Genosse Mai auf, die streikenden Konfektionsarbeiter zu unterstützen. Genosse Haak schloß, indem er im kernigen Schlusswort die Versammlung ersuchte,

auch für das Gehörte einzutreten, sich der Organisation anzuschließen, mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die imposante Versammlung.

In Zeesen bei Königs-Wusterhausen fand am vergangenen Sonntag eine gutbesuchte öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Jahn aus Berlin über das Thema: „25 Jahre Arbeiterbegleitung unter deutscher Reichsherrschaft“ unter lebhaftem Beifall der Anwesenden referierte. In der Diskussion ergriffte er die Arbeiter, sich durch die behördlichen und polizeilichen Beeinträchtigungen nicht beirren zu lassen, da die Freisprechung wegen angeblicher Uebertretung der Polizeiverordnung wieder einmal geigt habe, daß man den Arbeitern doch nicht alles verbieten kann. Schüler, Eisener und Schulze fordern sämtliche Arbeiter auf, die bestehenden Mißstände in den Arbeitsstätten dem Vertrauensmann mit genauer wahrheitsgemäßer Angabe zur Veröffentlichung mitzutheilen, um die Abschaffung solcher Uebelstände zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde zum Anschluß an den Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenverein Berlin und Umgegend, sowie zu zahlreichem Abonnement auf das „Volksblatt für Zeltow, Beeskow etc.“ aufgefordert.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür obgenügt ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Auf die Erklärung, welche das Kuratorium der Berliner Unfallstationen in Nr. 35 als Antwort auf unsere vor mehr als 14 Tagen gefaßten Beschlüsse veröffentlichte, wollen wir kurz folgendes erwidern:

Das Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamts, welches so warm für die Unfallstationen eintritt, werden wir an anderer Stelle eingehend erörtern und besonders die Zahlen auf ihr richtiges Maß zurückführen. Für heute genüge es, festzustellen, daß das Kuratorium der Unfallstationen keine der in unserer Versammlung behaupteten Thatsachen zu widerlegen auch nur versucht hat. Mit der bloßen Weidensart, daß die Mittheilungen „total unvahr“ seien, entfällt feiner, ist garnichts gesagt. Unsere Mittheilungen stützen sich auf offizielle Aktenstücke des Kuratoriums; sind die Mittheilungen unvahr, so müssen unabweißbar die Aktenstücke falsch sein. Wir überlassen dem Kuratorium die Wahl.

Wenn das Kuratorium aber konstatieren zu können glaubt, daß „für die Anstellung der Ärzte lediglich die Zeugnisse der hervorragendsten ärztlichen Autoritäten maßgebend waren“, so wären wir schon zufrieden, wenn man uns auch nur eine einzige solche „hervorragende Autorität“ nennen wollte.

Gehtelt nun wurde in jener Versammlung nicht so sehr, daß ein Arzt auf den Stationen oft nicht zu erreichen war, als daß die mangelhafte Hilfeleistung nicht im Einklang stand mit der ausposaunten Heilame. Interessant wäre es ferner zu erfahren, seit wann denn das Kuratorium das finanzielle Risiko des Unternehmens trägt; bis vor kurzem war das nicht der Fall. Und was die wachdienstthunenden Studenten betrifft — ist dem Kuratorium vielleicht das vom Kuratorium herausgegebene Verzeichnis bekannt geworden, welches unter den auf den Stationen nachhabenden neben ganz jungen Ärzten eine nicht unbeträchtliche Zahl von Studenten anführt? — Jedenfalls sind uns solche offizielle Schriftstücke, zu denen auch Protokolle, Kontrakte, Vermögensnachweis etc. gehören, maßgebender, als das gegenüber den Unfallgeschäften immer noch befundene Wohlwollen der Behörden.

Wir werden binnen kurzem Gelegenheit haben, Publikum und Behörden die nötige weitere Aufklärung über dieses Unternehmen zu geben.

Die Ächter-Kommission der Krankenkassen.
A. Ruhnke, Oberwasserstr. 10.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schilke (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

A. in G. Eine Humoreske „De Preis nan Hamburger Dom“ ist von einem Schriftsteller Piening in Hamburg verfaßt worden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Mittwoch, den 19. Februar: Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzo.
- Schauspielhaus. Ein Sommernachts-traum.
- Deutsches Theater. König Heinrich IV.
- Kessing-Theater. Komtesse Guderl.
- Berliner Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
- Neues Theater. Der Herr Direktor. Vorher: Ein Händchlein zwischen zwei Feuern.
- Residenz-Theater. Hotel zum Frei-hafen.
- Friedrich-Wilhelmstäd. Theater. Der Hingeleider.
- Theater Unter den Linden. Die schöne Helena.
- Schiller-Theater. Ein toller Einfall.
- Adolph Ernst-Theater. Charley's Zante. Vorher: Die Bajazzi.
- Central-Theater. Eine tolle Nacht.
- Felle-Alliance-Theater. Hofe Buben.
- Alexanderplatz-Theater. No. 66. Hierauf: Die kleinen Lämmer.
- National-Theater. Der Trompeter von Säckingen.
- American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
- Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 355. Male:
Charley's Zante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: **Die Bajazzi.**
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
Anfang 8 Uhr: Zum 122. Male:
Die kleinen Lämmer.
Fauveville in 2 Akten von L. Barney. Wegen kontraktlicher Verpflichtungen nur noch: 9 Aufführungen.
Vorher: **No. 66.**
Operette von Offenbach.

Central-Theater.
Alle Jakobstr. 30.
Emil Thomas als Gast.
Zum 167. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Willh. Mannstädt. Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Neu: Baronin Verona v. Bergen.
Neu: Schönheits-Quart. Suleima.
Dazu das kolossale für Berlin durchw. neue Februar-Programm!
Kalter Tataschuss-Familie. Gebr. Francs. Marvelli, Akrobatentruppe Robin u. Boral. Lotti Romanowitsch. Harlow Trio. Little Paolo. 4 Geschw. Schenk.
Die tolle Jugend.
Urtomische Pantomime von der Gesellschaft Taso.
Anfang { Sonntags 6 Uhr.
 { Wochentags 7 1/2 Uhr.
 { Entree 30 Pf.

Kaufmann's Variété-Theater
Königsstrasse, Colonaden.
Bomben-Erfolg!
Hammerstein's Ankunft!!!
Sensationeller Vortrag des wirklichen Humoristen **Gentes.**
Theowin's Pracht-Modelle.
Der Niesenbrustkastenmensich
Das lustige **Carneval-Programm.**

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Tägliche Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage - Panopticum.
Nur noch kurze Zeit!
Affentheater und Circus.
Ohne Extra-Entree.
Soldaten und Kinder 25 Pf.
Vorfr. 5 1/2 und 8, Sonntags 4, 6, 8 Uhr.

Kaiser-Panorama (Passage).
Diese Woche: Noul S. Heise. Istrien. Abbanza, Cherso etc. II. Eine Baubandung durch das interessante Venedig. à Reise nur 20 Pf. — Kinder 10 Pf. Abonnement 1 M.
Nächste Woche: **Corfu!**

Castan's Panopticum.
Die **3** neuesten **Weltwunder.**

Kommen!
Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Friedrichstr. 62/63, Minnenstr. 42/43 (City-Passage).
Vollständig neues Programm.
Mr. Charles. — Mr. Fox.
Lotte Siger. — Mr. Alfredo Rex.
Entree: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U.
 Sonntag 30 „ „ 6 „
Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof Börsen).
Mittwoch, den 19. Februar:
Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Komiker-Vorstellung.

Fischens, das Waldmädchen.
Elektrisches Ballet.
Außerdem: Die amerikan. Freunde, höchst komische Episode. Austr. d. agentr. akrobat. Clowns Gebr. Cavallini. Bros. Dux, die lustigen Chinesen. Austr. d. Clowns Mr. Veldeman u. Tom-Tom. Miniaturl Stoeple chaise mit den Riesenspringen über 3 u. 5 Paar Pferde. Equestr. Arrangement v. 100 Pferden, dross. u. vorgeführt vom Dir. Busch. Eine Damen-Schulquadrilla, geritten v. 6 Damen. Austr. d. vorzüglichsten Reitlänfler's Mr. A. Wolla.
Donnerstag: Gr. Vorstellung.

Parodie-Theater.
Oranienstr. 52 am Moritzplatz.
Dienstag, den 18. Februar 1896:
1. **König Heinrich.** Wildromant. Schauspiel von Ernst v. Sauffenbruch.
2. **Gräfin Iseo,** Was wilsche oder der Trompeter von Wilsche. Nach Dr. Friz Friedmann's Kriminal-Roman.
3. **Zecheus,** das Waldmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gisek.
Mlle. Eugenie Fougère.
Die tolle Nacht.
Komische Pantomime von der Joseph Phoites-Troupe.
Ferner 30 Kunstkräfte I. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
H. Scheip's Bierlokal,
Marktinstr. 11, nahe d. Blumenstr. Weis- u. Bairisch-Bierlokal. Verlehdlokal aller Sachsen. Gemüthliches Beisammensein des Sonnabends und Sonntags. 49018

Empfehle Freunden u. Bekannten mein **Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.**
A. Neufeld, Reichenbergerstr. 10. Vereinszimmer zu vergeben. 26818

Loebel's Bierhaus, Sebastianstr. 15. Vereinszimmer 10 — 50 Pers., Klavier.

Janets Restauration.
Bringe allen Freunden und Bekannten meine Restauration und Stechbierhalle in freundlichster Erinnerung. Vereinszimmer mit und ohne Piano zu vergeben. 2747b
P. Jancke, Poppenstr. 33.

Den Genossen halte ich meine 42912 **Masken-Garderobe** bei Bedarf best. empfohlen. Grösste Auswahl. Bill. Pr. Vereinen Preisermässigt.
Fr. Panknin,
Oranienstrasse 178, Adalberstr. 91, Ecke Oranienstr.

Herren-Hüte 65 Pf.
mit unbedeutenden Fehlern. **Bessere Hüte,** enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir **Barnimstr. 4, Müllerstr. 12c.**

Portièren
Restbestände
2 bis 8 Schaß, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.
Probe-Chais bei näherer Angabe franco zu Diensten.
Pracht-Katalog mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstrasse 158.
Nach der Inventur I **Gardinen auch Reste**
zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Gardinenfabrik v. Bruno Gähler, Grüner Weg 80, part. (Tein Baden) Eingang vom Flur. 40978

Russlandunterricht-Konfererat. Voelckstr. 5.
Unsere werthen Kunden der **Konfektions-Branche** zur Nachricht, daß wir denjenigen, die durch den Streik behindert sind, ihre Zahlungen zu leisten, dieselben bis nach Beendigung des Streiks stunden.
H. Joessel & Co.,
Chappe-Seidenfabrik
Lothringenstr. 67.

Aug. Krause, 50. Wienerstr. 13. Blumen-Geschäft u. Kranzbinderei. Widmung in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Guten Morgen!
Bade zum Kauf bei mir ergebnis ein.
Carl Schindler
55. Chausseestr. 55. A. III 8917. (Nordh., Lilde, Cognac, Rum, Ungarn.)

Widmungs - Kränze,
Guirlanden und Blumen, empfiehlt zu den billigsten Preisen **A. Retzlaff,** Kranzbinderei an gros. Gerichtsstr. 10, Ecke Hochstraße.

Mühlenstr. Nr. 8,
nahe Oberbaum, sind sehr billige Wohnungen von 1 und 2 Stuben nebst Küche und Zubehör zu vermieten.

Frankfurter Allee 16/16a, am Ringbahnhof, Vorderwohnungen: 2-4 Zimmer, Bad etc. Hinter-Wohnungen: 1 u. 2 Stuben etc., äußerst billig. Elegante Stallungen und Klemmen, große Lagerfeller. 44218

Schönhäuser Allee 150 3 Z. m. 2 B. u. K., Garten, 1 St., 1 Eib. mbl. z. b. Sittel, 8 Zr. 2744b

Buttuserstraße 26
gesunde, kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.
Für meinen Sohn, welcher bereits 2 1/2 Jahre Mechaniker gelernt, suche ich einen energischen Lehrling.
O. Rudolph, Schönhäuser Allee 32, IV.

Arbeitsmarkt.
Kartodarbeiterinnen, geübte, in und außer dem Hause verl. 27496
J. Schwandt, Neue Jakobstr. 8.

Tüchtige Bodenmacher verlangt Wagner u. Co., Königsbergerstr. 29.

Zylograph, 2745b
der schon Mode geschritten hat, findet dauernde Stellung bei gutem Verdienste. **J. H. Schwerin,** Stralitzerstr. 11. Abzüge sind vorzulegen. b. Hrn. Franz Calé.

Licht. Schriftensmaler verlangt Kaufmann, Straußenerstr. 3.
Für Anfänger, II. Materialgeschäft u. Schneepflege, Fachkenntnis w. ertheilt, verl. Prinz Eugenstr. 21. 26826
Gefellen a. Ausziehb. Tische verl. 27144
E. Wagonknecht, Rummelb. 11.
Lichtige Graveure auf Schwarz- u. Kupfer sind zu haben in der Besichtigung bei **R. Auerbach,** 50., Oranienstrasse 17. 2717b

Moabiter Stadttheater
Alt-Moabit 48.
Sente, sowie jeden Mittwoch:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Stedl, Krone, Röhl und Schrader)
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (F. Platate).
Neues, grossartiges Programm!
Donnerstag:
Concerthaus Sanssouci.

Männer! Frauen!
Volks-Versammlung
 am Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Kriß Zubeil**, Lindenstr. 106.
 Tages-Ordnung:
 1. Religionsfreiheit und der Austritt aus der Kirche.
 2. Freie Diskussion.
 S. A.: **H. Engler**.
 Die Herrn Geistlichen der betreffenden Kirchen und Synagogen sind
 brieflich eingeladen. — Austrittserklärungen sind bei den Kommissions-Mit-
 gliedern zu haben und werden auf Wunsch ausgefüllt.
H. Engler, Ballinadenstr. 83. **H. Jaensch**, Weidenweg 77.
Ad. Hoffmann, Blumenstr. 14. **E. Lindemann**, Moritzstr. 9.
E. Menzel, Strahburgerstr. 25.

Achtung Holzarbeiter!

Auf Beschluß der Vertrauensmänner des Deutschen Holzarbeiter-
 Verbandes und der zwei öffentlichen Holzarbeiter-Versammlungen vom Sonntag
 sollten seitens der Kollegen am vergangenen Montag die von uns aufgestellten
 und von der Meisterversammlung anerkannten Forderungen ihren Arbeitgebern
 unterbreitet werden. Wir erwarten, daß sämtliche Kollegen den von ihnen
 selbst gefassten Beschlüssen nachkommen werden. Es ist weiter notwendig,
 daß jede Werkstatt, durch Entsendung eines Kollegen (Vertrauensmann) nach
 dem Bureau Bericht erstattet,
gleichviel, ob bewilligt ist oder nicht.
 Die Vertrauensmänner derjenigen Werkstätten, in welchen die Forderungen
 nicht bewilligt sind, haben sich täglich im Bureau einzufinden und die
 Streiklisten sowie die Werkstatt-Kontrollkarte abstempeln zu lassen.
 Das Bureau befindet sich
Sebastianstr. 39 bei Brodnow
 und ist täglich von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

Heute **Mittwoch**, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Cohn, Beuthstr. 20:

Vertrauensmänner-Versammlung.
 Zu dieser Versammlung bitten wir folgendes zu beachten: Werkstätten
 mit 1-15 Kollegen entsenden einen Vertrauensmann, Werkstätten mit über
 15-30 Kollegen können zwei Vertrauensmänner entsenden u. s. f.
 Wir bitten, dies genau zu befolgen, da im Zentrum kein größeres
 Lokal sich befindet. Ohne Legitimationskarte und Verbandsbuch wird
 kein Eintritt gewährt. Vertrauensmännerkarten werden in der Versamm-
 lung nicht ausgestellt. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Mittwoch, den 19. Februar, vorm. 9^{1/2} Uhr,
 in Louis Keller's Festhale, Koppen-Strasse Nr. 29:
Große öffentliche
Versammlung der streikenden Holzarbeiter.
 Tages-Ordnung:
 Bericht über den Stand unserer Bewegung.
 Alle streikenden Kollegen sind verpflichtet, in dieser Versammlung
 zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr,
 in Louis Keller's Festhale (oberer Saal), Koppen-Strasse 29:
Öffentliche Branchen-Versammlung
der Herrenschriftschreib- u. Buchbinder.
 Tages-Ordnung:
 Besprechung über Einführung einheitlicher Akkordpreise in sämtlichen
 Werkstätten unserer Branche.
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. Die Versammlung
 wird pünktlich eröffnet.
 Der Vertrauensmann: **R. Engmann**.

Möbelpolierer!

Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Keller,
 Koppenstrasse 29:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Situationsbericht. Diskussion. Verschiedenes.
 Bewilligt haben bis Dienstag Abend 128 Werkstätten mit
 336 Kollegen. Die Streik-Kommission.

Achtung! Achtung!

Genossen und Genossinnen!
Große öffentl. sozialdem. Parteiversammlung
für den Kreis Niederbarnim
 am Sonnabend, den 22. Februar 1896, abends 8^{1/2} Uhr,
 in Stühr's Gesellschaftshaus, Pankow, Mühlenstr. 24.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Arthur Stadthagen** über:
 Die Sozialdemokratie und das bürgerliche Gesetzbuch. 2. Diskussion.
 Die Genossen und Genossinnen der übrigen Ort-
 schaften werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu be-
 theiligen. Der Vertrauensmann.

Achtung! Rummelsburg. Achtung!

Öffentliche
Kommunalwähler-Versammlung
 für Rummelsburg-Boxhagen
 am Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des
 Herrn **Yowinkel**, Hauptstrasse 83:
 Tages-Ordnung:
 1. Die Kommunalwahlen. Referent: Genosse **Motzner**. 2. Dis-
 kussion. 3. Ausstellung der Kandidaten. 4. Wahl eines Komitees.
 Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vertrauensmann.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
 Donnerstag, den 20. Februar 1896, abends 8 Uhr, bei Henke, Naunynstrasse 27:
Große öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Kollegen zum Streik der Berliner
 Tischler?
 2. Wie gestalten wir ein einheitliches Sammelwesen zum Streik anderer Gewerkschaften?
 Kollegen zeigt eure Solidarität, erscheint Mann für Mann. 148/14

Statt jeder besonderen Mittheilung
 Die glückliche Geburt eines Knaben
 zeigen hierdurch an
 Berlin, 18. Februar.
Dr. Heinrich Braun
 und Frau.
 27515

Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern aller in der Gut-
 und Holzwaren-Industrie beschäftigten
 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Nach-
 richt, daß die Kollegin
Anna Hierse
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch,
 nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
 Pappel-Allee 7, nach dem Friedhofen
 Friedhof statt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlichster
 Theilnahme am Grobe meines lieben
 Mannes, des Klempners **Karl Nasen-
 berger**, sage allen Freunden und Be-
 kannten, besonders den Herren Meistern
 Schlein u. Stefanie und Kollegen der-
 selben, meinen tiefgefühlten Dank.
 2742b, Anna Nasenberger geb. Naag.

Erklärung
 zum Streik der an Holzbearbeitungs-
 maschinen beschäftigten Arbeiter.
 Hiermit erkläre ich öffentlich, daß ich
 niemals in der Schneidmühle und
 Fraiserie von Langhoff, Ritter-
 strasse 11, beschäftigt war, noch jezt
 beschäftigt bin, wie dies von böse-
 williger Seite behauptet wird.
 S. Söhn, Ritterstr. 4-5.
 Vorstehende Erklärung bestätigen der
 Wahrheit gemäß, nach eigener Kenntnis
 S. Sauter Nachf. (Inh. P. Lang-
 hoff), Ritterstr. 11. [2750b
 G. Richter, F. Bismark, Paul
 Pranke, J. Dwello.

Achtung! Töpfer.
 Zentral-Franken- u. Sterbchasse
 der Töpfer u. Bergsch. Deutschl.
 (Zentrale Berlin) 2741b
 Die bisherige Zahlstelle Gips-
 strasse 16 bei C. Blaurod ver-
 bleibt nach wie vor, Sonnabends von
 6-9 Empfang des Krankengeldes, An-
 nahme der Beiträge und Aufnahme
 neuer Mitglieder. Außerdem werden
 zu jeder Tageszeit (Sonntags bis
 12 Uhr mittags) Beiträge angenommen
 und Krankenscheine verabfolgt beim
 Kassierer **C. Schirmer**, Thierstr. 57.

Warne hiermit jeden, meiner Frau
Auguste Weber geb. Fischer auf
 meinen Namen etwas zu borgen, da ich
 für nichts aufkomme. 2720b
August Weber, Grezlerstr. 3.

Weinauktion
 der Weinhandlung **Witt. Kehler** in
 außergerichtl. Liquidation.
 Mittwoch und Donnerstag werden
 von 11-2 Uhr in den Kellereien Post-
 strasse 8 Noth, Bordeaux, Port,
 Sherry, Madeira, Ungarweine, Rum
 u. Arrac durch den Auktionator Herrn
 Siegm. Joseph, Gräner Weg 121,
 in beliebigen Posten versteigert. [2740b
K. H. R. K., Liquidator der Masse.

**Sophapläsch-
 Beste**
 in glatt, gepreßt und ge-
 webten Qualitäten, auch
 echt Friso und Moquet,
 enthaltend 6 bis 22 Meter,
 spottbillig! Muster franco!
 Abgepaßte **Eatteltaschen** sehr
 hochlegante billig.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158

Täglich, (auch Sonntags vorm. von
 7-9 Uhr): 44229*
Verkauf von gekochtem
Rind- u. Schweinefleisch
 à 30-40 Pf. pr. Pfd.,
 Ia. Berliner Bratenfleisch
 à 45 Pf. pr. Pf.
 und bestem Speisetalg
 à 35 Pf. per Pfd.
 Verwaltung der Kochanstalt
 Städt. Schlachthof.

Cigarren - Gigaretten,
 gediegenes, eigenes Fabrikat, unüber-
 trefflich an Reizität und Güte.
Hermann Wicht,
 [42783*] Preudenstrasse 16.

Achtung, Brauerei-Arbeiter!
 Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, in Cohn's
 Festhale, Beuthstrasse 20:
Grosse öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Der Streik auf dem Münchener Brauhause.
 Herr Direktor **Krenzl** und sämtliche Interessenten vom Münchener
 Brauhause sind zu dieser Versammlung eingeladen.
 41/18 **Der Einberufer.**

Fr. Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.
 Donnerstag, den 20. d. Mts., vorm. 10^{1/2} Uhr,
 im Lokale des Herrn **Martens**, Acker-Strasse Nr. 123:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Pünktliches Erscheinen erwartet
 68/18 **Der Vorstand.**

**Verein zur Wahrung der Interessen der Gast-
 und Schankwirthe Berlins und Umgegend.**
 Freitag, den 21. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Nohr, Rixdorf, Knechtstr. 14-15:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Zubeil** über: Steuererhebung und
 Steuerbelastung. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Ver-
 schiedenes und Vereinsangelegenheiten. 69/10
Der Vorstand.
 J. A.: **E. Schreud**, Blumenhalsstr. 5.

Prüfet Alles und behaltet das Beste!
 Trotz aller billigen Konkurrenz bleibt das echte
Dr. Thompson's Seifenpulver
 doch immer das bevorzugteste Wasch- und Bleichmittel.
 Zur Herstellung des echten Dr. Thompson's Seifenpulvers wird
 nur allerbestes, garantiert unschädliches Material verwendet. Große
 Ersparnis an Mühe, Zeit u. Geld. Nur echt mit Schutzmarke „Schwan.“
 Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Kolonial-
 waarenhandlungen. M 80/588*

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Norvoldten 1 M.
 Plomb. 1.50. Rep. eof. Theilzahlg. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.

Rum
 anerkannt gut, Literfl. à 1,10, 1,60, 2,10 M., bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
Glühwein-Extrakt, ausgezeichnet, Liter 1,20 M., 3 Liter 5,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. [4184L*
Cognac fine Champagne * à Fl. 3,50, ** à Fl. 4,50, * à Fl. 5,50 M.
 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.
 6a Bolle-Allianco-Platz 6a 81 Neu, Friedrichstr. 61.
 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Möbelschlerei
 und **Polsterwaaren-Fabrik**
 von **A. Schulz**, Reichenbergerstr. 5,
 an der Ritterstrasse. — Begründet 1878.
 Bessere Wohnungs-Einrichtungen unter Garantie in **Hußbaum**
 und **Mahagoni** von 240, 300, 400, 500, 600 bis 6000 M. in anerkannt ge-
 diegener Ausführung. Auch Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. **Billigste**
 Preisberechnung. Preislisten franco. 4888L*

1000 (Modell) Damen!
Gelegenheitskauf Saison-Neuheiten, Frühjahr-Jadelt 5-12,
 (mit Selde gefärbt 12-18 M.)
 Hochelegante Röder, Regenmäntel mit abnehmb. Cape 8-20,00, Kragen, Capes
 in Wolle, Selde, Sammet 2,50-20,00, elegante Kindermäntel 3-10,00. P*
Gelegenheitskauf im Engros-Geschäft **Landsbergerstr. 59** Alex-Platz

Hackescher Markt 4, Ecke Neus Promenade
J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.